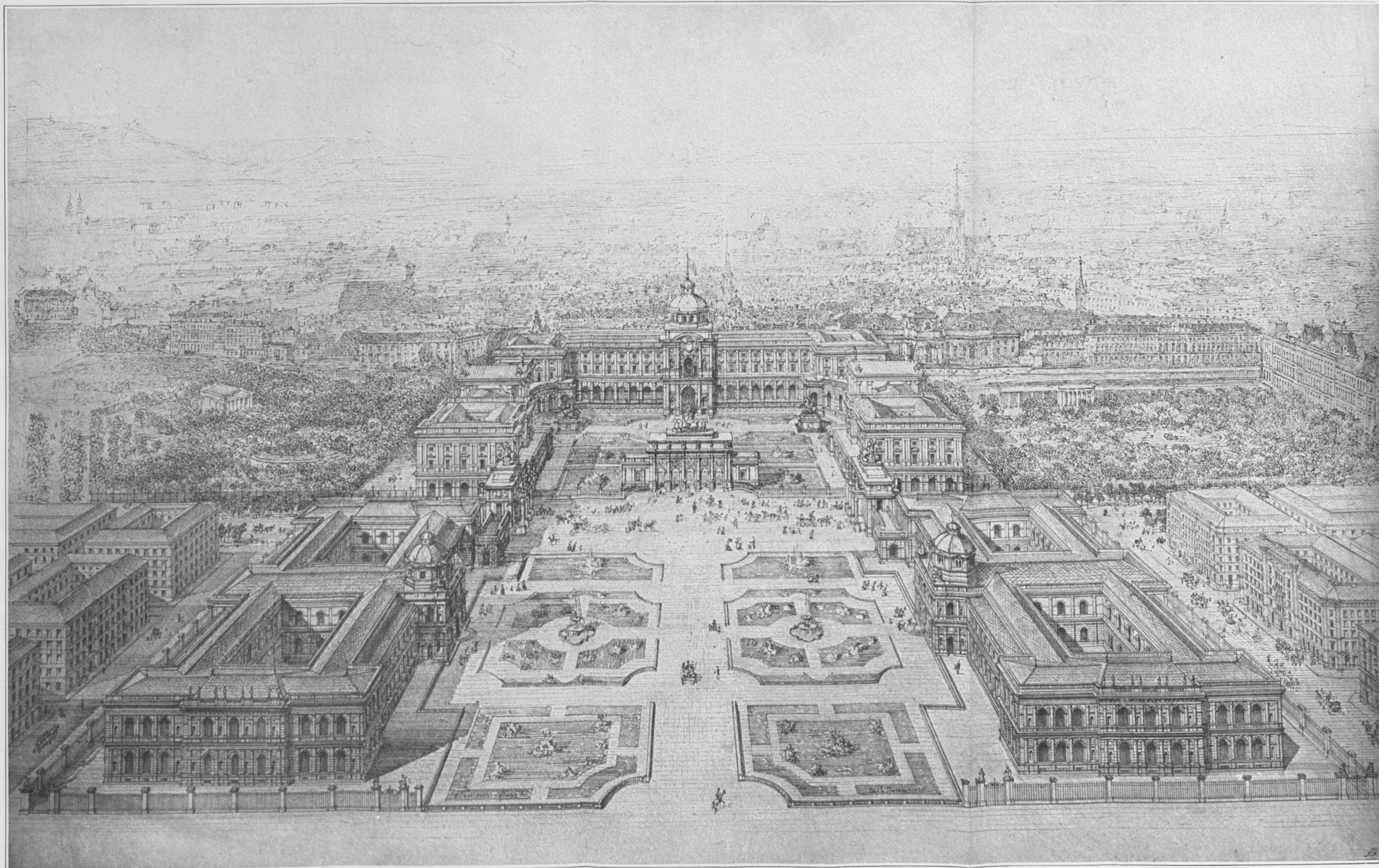


ALOIS v. WURM-ARNKREUZ: Die Francisco-Josephinische Zeit der Wiener Architektur



Erstes Hofburgbau-Projekt von Hasenauer und Semper
(Die beiden segmentförmigen Flügel am Heldenplatz noch niedrig gehalten)

Die Francisco-Josephinische Zeit der Wiener Architektur.

Von k. k. Oberbaurat Arch. **Alois v. Wurm=Arnkreuz.**

(Hiezu Tafel I.)

I.

Es war ein glückliches Zusammentreffen, daß der im Jahre 1908 in Wien abgehaltene VIII. Internationale Architekten-Kongreß gerade in das Jubiläumsjahr fiel, in welchem die Vollendung des 60. Regierungsjahres des Kaisers Franz Joseph I. gefeiert wurde, jenes die Baukunst hochschätzenden Kaisers, dessen machtvoller Initiative eine zweimalige Erweiterung der alten Kaiserstadt und ein damit verbundener glänzender Aufschwung der Wiener Architektur zu danken ist. Mit stolzer Befriedigung begrüßte die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die aus allen Teilen der Welt herbeigeströmten 1200 Baukünstler, indem sie in ihrem Burgfrieden auf herrliche Monumente alter Kunstepochen wie auf hervorragende Werke der neuen und neuesten Zeit hinweisen konnte, die alle einen eigenartigen bodenständigen Charakter tragen, von dem weiträumigen, breit hingelagerten Stephansdome an, der mit

hielt. Diesen Vortrag arbeitete ich nun weiter zu der vorliegenden Studie aus.

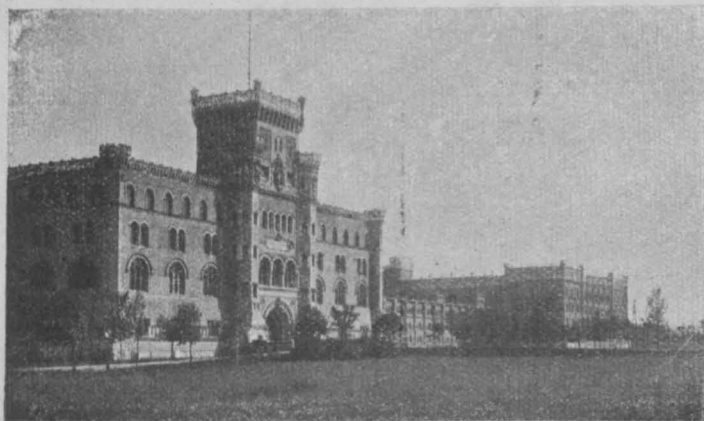


Abb. 1. Arsenal, Kommandanturgebäude¹⁾.

seinen verschiedenen Türmen und Fassaden eine harmonisch zusammenklingende, lapidare Geschichte der mittelalterlichen Baustile bietet, bis zu den prachtvollen Barockwerken, dem stolzen Fischerschen Burg- und Bibliotheksbau, dem phantasiereichen, dem vielbesungenen Prinzen Eugen gewidmeten Hildebrandtschen Zeltpalaste des Belvedere, dem erhabenen Triumphbau der Karlskirche, der Säulenportikus, Triumphpforte, Kuppel, Glockenturm und Siegessäule, mit einem Worte alles, was die Monumentalkunst durch Jahrhunderttausende geschaffen hat, zu einer herrlichen Symphonie vereinigt, bis zu der reichen Mannigfaltigkeit, welche in der üppigen Kunstentwicklung während der damals 60jährigen Regierungszeit des Kaisers vor unseren Augen entstanden ist. Am Internationalen Architekten-Kongresse hatte ich die Ehre, über Thema I „Regelung der staatlichen Kunstpflege“ zu referieren, und in der anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers abgehaltenen Festversammlung der Zentralvereinigung der Architekten folgte ich einer ehrenden Aufforderung des Präsidiums, indem ich den Vortrag über „Die Architektur unter Kaiser Franz Joseph I.“

¹⁾ Der wohlwollliche Stadtrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat über Ansuchen der Schriftleitung mit Beschluß vom 8. 2. 1917, Pr. Z. 1666, die Wiedergabe der in den städtischen Sammlungen verwahrten Originalpläne und -Bilder für die Abb. 1 bis 5 und 13 bis 17 in entgegenkommendster Weise gestattet, wofür ihm auch an dieser Stelle der ergebenste Dank geziemend ausgedrückt sei.

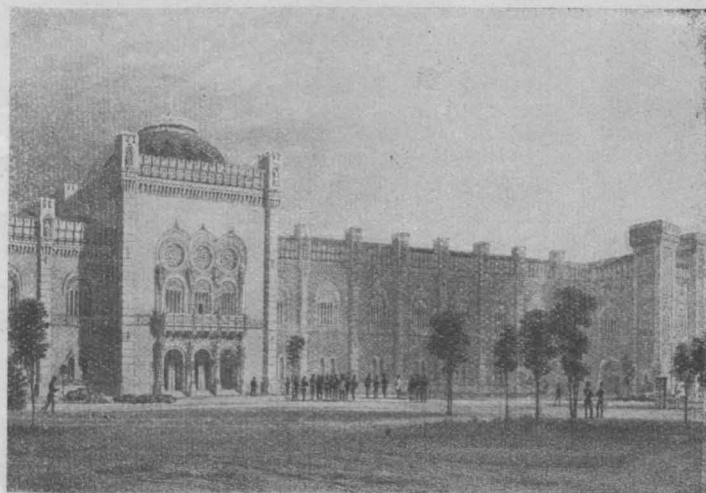


Abb. 3. Arsenal, Waffnenmuseum.

Als Kaiser Franz Joseph I. seine Regierung antrat, waren die Baukunst sowie das Kunstgewerbe auf einen selten dagewesenen Tiefpunkt herabgesunken. Beide waren unter der Herrschaft des Hofbauratstiles förmlich zu Mumien erstarrt und die begabtesten Architekten Ludwig Förster, der Begründer der „Wiener Bauzeitung“, Romano und Schwendenwein, die den im Jahre 1848 vernichteten berühmten Odeonsaal erbaut hatten, und obenan das geniale Dioskurenpaar Eduard van der Nüll und August v. Siccardsburg, schon seit Mitte der vierziger Jahre Professoren an der Wiener Akademie der bildenden Künste, konnten keinen

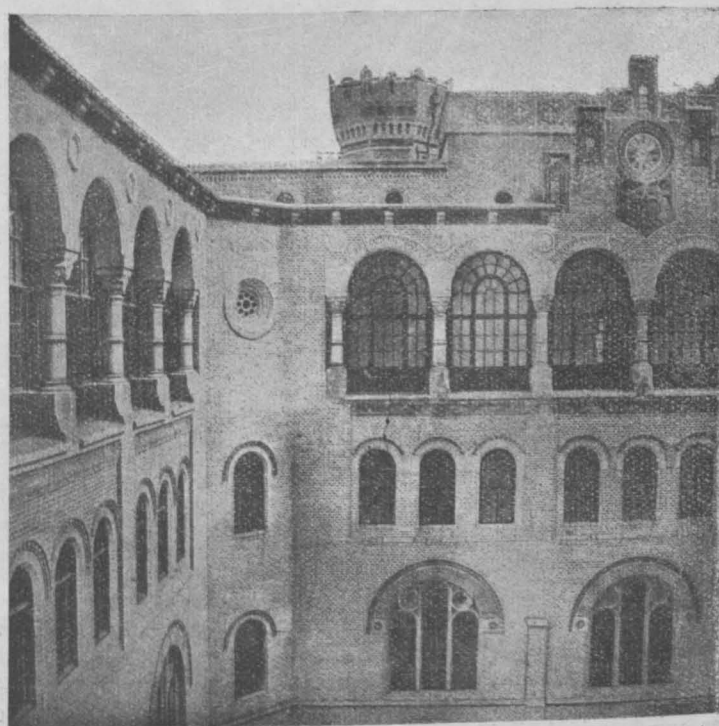


Abb. 2. Arsenal, Arkadenhof.



Abb. 4. Prämiertes Stadterweiterungsprojekt von Ludwig v. Förster.

entsprechenden Wirkungskreis finden, indem es an würdigen Aufgaben fehlte. Andere, wie Hieser sen., Flor und Neumann sen., mußten ihre Tätigkeit auf die Ausstattung einzelner herrschaftlicher Räume beschränken, oder es wird, wie bei Ernst, die Erforschung und die Erhaltung mittelalterlicher Bauwerke zur Lebensaufgabe. Der

einst vielbeschäftigte Kornhäusel, der seine klassische Baugesinnung den verschiedensten Kulturen widmete, als Erbauer des Judentempels in der Seitenstettengasse, des Schottenstiftes auf der Freyung, der Weilburg in Baden und des heidnischen Husarentempels auf dem kleinen Anninger, lebte zwar noch, erhielt aber keine Aufträge mehr. Auch



Abb. 5. Prämiertes Stadterweiterungsprojekt von Friedrich Stache.

der greise Hofbaurat Nobile, der Erbauer des Burgtores und des Theseustempels, lebte noch und hatte erst kürzlich im Verein mit Klieber sein letztes monumentales Werk vollendet, die mit bescheidenen Mitteln durchgeführte, aber dennoch würdige Ausstattung des Festsalles des Wiener Polytechnikums, als letzter Nachklang der klassizistischen

Zeit und als letztes Kettenglied einer weit zurückreichenden Stiltradition. Schemerl, der Erbauer des Polytechnikums, das in seiner ursprünglichen Form durch vornehme Verhältnisse, charakteristische, in einer originellen Dachraumausnützung begründeten Silhouette und vorzügliche, durch spätere Auf- und Zubauten leider verloren gegangene

Gesamtstimmung zur Karlskirche die größte Anerkennung verdient, L. ö. B. I., der Erbauer des nunmehr längst demolierten Musikvereinsgebäudes, das durch seine ebenso schöne als charakteristische Fassade gegen die Tuchlauben ausgezeichnet war, Pein, der vortreffliche Ornamentist und Vorgänger v. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. s. an der Akademie, O. e. s. c. h. e. r., welcher im Verein mit L. ö. B. I. anfangs der vierziger Jahre in Wort und Schrift gegen die verhängnisvolle Stephansturmrenovierung S. p. r. e. n. g. e. r. s. aufgetreten war, lebten nicht mehr. Im Jahre 1848, das alle Verhältnisse aufrüttelte, fanden sich endlich tüchtige Männer zur Gründung des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines zusammen, dessen erste Tat dann der Sturm gegen die amtliche Bevormundung war. Der junge, rückensteife Verein wendete sich an den damaligen Minister Pillerstorff mit der Forderung, den bereits nach den Plänen des Hofbaurates S. p. r. e. n. g. e. r. begonnenen Bau der Altlerchenfelder Kirche zu sistieren und einen Wettbewerb zur Erlangung von neuen Projekten auszuschreiben. Der Minister kam dieser Aufforderung mit der Zusicherung nach, daß nunmehr stets das Wettbewerbsystem zur Erlangung von Plänen für alle größeren Staatsbauten eingehalten werden würde. Der Bau der Altlerchenfelder Kirche wurde tatsächlich eingestellt und der Wettbewerb zur Einreichung neuer Pläne ausgeschrieben, wobei nur die Bedingung gestellt wurde, daß die bereits gelegten Grundmauern beizubehalten wären. Johann Georg Müller fiel die Palme des Sieges zu, doch erlebte er nicht die Ausführung des Werkes, welches im Äußeren von seinem Detailzeichner Franz Sitte und im Inneren von v. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. im Vereine mit dessen Schüler Störck vollendet wurde. V. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. übernahm mit Führich auch die Aufstellung des gesamten künstlerischen Programmes der mit reicher figuraler und ornamentaler Malerei zu verzierenden Kirche, welche alsdann bis zum Jahre 1861 vollkommen fertig hergestellt wurde. Die diesbezüglichen Entwürfe sind im Besitze der Akademie der bildenden Künste und die Zeichnung der Prachtmonstranze wurde durch die „Wiener Bauhütte“ publiziert.

Groß und mächtig tritt sofort die Einwirkung des Kaisers Franz Joseph I. als Förderer der Baukunst hervor. Bald nach seinem Regierungsantritte fand 1849 der Wettbewerb zur Erzielung von Plänen für den Bau des Arsenalles statt, an welcher sich v. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. und S. i. c. c. a. r. d. s. b. u. r. g. mit dem Erfolge beteiligten, daß ihr Projekt für die Gesamtanlage dieses Riesenetablissemments angenommen wurde. Außerdem wurden diese beiden Meister mit der Erbauung des den Eingang und die ganze Hauptfront mächtig beherrschenden Kommandanturgebäudes und der sämtlichen, die Umfassung dieses Riesenwerkes bildenden Kasernen betraut, während Ludwig Förster die inneren Werkstättegebäude und Magazine, Theophil Hansen das Waffenmuseum und Karl Rösner die Kapelle zur Ausführung erhielten. Das unter freier Verwendung romanischer Motive im Rundbogenstile gehaltene Kommandanturgebäude (Abb. 1) mit seinem kräftigen, von kleinen achteckigen Türmen flankierten Portalturm und seinem schönen Arkadenhof (Abb. 2) ist ein bewundernswürdiges Werk einer nicht immer so glücklich nach neuem strebenden Zeit und mit seiner kühnen, den ganzen gewaltigen Bau wuchtig dominierenden Silhouette als durchaus moderne Komposition anzuerkennen. Hansen hatte das prächtige Waffenmuseum im reichen byzantinischen, mit mauresken Einschlägen belebten Stil gehalten und den Mittelraum, in welchem sich die Ruhmeshalle befindet, mit einer mächtigen Kuppel bekrönt (Abb. 3). Auch hier, wie bei der Altlerchenfelder Kirche, wurden die Schwesterkünste zum vollen Schmuck des Ganzen aufgerufen. Durch die mit Statuen geschmückte Vorhalle und das imposante Treppenhaus gelangt man in den auf das reichste ausgestatteten

Zentralraum des Museums. Umstrahlt von einer Gold- und Mosaikpracht sind hier die geistigen Mächte der Völkergeschichte in Rahl's wuchtiger Weise in den Allegorien des Treppenhauses verkörpert, während auf den weiten Flächen des Kuppelsaales und der anstoßenden Hallen Karl v. B. l. a. a. s. die Großtaten des österreichischen Heeres in kraftvoller Weise schildert.

Der Arsenalbau wurde im Jahre 1859 vollendet, während v. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. und S. i. c. c. a. r. d. s. b. u. r. g. bereits wieder einen Riesenbau in Angriff nehmen konnten, nämlich den Neubau der Zentral-Militärakademie in Wiener-Neustadt; doch wurde dieser ebenfalls im Rundbogenstil gedachte, teilweise durch spätgotische Motive bereicherte Bau zufolge des Krieges im Jahre 1859 eingestellt und dann nicht mehr aufgenommen. Ferner wurden behufs Erzielung von Plänen sowohl für den Bau der Votivkirche als auch für den Bau des neuen Bank- und Börsengebäudes Wettbewerbe ausgeschrieben, wobei in beiden Fällen der Schüler v. a. n. d. e. r. N. ü. l. l. s. und S. i. c. c. a. r. d. s. b. u. r. g. s., Heinrich Ferstel, als Sieger hervorging. Im Vorgefühle der großen Umgestaltung der Stadt wurde im Jahre 1856 der Grundstein zur Votivkirche gelegt. Diese Grundsteinlegung fand am 24. April statt und als besondere Merkwürdigkeit mag erwähnt sein, daß durch die Fügung des Zufalles die Nr. 95 der kaiserlichen „Wiener Zeitung“ vom Donnerstag den 24. April 1856 in ihrem amtlichen Teil die Nachricht von der Ernennung Grillparzers zum k. k. Hofrat enthielt. Diese allerhöchste Verleihung, welche dem Dichter „in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistung und insbesondere als Schriftsteller erworbenen Verdienste“ zuteil geworden ist, wurde somit in der Kapsel des Grundsteins der Votivkirche der späteren Nachwelt überliefert.

Dem jugendlichen Meisterwerke Ferstels folgten dann die hervorragenden Kirchenbauten Schmidts, die Lazaristenkirche nächst der Mariahilfer Linie 1862, die Pfarrkirche unter den Weißgärbern 1872, die Pfarrkirche in der Brigittenau 1873 und die originelle Kuppelkirche in Fünfhaus 1875. Was Ferstel mit Kranners Hilfe bei der Votivkirche im Steinbau geleistet, hat Schmidt mit gleichem Erfolge im Rohziegelbau vollbracht, wobei dieser Meister einen Zug echt künstlerischer Freiheit und Beweglichkeit immer lebhafter entwickelte, welcher bei aller Treue gegen die Tradition immer mehr der neuen Zeit und dem lokalen Ton gerecht wurde.

Hansen blieb bei seinen kirchlichen Bauten dem byzantinischen Stil treu, den er schon seinem Waffenmuseum, wenn auch vermengt mit maurischen Motiven, zu Grunde gelegt hatte, so bei der farbenprächtigen griechischen Kirche am Fleischmarkt 1858 und bei der zierlichen Kapelle am protestantischen Friedhofe 1856, und er hat gewiß auch auf den von Ludwig v. Förster 1858 im maurischen Stil erbauten israelitischen Tempel in der Leopoldstadt Einfluß genommen, da er durch längere Zeit im Atelier Försters beschäftigt gewesen ist. Auch zeigte mir Hansen einmal den Entwurf einer gotischen Kirche, welchen er für einen Wiener Vorort ausgearbeitet hatte, der aber durchaus nicht etwa in Schinkelscher, sondern ganz im Charakter der damaligen Gotik gehalten war.

Selbst bezüglich mindergroßer Bauten wurde der Konkurrenzweg beibehalten; so hat sich auch das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten bewogen gefunden, zur Erlangung eines entsprechenden Projektes für das Franz Joseph-Tor einen Wettbewerb auszuschreiben, aus welchem dann der k. k. Ingenieur Karl Rziwnatz als Sieger hervorging, der nicht nur den Preis von 80 Dukaten, sondern auch die Bauleitung erhielt.

Da kam nun der gewaltige Aufschwung der Städte, der überall die Fesseln der Festungswerke sprengte und zu

ungeahnt mächtiger, nicht bloß räumlicher Entwicklung führte, wobei die Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph I. wiederholt und zielbewußt in den Vordergrund trat. Schon am 17. April 1857 hatte der Kaiser den damaligen Ministerpräsidenten Karl Grafen Buol beauftragt, ihm im Wege der Ministerkonferenz Vorschläge zu erstatten, durch welche die immer dringender werdende Frage der Erweiterung der Inneren Stadt in kürzester Zeit der Erledigung zugeführt werde. Bereits am 11. Juli 1857, zu derselben Zeit, als auch Bürgermeister Dr. Seiller die von ihm abgeforderten diesbezüglichen Anträge einbrachte, übergab Graf Buol dem Kaiser die Beschlüsse der Ministerkonferenz. Am Tage des Christfestes veröffentlichte dann die „Wiener Zeitung“ die kostbare Weihnachtsgabe in Form eines vom Kaiser am 20. Dezember 1857 an den Minister des Innern Dr. Alexander Bach gerichteten allerhöchsten Handschreibens, welches die denkwürdigen Worte enthielt: „Es ist Mein Wille, daß die Erweiterung der Inneren Stadt Stadt mit Rücksicht auf eine entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ehemöglichst in Angriff genommen und zugleich auch auf die Verschönerung Meiner Residenz- und Reichshauptstadt Bedacht genommen werde. Zu diesem Zwecke bewillige Ich die Auflassung der Umwallung der Inneren Stadt sowie der Gräben um dieselbe.“ Das Handschreiben gab gleichzeitig die Grundzüge der Durchführung der Stadterweiterung bekannt, nach welchen aus dem Verkaufe der durch die Auflassung der Umwallung, der Fortifikationen, der Stadtgräben und der Glacien gewonnenen Bauarea ein Baufonds zur Bestreitung der dem Staatsschatze erwachsenden Auslagen für die Herstellung öffentlicher Gebäude, Wegräumung der Basteien und Ausfüllung der Stadtgräben zu bilden und im Konkurrenzwege ein Stadterweiterungsplan innerhalb der bekanntgegebenen Gesichtspunkte zu erwerben wäre. Somit würde außer der durch die gewonnenen Bauflächen und neugeschaffenen Verkehrswege mächtig gehobenen Baulust gleichzeitig auch noch die Errichtung einer großen Anzahl hervorragender öffentlicher Gebäude, Opernhaus, Burgtheater, Museen, Universität, Generalkommando usw., gesichert und überdies der Ausbau der Hofburg in Aussicht genommen.

Das im wahrhaft monumentalen Stil gehaltene Patent bezeichnet als die Aufgabe, die zu erfüllen sei, die Schaffung

eines vergrößerten und verschönerten Wien, stellte also Schönheit und Nützlichkeit als Ziel des Programmes auf und auf Grund eines großangelegten internationalen Wettbewerbes sollten Ideen zur Lösung dieser erhabenen Aufgabe gefunden werden. Die Ausschreibung dieses internationalen allgemeinen Wettbewerbes erfolgte am 31. Jänner 1858, rief eine außerordentliche Bewegung unter den Architekten des In- und Auslandes hervor und trotz der großen Anzahl der eingelangten Projekte war das Ministerium in der Lage, bereits am 31. Dezember 1858 die Entscheidung des Preisgerichtes veröffentlichten zu können. Als die drei besten Pläne, ohne Vornahme einer Klassifizierung des Ranges, wurden jene des Professors Ludwig Förster (Abb. 4), der Professoren Eduard v. der Nüll und August v. Siccardsburg²⁾ und des fürstlich Kinskyschen Architekten Friedrich Stache (Abb. 5) bezeichnet. Diesen zunächst an Wert befunden wurden die Pläne des Landesbaudirektors für Steiermark Martin Kink, des Generaldirektors der königlich preussischen Hofgärten Lenné und des Privatiers Eduard Strache. Einer Berücksichtigung würdig erkannte das Preisgericht auch die ihm vom Ministerium vor Ablauf des Konkurrenztermines zur Beurteilung übergebenen Pläne der Sektionsräte Moriz v. Löhr und Vinzenz Streffleur sowie des Ing. Ludwig Zettl.

Das ausgezeichnete Konkurrenzprojekt von der Nüll und Siccardsburg für die Wiener Stadterweiterung, welchem prächtige Veduten von den neu-projektierten Stadtteilen und öffentlichen Bauten beigegeben waren, so eine isometrische Ansicht des Hofburg- und Museumbaues, einschließlich der ganzen Ausgestaltung zwischen dem Michaelerplatz und den kaiserlichen Stallungen, eine Ansicht der Hofoper mit der Regulierung des Stadtteiles zwischen Kärntnerstraße, Albrechtspalais und Elisabethbrücke, eine Ansicht des Votivkirchenplatzes mit einer großartigen Anlage des Universitätsbaues im Hintergrunde der Kirche, dann eine Ansicht der Defensivkaserne nächst der Augartenbrücke am Übergang des Schottenringes zum Franz Josefs-Kai, ist eines der hervorragendsten Werke der beiden Meister und vor allem ist es höchst bedauerlich, daß die von ihnen geplante Regulierung zunächst der Hofburg ganz in Vergessenheit geraten ist.

(Fortsetzung folgt.)

Wechselrede über Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung.

Abgeführt in gemeinsamen Versammlungen der Fachgruppe der Bau- und Eisenbahn-Ingenieure und der Fachgruppe für Elektrotechnik.

(Fortsetzung zu H. 13.)

Direktor Rosshaendler (seine Ausführungen fortsetzend):

Mein Vortrag wurde als Zweckvortrag bezeichnet. Ich gestehe dies unumwunden zu, denn es erscheint mir zwecklos, immer und immer nur über die Erzeugung von Elektrizität im allgemeinen zu sprechen, ohne auf bestimmte Vorschläge einzugehen und ohne die praktische Seite der Sache zu berücksichtigen. Ich habe deshalb nach Darlegung allgemeiner Gesichtspunkte einen Zweckvorschlag gebracht für die Zeit der Übergangswirtschaft und gesagt, dieser Vorschlag soll im Rahmen einer plangemäßen Gesamtausführung der Elektrizitätswirtschaft und der Wasserkraftausnutzung liegen. Er soll die Möglichkeit bieten, möglichst rasch zu ausgiebiger und billigerer Elektrizität zu gelangen.

Wenn mir ein anderer Vorschlag, der noch zweckdienlicher ist, gebracht wird, so wäre ich der erste, der bereit ist, einem solchen meine vollste Zustimmung zu geben und zu erklären, hier liege das Bessere, man nehme dies!

Ich begrüße es deshalb, daß das Projekt einer Wasserkraftanlage an der Donau bei Wallsee ebenfalls als Zweckvorschlag gebracht wurde.

Ich habe, wie Sie sich erinnern, in meinen Ausführungen die Donau als Kraftquelle nicht ausgeschlossen, sondern nur erklärt, die Frage der Ausnützung der Donauwasserkraft muß einheitlich studiert werden. Für die Übergangswirtschaft scheint mir auch das Wallseeprojekt nicht reif.

Das Wallseeprojekt wurde im Jahre 1912 von einem Syndikate hochstehender Persönlichkeiten überreicht; im Jahre 1913 fand eine Vorprüfung statt im Sinne des § 79 des oberöstr. W.-R.-G., ob dasselbe für die wasserrechtliche Verhandlung geeignet ist. Wie Sie gehört haben, ist erst im Jänner 1918, also nach 6 Jahren, erklärt worden, das Projekt sei nun zur wasserrechtlichen Verhandlung geeignet. Bei allem Optimismus wird man nicht annehmen können, daß eine rechtsgültige Konzession von dieser Bedeutung, welche bis zu den Verwaltungsbehörden wird gelangen müssen, vor Ablauf von 3 bis 4 Jahren wird erhältlich sein. Erfahrungsgemäß braucht es 3 Jahre, damit eine Konzession in allen Instanzen rechtsgültig wird, bei allem Hochdruck. Es sind jedoch vielfache Einwendungen

²⁾ Abgebildet in dieser „Zeitschrift“ 1913, S. 850, Abb. 5.

öffentlicher und privater Natur zu erwarten und dieselben erheischen bei dem Umfange des Projektes eine eingehende und gründliche Behandlung. Wenn man weiter annimmt, daß in einem Jahre, nach rechtsgültiger Konzession, die Kapitalbeschaffung sichergestellt sei, so wird man nicht 4 Jahre, wie die Projektanten annehmen, sondern mindestens 5, wahrscheinlich 6 Jahre benötigen, um einen derartigen Bau zu vollenden. Bestenfalls würden somit 10 Jahre verfließen, bis dieses Projekt verwirklicht sein wird. Das ist entschieden eine zu lange Zeit, die Übergangswirtschaft erfordert raschere Hilfe.

Wenn es auch nicht zur Sache gehört, so muß ich doch auf die Genesis des Projektes Wallsee zurückgreifen, weil uns mit Emphase versichert wurde, daß der gesamte mächtige Konzern der Siemens-Schuckert-Werke hinter diesem Projekte stehe, und andererseits, weil uns gesagt wurde, das Projekt rühre von einer bewährten Schweizer Baufirma her. So liegen die Verhältnisse denn doch nicht. Das Projekt rührt von dem Techniker Fischer, bekannt unter dem Namen Fischer-Reinau, her. Für dieses Projekt gelang es dem Genannten, ein Konsortium hochmögender Persönlichkeiten zu finden, welches unter dem Namen „Syndikat für den Ausbau der Donauwasserkraft bei Wallsee“ bekannt ist. Die Schweizer Baufirma L o c h e r hat dann dieses Projekt, nachdem es bei der ersten wasserrechtlichen Vorbesprechung als ungeeignet befunden wurde, einer Neubearbeitung unterzogen. Bei jenen wasserrechtlichen Verhandlungen in der oberösterreichischen Statthalterei unter Vorsitz Sr. Exz. des Statthalters Freih. v. H a n d l wurden nun die schwersten Bedenken öffentlicher Natur gegen das Projekt vorgebracht, nicht nur in bezug auf dessen konstruktive Details, welche abgeändert werden können, sondern gegen die Anlage des Stauwehres selbst. Es wurden trotz eines Aufgebotes namhafter Experten, der Herren Hofrat Professor K r e u t e r in München und Professor H e i m in Zürich, von den Kennern der Donau Bedenken gegen die Erstellung eines Stauwehres, gegen die Unterbindung der Schotterführung, gegen die Gefahren des Eisganges erhoben und diese Bedenken des Näheren und Ausführlichen begründet.

Wenn es somit zu einer wasserrechtlichen Verhandlung auch kommen sollte, so ist keineswegs damit gesagt, daß es zu einer Konzessionierung kommen wird, und wenn es selbst zu einer Konzessionierung kommen sollte, so erscheint die Wirtschaftlichkeit der Anlage fraglich. Ich befasse mich deshalb gar nicht mit den von den öffentlichen Faktoren, von berufenen Ingenieuren und Fachleuten vertretenen Einwendungen gegen die Erstellung des Stauwehres, sondern lediglich mit der Wirtschaftlichkeit.

Aufgebaut ist das Projekt darauf, daß zuweilen infolge Eisgang das Wehr geöffnet wird und daß infolgedessen die Leistung des Werkes bis auf Null heruntersinkt. Wieviel Tage dies im Jahre sein wird, vermag naturgemäß niemand früher zu bestimmen, das hängt von den Witterungsverhältnissen ab, allein man muß dann mit der Tatsache rechnen, daß man Reserveanlagen haben müßte, welche den teilweisen oder gänzlichen Ausfall decken. Wie denkt nun das Syndikat Wallsee, diese Deckung zu bewerkstelligen? Eine Zeitlang wurde das Krems-Kamp-Projekt als Spitzendeckungsanlage in Aussicht genommen. Diese Idee ist, weil undurchführbar und nicht wirtschaftlich, fallen gelassen worden und es wird heute gesagt, Zillingsdorf sei bestimmt, diese Spitzendeckung zu bewerkstelligen.

Vergegenwärtigen wir uns nun einen derartigen Betrieb. Das Werk Zillingsdorf müßte einen Ausbau erfahren in der Höhe des Bedürfnisses der Primäranlage und der ganze Werksbetrieb müßte aufrecht erhalten werden, damit zu Zeiten der Unterbrechung dasselbe einspringt. Ein derartiger Betrieb ist an und für sich unmöglich, wirtschaftlich gar nicht denkbar.

Die genannte Firma L o c h e r hat die Baukosten der Anlage mit Ausschluß der elektrischen Kraftübertragung, Transformatorenhäuser usw. mit 81·5 Mill. Kronen veranschlagt. Diese Kosten wurden bereits vor dem Kriege als zu niedrig bezeichnet. In dieser Kostensumme waren enthalten Bauzinsen von 7·5 Mill. Kronen, nämlich für eine Bauzeit von 4 Jahren zu 5%. Wir haben bereits hervorgehoben, daß diese Bauzeit eine viel zu kurze ist und daß weiters mit Zinsverlusten zu rechnen ist für einige Jahre bis zur

vollen Ausnützung der Anlage, so daß vor dem Kriege dieser Zinsbetrag hätte um nahezu 8·5 Mill. Kronen bis zu 10 Mill. Kronen erhöht werden müssen, wodurch sich die Kosten auf 90 Mill. Kronen erhöht hätten. Im fernerem sind in diesem Kostenbetrage nicht enthalten die Vorspesen, Konzessionserwerbung usw., welche vom Syndikate einmal mit 20 Mill. Kronen, einmal mit 10 Mill. Kronen angegeben wurden. Die Minimalkosten nach eigenen Berechnungen hätten somit ohne Fernübertragung 100 Mill. Kronen ausgemacht. Ein größeres Schweizer Finanzinstitut, welches eine Nachprüfung übernommen hat, ist auf einen Kostenbetrag von 135 Mill. Kronen gelangt. Für die elektrische Kraftübertragung haben die Projektanten gerechnet für 150 km Länge 15 Mill. Kronen. Auch diese Kosten waren viel zu gering bemessen. Die Erzeugungsmöglichkeit beträgt 700 Mill. kWh. Die Angaben von 800 Mill. kWh beziehen sich auf die volle hydraulische Leistung, aber nicht auf die benützbare. Rechnet man auch bei diesen einen 10%igen Betriebsfaktor, so ergeben sich K 13,500.000 jährliche Ausgaben, zuzüglich „ 1,000.000 für Baggerungen, welche die Projektanten selbst an-

genommen haben, zusammen K 14,500.000 Ausgaben. An kWh stehen zur Verfügung 700 Mill. Wenn nun ähnlich wie bei den anderen Rechnungsbeispielen die Ausnützung mit 33%, d. i. mit 3000 h, angenommen wird, so ergeben sich rund 240 Mill. kWh benützbare Leistung, das gibt pro kWh einen Preis von za. 6 h. Wenn man auch da für elektrochemische Zwecke an die 200 Mill. kWh rechnet und hierfür 3 Mill. Kronen erläßt, so ergeben sich noch immer za. 5 h pro kWh. Hiezu sind aber noch zu rechnen die Kosten der Beschaffung der Fehlbeträge, und wenn man von den 240 Mill. kWh nur 6% rechnet, die zu beschaffen sind, d. s. rund 16 Mill. kWh, so ergeben sich an Ausgaben, die kWh gerechnet zu einem Preise von 6 h, 1 Mill. Kronen, wodurch sich die Gesamtausgaben erhöhen auf 12·5 Mill. Kronen, wodurch der Preis auf 5¼ h steigt.

Auch diese Rechnungen gelten für die Verhältnisse vor dem Kriege. Wir haben beim Drauerwerke einen Preis von 2·9 h, hier einen Preis von 5¼ h loko Wien errechnet. Von dieser Anlage ist somit zu sagen, daß sie nach den heutigen Verhältnissen, ins solange bessere Wasserkräfte zur Verfügung stehen, noch nicht ausbauwürdig ist, und infolgedessen muß man rein wirtschaftlich das Urteil fällen: es hat keinen Zweck, vorerst die unwirtschaftlichen Wasserkräfte auszubauen, bevor nicht die wirtschaftlichen ausgebaut werden. Es wird sich keine, der Verantwortung bewußte Institution, sei es Privatkapital oder öffentliches Kapital, finden, welche derartige Summen in ein einzelnes Werk investiert, ein Novum schafft, ohne die Sicherheit zu haben, daß nicht Besseres möglich ist.

Mit diesen Ausführungen glaube ich den Nachweis erbracht zu haben, daß das Projekt Wallsee für die Übergangswirtschaft sicherlich nicht in Frage kommt. Daß die Donauwasserkräfte später dennoch zur Verwirklichung gelangen werden, mag zutreffen, allein für die nächste Zukunft, für unsere Elektrizitätswirtschaft werden sie vorläufig keine Bedeutung haben können.

Sowohl in dem Vorschlage, die Drauwasserkräfte zu verwerten, als in demjenigen der Verwertung des Donaukraftwerkes bei Wallsee wird auf die Bedürfnisse Wiens Rücksicht genommen. Nur bestehen zwischen den beiden Vorschlägen ganz wesentliche Unterschiede. Die Vorschläge für Ausnützung der Draukraft sehen einen etappenmäßigen Ausbau vor und die allmähliche Zuführung von Energie für die wachsenden Bedürfnisse Wiens aus mehreren Kraftquellen, um auf diese Weise:

1. die Gefahr des Versagens des einen oder anderen Kraftwerkes zu vermindern und
2. einen langsamen Ersatz durch Wasserkraft an Stelle der Dampfkraft zu errichten, ohne aber die Dampf-Elektrizitätswerke der Stadt Wien außer Betrieb zu setzen.

Man muß sich vor Augen halten, daß die Dampf-Elektrizitätswerke der Stadt Wien im Stadtbereiche bestehende Anlagen sind, die größtenteils abgeschrieben wurden und infolgedessen bei der Wirtschaftsrechnung in erster Linie nur mit den reinen Kohlenkosten zu rechnen haben. In jedem Falle wird die Sicherheit des Betriebes einer Großstadt, wie Wien, es erfordern, einen erheblichen Teil

dieser Werke ständig in Betrieb zu halten. Es bleiben dadurch die sonstigen Betriebsspesen nahezu gleich und sind lediglich die Kohlenkosten zu ersparen.

Wenn man auch die Kohlenkosten für Wien hoch rechnet, so wird es immerhin schwer fallen, mit einem Wasserwerk irgend welcher Art hier wirtschaftlich in Wettbewerb zu treten. Das Zillingsdorfer Werk wird auf einen Ausbau, welcher dem Kohlenvorkommen entspricht, gelangen und lediglich das Bestreben haben, in ökonomischer Weise gleichmäßig durchzuarbeiten. Nachdem jedoch Wien jährlich einen Zuwachs von 10 bis 15% an elektrischer Energie hat, so wird nach 3 bis 4 Jahren, nach Eintritt des Friedens, eine Zusatzleistung von 30.000 bis 40.000 kW notwendig werden, um den wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Für diese neue Leistung hat nun irgend ein Wasserwerk in Wettbewerb zu treten und hier mit vollem Erfolg, weil nicht nur die Kohlenkosten zu rechnen sind, sondern die erweiterten Betriebskosten, Amortisationen usw.

Mit den Vorschlägen des allmählichen Ausbaues der Drauwasserkraften können wir diesen Bedürfnissen gerecht werden, ohne das Bestehende umzustürzen, während die Vorschläge Wallsee nur dann überhaupt diskutabel sind, wenn die Stadt Wien ihren gesamten Bedarf an elektrischer Energie aus Wallsee bestreitet.

Auf den enormen Spitzenbedarf, bezw. auf die enorme Reserveleistung haben wir bereits hingewiesen und gezeigt, daß es wirtschaftlich nicht angängig ist, ein Kohlenbergwerk und eine Kraftzentrale nur für außerordentliche Fälle der Unterbrechung des Primärwerkes aufrechtzuerhalten.

Was nun die Fernleitungsfrage anbelangt, so ergibt sich sowohl bei dem Wallsee-Projekt als bei dem Drauprojekt die Notwendigkeit, hochgespannte Leitungen auf größere Distanzen zu erstellen, beim Wallsee-Projekt 150 km, beim Drauprojekt ca. 270 km. Während aber die Leitung Wallsee ausschließlich Niederösterreich und Wien dient, dient die Leitung aus dem Draukraftwerk auch noch allen anderen Bedürfnissen Steiermarks.

Ohne Lösung des Leitungsproblems lassen sich Großwasserkraften überhaupt nicht verwerten und es ist gleichgültig, inwieweit die Analogie zwischen Leitungen und Bahnen zutrifft. Die Leitungen ermöglichen uns, die Bahnen zu entlasten und die Energie in einer anderen Form zu befördern.

Eine weitere wichtige Frage, die angeschnitten wurde, ist: Von wem soll die Elektrisierung unserer Monarchie durchgeführt werden? Soll diese Elektrisierung ausschließlich dem Privatkapital oder ausschließlich dem Staate überlassen werden? Für beide Anschauungen können vielfache Gründe und Argumente beigebracht werden mit ebensoviel Berechtigung für die Ablehnung wie für die Annahme. Eines ist jedoch sicher, daß, wer auch immer der Träger dieser Elektrizitätswirtschaft ist, eine Einheitlichkeit unbedingt notwendig ist. In der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft wird der Versuch gemacht, die Nachteile der einen und anderen Form möglichst auszumerzen. Es soll bei der gemischtwirtschaftlichen Form die erstrebte Privatinitiative sich entfalten, andererseits sollen die Bestrebungen des Privatkapitals nach ausschließlichem Gewinn durch Beteiligung öffentlicher Faktoren verhindert werden. Verfolgt man diesen Gedanken bei uns zu Lande, so gelangt man auf das politische Gebiet. Bei der Verschiedenheit unserer Kronländer wird es kaum angängig sein, dem Staate allein das Monopol zu überantworten. Jedes Kronland wird das Bestreben haben, die Elektrizitätswirtschaft in seiner autonomen Verwaltung zu erhalten. Die Gemischtsprachigkeit einzelner Kronländer und namentlich der Umstand, daß die Industrie in diesen gemischtsprachigen Ländern andere Bestrebungen hat als die Landesverwaltungen, weisen den Weg, durch eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft, bei welcher Staat und Länder beteiligt sind, diese Schwierigkeiten zu umgehen.

Man beherzige, daß in der Übergangszeit etwas Positives geschaffen werden muß, um unsere Gütererzeugung zu erhöhen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden, um die Wiener Wohnungsfrage zu lösen und in Verbindung damit die Untergrundbahnen usw. und daß infolgedessen es unbedingt notwendig erscheint, mit positiven Vorschlägen zu kommen. Dies war Zweck meiner Anregungen.

Diskussionsabend am 24. Jänner 1918.

Vorsitzender Oberbaurat Grünhut:

Meine Herren! An dem unter Vorsitz des Kollegen Oberbaurates Scheichl abgehaltenen 2. Diskussionsabend ist, wie Sie wissen, die Reihe der angemeldeten Einzelvorträge erschöpft worden, worauf Herr Direktor Ing. Rosshaendler das Wort zum Schlußreferat erhielt.

Herr Direktor Ing. Brock hat sich zur Vorbringung einer Berichtigung gemeldet. Bevor ich ihm das Wort erteile, bitte ich, mir gleichfalls eine Berichtigung zu gestatten.

Gelegentlich der abgeführten Diskussion hat Kollege Kindermann eine Bemerkung des Inhaltes fallen lassen, daß ich sein Projekt abgesagt hätte. Ich glaube, meines Amtes mit vollster Sachlichkeit und Kollegialität gewaltet zu haben, wenn ich konstatierte, daß die von Baurat Kindermann entwickelte Projektsidee, die ein ganz spezielles Thema der Wasserkraftnutzung behandelte, zum Gegenstand einer wasserwirtschaftlichen Debatte sich nicht eignete. Indessen war die Freiheit des Wortes nicht beschränkt, die Herren Kollegen haben hievon auch ausgiebigen Gebrauch gemacht und es wäre niemandem verwehrt gewesen, auch auf den erwähnten Vortrag Kindermanns zurückzukommen.

Der für den 7. Februar angekündigte Vortrag des Baurates Prof. Dr. Söllner über die Donauwasserkraften bei Wien wird übrigens hiezu neuerliche Gelegenheit geben. Um Herrn Baurat Kindermann meine vollste Objektivität zu bekunden, bin ich auch bereit, über Verlangen von Vereinskollegen einen eigenen Diskussionsabend über die Ausführbarkeit seiner Idee anzusetzen, wozu ich allerdings bemerke, daß sich am seinerzeitigen Vortragsabende selbst niemand zum Worte meldete.

Direktor Brock:

Die vereinigten Fachgruppen des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines haben Diskussionsabende über das Thema „Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung“ angesetzt, um aus den Ausführungen der Redner die Grundlagen für eine Resolution zu gewinnen, die ja auch heute vorliegt.

Es wird niemand, der meinen Ausführungen unbefangenen gefolgt ist, daraus ableiten können, daß ich den Ausbau von Wasserkraften überhaupt als unrentabel hingestellt oder die Wirtschaftlichkeit von Fernkraftwerken bestritten hätte. Meine Bemühungen um den Ausbau der Donauwasserkraften, beweisen sicherlich das Gegenteil. Ich habe in meinem Vortrag die Ziffern wiedergegeben, die den gemachten langjährigen praktischen Erfahrungen entsprechen, und gehöre gewiß selbst zu jenen, die es immer nur bedauerten, wenn ein Wasserkraftprojekt aus Gründen der ungenügenden Wirtschaftlichkeit zurückgestellt werden mußte. Ich habe ja gerade ausdrücklich die Hoffnung ausgesprochen, daß dies nach dem Kriege anders werden wird, und, damit es sicher anders wird, die ausgiebige Unterstützung des Staates durch Steuerbegünstigung usw. angesprochen. Dies tut ja auch Herr Direktor Rosshaendler, wie die heute zu besprechende Resolution beweisen wird. Wenn man aber den Beweis erbringen will, daß die Wasserkraften im allgemeinen wirtschaftlicher sind wie die kalorischen Werke, so würde dem Verlangen nach staatlicher Hilfe doch der Boden entzogen werden.

In den Veröffentlichungen des Herrn Ing. Dr. Walter Conrad findet sich bezüglich des Vergleiches der Wasserkraften und Dampfanlagen ein dem meinen ganz ähnlicher Standpunkt und man sollte meinen, daß nach dem Gesagten im ersten Teil meines Vortrages mit Herrn Direktor Rosshaendler sich nur Gemeinsames, aber nichts Trennendes ergibt. Dennoch versucht Herr Direktor Rosshaendler, mit dem mir gegenübergestellten Ziffernmateriale meine Ausführungen und gezogenen Schlußfolgerungen zu entkräften. Das vorgebrachte Ziffernmateriale zwingt mich, nochmals kurz darauf zurückzukommen.

Ich habe dem Werte von K 250 für das installierte kalorische kW gegenübergestellt den groben Durchschnittswert, wie er sich für unsere österreichischen Verhältnisse bei Wasserkraft-

anlagen für die Einheit bei 9 monatlichem Mittelwasser ergibt. Wenn die Anlagekosten für kalorische Kraftwerke wegen der notwendigen Reserven um 20% erhöht werden sollen, so muß diesem Verlangen gegenübergestellt werden die ebenso berechnete Forderung, auch bei Wasserkraftanlagen die nötigen Reserven in Turbinen und Generatoren zu schaffen und ebenso die Einrichtungen für die kalorische oder hydraulisch zu bewirkende Deckung des Leistungsausfalles der Wasserkraftanlagen bei Hoch- und Niederdruckwasserständen; erstere belasten den Einheitspreis bei hydraulischen Kraftwerken nicht in dem Maße wie bei kalorischen Anlagen, dagegen treten die letzteren um so mehr in die Erscheinung. Würde man aber sogar davon ganz absehen, außerdem den Betrag für das ausgebaute kW des kalorischen Kraftwerkes auf K 300 erhöhen, so würde dies in der von mir angestellten Vergleichsrechnung bei 3000 Benützungsh nur $\frac{50 \times 15}{3000} = 0.25$ h per kWh ausmachen; da es sich um eine angenäherte Durchschnittsrechnung handelt, erübrigt sich das Eingehen auf solche Details, umso mehr, als ja bei meiner Rechnung $1\frac{1}{2}$ h per kWh im Spielraum liegen bis zur annähernden wirtschaftlichen Gleichwertigkeit.

Da es sich mir nur um die Aufstellung einer Rahmenrechnung handelte, so ist es selbstverständlich, daß für jeden besonderen Fall der Fachmann, der die Untersuchung und Gegenüberstellung vornehmen wird, allen diesen Details Rechnung tragen muß.

Neben der jährlichen Quote von 15%, die alles an Auslagen umfaßt mit Ausnahme der Kosten für Betriebsmaterialien, d. s. Kohle, Schmier- und Putzmaterial, und mit der auch Herr Direktor Rosshaendler rechnet, stellt er für die genannten Betriebsmittel 3 h per kWh in Rechnung und führt als Beweis hierfür die Betriebsergebnisse der Wiener städtischen Elektrizitätswerke an. Laut Statistik der Vereinigung der Elektrizitätswerke wurden im Simmeringer Großkraftwerk für Kohle, Schmier- und Putzmaterial pro erzeugte kWh gebraucht:

im Betriebsjahre 1912/13	2.42 h,
„ „ 1913/14	2.24 „
„ „ 1914/15	2.17 „

das gibt im Durchschnitt $6.83 : 3 = 2.27$ h, also ein Betrag, der dem von mir angesetzten und auch in anderen Großkraftwerken im Frieden erreichten entspricht.

Liegt nun ein Kraftwerk näher zu den Kohlenzechen, so werden wegen der geringeren Transportkosten die Kosten für den Kohlenaufwand kleiner, auch deshalb, weil man nahe an der Kohlengrube auch ganz minderwertiges, besonders billiges Brennmaterial verfeuern kann; liegt es weiter entfernt, so werden die Kohlenkosten größer. Ich habe also auch hier wieder einen Durchschnittswert genommen.

Nach dem Gesagten werden für das von Herrn Direktor Rosshaendler gewählte Beispiel einer Vergleichsrechnung über die Erzeugungskosten der kWh in den hydraulischen Anlagen gegenüber jenen in einem Dampfkraftwerk bei 3000 Benützungsh die Ziffern sich stellen wie folgt:

Dampfbetrieb 30.000 kW + 20% für Reserven,	
d. s. 36.000 kW zu K 250, gibt an festen Aus-	
lagen $\frac{36.000 \times 250}{100} \times 15 =$	K 1,350.000,
Kohle, Schmier- und Putzmaterial für 30.000 kW	
mit 3000 h = 90.000.000 kWh zu $2\frac{1}{4}$ h =	„ 2,025.000,
zusammen	K 3,375.000.
Hydraulischer Betrieb nach Herrn Direktor Rosshaendler:	
Anlagekosten für 30.000 kW zu K 800 =	K 24,000.000,
für Fernleitung	„ 8,000.000,
„ Transformation	„ 2,000.000,
zusammen	K 34,000.000,
davon 10%	K 3,400.000,
für Deckung des Leistungsausfalles bei ungünstigen	
Wasserständen 6,000.000 kWh zu 6 h	„ 360.000,
Summe	K 3,760.000.

Man erkennt an diesem Beispiel, daß die Ausgaben für Kohle, Schmier- und Putzmaterial pro erzeugte kWh sogar bis auf 2.68 h anwachsen dürften, damit bei Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, bei einer Benützungsdauer von 3000 h — und nur von einer solchen war in meiner wirtschaftlichen Vergleichsaufstellung die Rede — ungefähr wirtschaftliche Gleichwertigkeit zwischen beiden Stromerzeugungsarten besteht, selbst wenn die Anlagekosten für das erstellte hydraulische kW auf K 800 herabgehen. Der Nachteil des wesentlich größeren Kapitalsaufwandes und der Umstand, daß derselbe für den ganzen Ausbau von Beginn an wenigstens für den wasserbaulichen Teil gemacht werden muß, bleibt bestehen.

In Berücksichtigung des Vorstehenden wären die Werte in der von Herrn Direktor Rosshaendler gebrachten Tabelle über die Kosten der hydraulisch, bzw. kalorisch erzeugten kWh entsprechend zu ändern, wozu noch zu bemerken ist, daß dort ganz unabhängig von der Benützungsdauer die Ausgaben für Kohle per kWh fälschlich konstant mit 3 h eingesetzt wurden, während ja auch diese Ziffer selbstverständlich von dem Ausnützungsfaktor erheblich beeinflußt wird.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen, betreffend die Donau-Projekte, erwähnte ich die vor dem Kriege errechneten Baukosten durch die Firma Locher & Co. mit 80 Mill. Kronen; zu diesen Baukosten schlägt Herr Direktor Rosshaendler ziemlich willkürlich 50 Mill. hinzu für Erfordernisse, von denen ein Teil bereits in der von Locher & Co. errechneten Summe enthalten ist. Ich rechne reichlich, wenn ich dieser Bausumme für Zinsenverluste und sonstige Spesen noch 20 Mill. zuschlage und die gesamten Anlagekosten damit auf 100 Mill. Kronen abrunde. Dieser Betrag ist den folgenden Berechnungen auch zu Grunde gelegt.

Auf Grund der irrigerweise mit 130 Mill. Kronen angesetzten Anlagekosten errechnet Herr Direktor Rosshaendler den Einheitspreis mit 5.8 h für die im Kraftwerke Wallsee erzeugte kWh, indem er nur mit einer Ausnützung von 30% der Kapazität rechnet, während er für seine Drauerwerke 70% Ausnützung in Anspruch nimmt.

Ich habe darauf hingewiesen, daß ein 9%iger Leistungsausfall zu decken ist, um im Kraftwerk Wallsee 140.000 PS das ganze Jahr über gleichmäßig zur Verfügung zu haben, was einer Kapazität von rund 845 Mill. kWh entspricht. Wenn die nötige Zusatzleistung kalorisch erstellt wird, so ist hierfür eine Anlage von 50.000 kW erforderlich, und wenn ich weiters, wie dies Herr Direktor Rosshaendler bei den Drauerwerken getan hat, mit einer 70%igen Ausnützung rechne, so würde die Jahresproduktion $\frac{845 \times 70}{100} =$ rund 590 Mill. kWh betragen, wovon etwa 3%, d. s. rund 20 Mill. kWh, durch die kalorische Anlage zu decken sind. Die Erzeugungskosten stellen sich daher wie folgt:

Für die hydraulisch erzeugte Leistung 10% von	
100,000.000 =	K 10,000.000,
für die kalorisch erzeugte Zusatzleistung	
a) an festen Auslagen 15% der Anlagekosten,	
d. s. $\frac{50.000 \times 250}{100} \times 15 =$	„ 1,875.000,
b) für Betriebsmaterialien, für welche ich wegen der	
ungünstigen Ausnützung mit 3 h per kWh rechne,	
d. s. $\frac{20.000.000 \times 3}{100} =$	„ 600.000,
zusammen	K 12,475.000,
sonach pro erzeugte kWh $\frac{12,475.000}{590.000.000} =$	2.1 h.

Bei dieser Rechnung ist auf ein Zusammenarbeiten mit den bereits vorhandenen kalorischen Anlagen der Stadt Wien keine Rücksicht genommen; ein solches würde das Ergebnis natürlich verbessern. Spitzendeckungen von Zillingsdorf zu nehmen, wurde nie ins Auge gefaßt und meine letzten Ausführungen enthielten im Gegenteil den Hinweis, daß die täglichen Spitzen, wie sie z. B. die Wiener städtischen Elektrizitätswerke aufweisen, aus dem großen Stauraum ohne weiteres hydraulisch bestritten werden können.

Wie ich in meinen ersten Ausführungen bemerkt habe, erscheint es müßig, gegenwärtig solche Kalkulationen aufzustellen,

die heute keine Gültigkeit mehr haben, aber ich bin durch die Ausführungen des Herrn Direktors Rosshaendler gezwungen worden, Ihnen dieses richtigstellende Ziffernmateriale vorzutragen.

Was das Eis und das Geschiebe anbelangt, so sind das Betriebserschwernisse, die bei den Donaukraftwerken nicht mehr in die Erscheinung treten als bei den meisten übrigen Flußläufen der Monarchie, die für größere Wasserkraftnutzung in Betracht kommen. Jedenfalls haben die Behörden mit Rücksicht auf das eminent hohe öffentliche Interesse an einer geregelten Abfuhr von Eis und Geschiebe in der Donau alles verlangt, was eine solche geregelte Abfuhr ermöglicht, und die Projektanten haben diesen Anforderungen in der weitestgehenden Weise entsprochen. Das Eis kann nicht nur über das Wehr abgeleitet werden, vielmehr wird dasselbe auch durch den Oberwassergraben und etwa nicht über eine einzige Schleuse, sondern durch besondere Maßnahmen in der ganzen Breite des Krafthauses über sämtliche, wenn auch in Betrieb stehende Turbinen abgeführt. Der damit verbundene Verlust an Betriebswasser ist bedeutungslos in Ansehung der Gesamtleistung des Werkes. In welchem Ausmaß Baggerungen nötig sein werden, wird im Betriebe zu erkennen sein; der Gestehungspreis der kWh wird dadurch nur unwesentlich beeinflusst werden.

Wenn Herr Direktor Rosshaendler Herrn Dr. Fischer-Reinau persönlich angreift, so ist es Sache dieses Herrn, sich zu verteidigen, ich befasse mich damit durchaus nicht. Aber der Bemerkung des Herrn Direktors Rosshaendler, daß es nicht angeht, dem Wallsee-Projekt die Firmatafel von Locher & Co. umzuhängen, muß ich entgegenreten. Das baureife Projekt, wie es heute vorliegt, stammt von der Firma Locher, deren Ingenieure monatelang an der Baustelle tätig waren, und sowohl die Zentralbehörden als auch die Amtssachverständigen haben über Projektdetails nur mit Locher & Co. unterhandelt. Es hätte außerdem das Syndikat die großen Aufwendungen, die für diese Arbeiten nötig waren, nicht gemacht, wenn damit nur eine Namensänderung der Projektsverfasser verbunden gewesen wäre.

Herr Direktor Rosshaendler rechnet für Wallsee noch 5 Jahre bis zur Konzessionierung und Finanzierung und weitere 5 Jahre Bauzeit. Locher geben die Bauzeit mit maximal 4 Jahren an und der Stand der Verhandlungen bezüglich der Konzessionswerbung und die parallel gehenden Vorarbeiten für die Finanzierung lassen erwarten, daß nur die Hälfte des genannten Zeitraumes bis zur Verwirklichung des Projektes erforderlich sein wird.

(Fortsetzung folgt.)

Patentanmeldungen.

(Die erste Zahl bedeutet die Patentklasse, am Schlusse ist der Tag der Anmeldung, bzw. der Priorität angegeben.)

Die nachstehenden Patentanmeldungen wurden am 15. März 1918 öffentlich bekanntgemacht und mit sämtlichen Beilagen in der Ausleihhalle des k. k. Patentamtes für die Dauer von zwei Monaten ausgelegt. Innerhalb dieser Frist kann gegen die Erteilung dieser Patente Einspruch erhoben werden.

21 f. Selbstregelnde Scheinwerferlampe für hohe Stromstärke (über 60 A) mit langem Lichtbogen (über 20 mm): Beim Erlöschen des Lichtbogens nähert die Lampe die Elektroden einander mit solcher Geschwindigkeit, daß der Lichtbogen sich in kürzester Zeit (weniger als 3 s) und lange bevor sich die Elektroden berühren (über 8 mm Luftweg) wieder bildet, ohne daß ein heftiger Zündstromstoß auftritt. — Körting & Mathiesen Akt.-Ges., Leutzsch-Leipzig. Ang. 9. 2. 1915; Prior. 12. 2. 1914 (Deutsches Reich).

21 h. Einrichtung zum Antrieb von Kalandernrotationsmaschinen und Maschinen mit ähnlichen Betriebsbedingungen mittels Hilfs- und Hauptmotoren, nach Patent Nr. 75.479: Die Schaltwalze stellt in ihren verschiedenen Stellungen, in denen der Hilfsmotor allein oder zusammen mit dem Hauptmotor oder der letztere allein eingeschaltet ist, vom Netz vollständig getrennte Kurzschlußbremsstromkreise für den einzelnen oder beide Motoren her, welche durch das abfallende Hauptschütz geschlossen werden. — A. E. G.-Union Elektrizitäts-Ges., Wien. Ang. 15. 12. 1916 als Zusatz zu Pat. Nr. 75.479; Prior. 29. 11. 1915 (Deutsches Reich).

26 a. Verfahren zum Betrieb von Steinkohlengasofen- und Generatoranlagen, bei welchem die im Generator entstehenden Gase teils zur Beheizung der Steinkohlengasofenanlage verwendet, teils dem in letzterer gewonnenen Steinkohlengas beigemischt werden: Die Generatoren werden mit Kohle beschickt und mit trockener Luft warmgeblasen, wobei das entstehende Gemisch von Generatorgas und Steinkohlengas zur Beheizung der Steinkohlengasanlagen verwendet wird, während das beim Dampfblasen in den Generatoren entstehende Gemisch von Steinkohlengas und Wassergas dem in der Ofenanlage erzeugten Steinkohlengas zugemischt wird. — Dr. Hugo Strache, Wien. Ang. 30. 9. 1915.

26 a. Retortenofen mit Flammenwechsel und mit senkrecht unterhalb der Heizräume für die Seitenwände der Retorten liegenden Regenerativkammern: Sowohl die Heizräume als auch die Regenerativkammern sind durch senkrechte, ineinander überführende Zwischenwände in einzelne zueinander gehörige, je für sich regelbare Züge unterteilt. — Westböhmische Caolin- & Chamotte werke, Oberbrunn. Ang. 29. 4. 1915.

37 a. Betondecke mit Eiseneinlagen: Der die Eiseneinlagen tragende Bügel ist an der Unterseite wellenförmig ausgebildet, wodurch die parallele Lage der Eisenstäbe gesichert ist. — Leopold Bauer, Wien. Ang. 27. 11. 1915.

45 a. Vorrichtung zum Heben und Senken des Pflugrahmens an Motortrappflügen: Zum Heben des Pflugrahmens wird die während der Rückwärtsfahrt am hinteren Rahmenende nach oben gerichtete Reaktionskraft des Motors und zum Senken des Pflugrahmens sein Eigengewicht und die während der Vorwärtsbewegung des Pfluges am hinteren Rahmenende nach unten gerichtete Reaktionskraft benutzt, wobei das auf dem hinteren Lenkrade ruhende gesamte

Gewicht größer, das Gewicht des Pflugrahmens ohne das Lenkrad und der damit in vertikalem Sinne fest verbundenen Zahnstange jedoch bedeutend kleiner ist als die während der Rückwärtsfahrt in diesem Punkte auftretende Reaktionskraft des Motors, so daß der Rahmen mit den Pflugscharen gehoben wird, das Lenkrad jedoch vom Boden nicht abgehoben werden kann. — Emil Rezler, Jungbunzlau. Ang. 22. 8. 1916.

45 a. Grabmaschine mit schwingenden Graborganen (z. B. Gabeln): Die Gabeln dringen annähernd lotrecht in den Boden ein und heben die abgestochene Erde hoch, um sie bei Erreichung der wagrechten oder annähernd wagrechten Lage durch schnelleres Zurückgehen der Gabeln abzuwerfen. — Carl Gustaf v. Post, Stockholm. Ang. 14. 9. 1916.

46 a. Verbrennungskraftmaschine mit einer Zwischenkammer zur Aufnahme eines Teiles der verdichteten Ladung: Diese Zwischenkammer ist als hohles, gleichzeitig als Steuerungsteil dienendes Drehventil ausgebildet, so daß der abgetrennte Teil der Ladung unmittelbar vom Drehventil aufgenommen wird und aus diesem in einen Zylinder gelangt, wo die Verbrennung und Arbeitsleistung stattfindet. — Frederick Collier Tygard, Pittsburgh (Pennsylvania, V. St. A.). Ang. 12. 10. 1914.

46 b. Verfahren zum Bremsen von Verbrennungskraftmaschinen, bzw. der von diesen angetriebenen Maschinen, mittels der Kraftmaschine selbst: Die Entzündung des Gemisches in dem Zylinder wird in einem solchen Zeitpunkte bewirkt, daß die entzündeten Gase bei gleichbleibendem Drehsinn der Maschine durch den aufwärtsgehenden Kolben verdichtet werden. — Daimler-Motoren-Gesellschaft, Untertürkheim. Ang. 30. 6. 1915; Prior. 29. 7. 1914 (Deutsches Reich).

47 b. Vorrichtung zum Zentrieren von Wellen in Lagern, bestehend aus einer Muffe von etwas größerem Durchmesser als die Welle, deren Bohrung an den Enden konische Erweiterungen besitzt, in welche konische Büchsen in der Achsenrichtung eingepreßt werden. — Ernest James Taylor, Needham (Mass., V. St. A.). Ang. 6. 2. 1917.

47 c. Vorrichtung zur Verhinderung des Durchgehens von schnelllaufenden Antriebsmotoren, bestehend aus besonderen verstellbar gelagerten Teilen, die durch Federkraft in einer bestimmten Gleichgewichtslage gehalten werden: Diese Teile nehmen bei Überschreitung einer bestimmten Drehzahl durch die Einwirkung der Fliehkraft eine zweite Gleichgewichtslage ein, die so gewählt ist, daß durch Drehung dieser Teile in dem sie umgebenden gasförmigen oder flüssigen Mittel der Antriebsmotor durch den mechanischen Widerstand dieses Mittels gebremst wird. — Erich Roučka, Blansko (Mähren). Ang. 22. 3. 1915.

48 a. Aus gesonderten, metallischen Platten in bestimmtem Abstand bestehender Plattenkörper, gekennzeichnet durch eine auf elektrolytischem Wege molekular aufgebaute, an den Platten fest anhaftende metallische Verbindung zwischen den Platten, welche eine starre Vereinigung bei voller Parallelität der Platten herbeiführt und gleichzeitig einen guten elektrischen Kontakt zwischen den Platten herstellt. — Siemens & Halske Aktiengesellschaft, Wien. Ang. 21. 4. 1914.

Vermischtes.

Kleine Mitteilungen.

Reichsverband der österreichischen Industrie. Die Bauunternehmungen Österreichs haben sich im Rahmen des Reichsverbandes der österreichischen Industrie zu einer Fachorganisation der „Fachgruppe der Bauindustriellen im Reichsverband der österreichischen Industrie“ zusammengeschlossen. Die Tätigkeit der Fachgruppe wird sich insbesondere auf die Regelung des Vorganges der Vergabung öffentlicher und privater Bauten erstrecken, ferner auf die Behandlung der Frage der Beschaffung von Bau- und Betriebsmaterialien, die Realsteuerreform sowie die Schaffung finanzieller Einrichtungen für Wohnungsbauten nach dem Kriege. In der gründenden Versammlung wurde zum Obmann Herr Zivilingenieur Franz Quidenus, zu Obmann-Stellvertretern die Herren Regierungsrat Dr. Bing und Oberkonstrukteur Hermann Klimpfinger und zu Ausschußmitgliedern die Herren Ing. A. St. Ing. Dr. Konrad Kluge, Oberingenieur Rudolf Heim, Oberbaurat Viktor Siedek und Baudirektor Ottokar Stern gewählt. Die Fachgruppe hat zur Beratung der aktuellen Fragen Sonderausschüsse eingesetzt und mit den maßgebenden Behörden wegen Heranziehung der Fachgruppe zur Mitwirkung bei der Lösung der bevorstehenden großen Aufgaben Fühlung genommen.

Baunachrichten.

Elektrische Kraftanlagen.

Auf Anregung des Oberstuhlrichters des Udvarhelyer Komitates Theodor Szabady wird der Bau einer elektrischen Kraftzentrale unter Benützung einer bestehenden Wasserkraft projektiert. Das neue Werk wird den Komitatssitz sowie die benachbarten Gemeinden mit elektrischer Energie versehen.

Zurzeit wird bei Piding auf bayerischer Seite und auch auf österr. Seite die Trassierung für eine Hochspannungsfernleitung vorgenommen, welche den gesamten Überschußstrom des der Stadt Salzburg gehörigen Wiestalwerkes nach Piding und von dort nach Burghausen überträgt. Im Wiestalwerk selbst werden größere Einbauten vorgenommen, so daß das Werk diesen gesteigerten Anforderungen genügen kann. Auf diese Weise wird das Wiestalwerk, ohne die Interessen der Stromabnehmer der Stadt Salzburg nur im geringsten zu schädigen, voll ausgenutzt, weil aller Überschuß an Wasser zur Erzeugung elektrischer Kraft nutzbar gemacht wird.

Das gräf. Thurnsche Stahlwerk Streiteben beabsichtigt, an der Mieß unter Ausnützung der Staustufe zwischen dem sogenannten „lucketen Stein“ und der 600 m abwärts befindlichen Leimuschäge, Steuergemeinde Pettengupf, eine elektrische Krafterzeugungsanlage statt der bisherigen Dampfkraftanlage zu errichten. Zu diesem Zwecke sollen im Mittel 4000 l/s beim „lucketen Stein“ durch ein Stauwehr in einen Druckleitungskanal aus Eisenbeton von 1,8 m lichter Weite und rund 280 m Länge abgeleitet werden. Der Oberwasserkanal und das Krafthaus kommen ganz auf eigenem Grunde der Gewerkschaft zur Errichtung; dagegen wird die elektrische Starkstromleitung mit etwa 6300 V Spannung (voraussichtlich in Aluminiumdraht) über fremde Flurstücke zu leiten sein. Die Hochspannungsleitung wird als Freileitung ausgeführt werden, da die Beschaffung eines Kabels infolge Bleimangels vollkommen ausgeschlossen ist.

Krankenanstalten.

Für den Bau eines ständigen Krankenhauses in Leibnitz haben gewidmet: die Bezirksvertretung in Leibnitz K 200.000, die Bezirksvertretung Arnfels und die Sparkasse Arnfels je K 50.000. Der Baufonds beträgt derzeit schon über K 714.000.

Das Krankenhaus der Landes-Arbeiterkrankenkassa in Pestujhely wird bedeutend vergrößert und gleichzeitig durch Auführung eines Pavillons mit 100 Bettstellen für Lungenkranke erweitert werden.

Nach Kriegsende soll in Wien an die Errichtung neuer Universitätsinstitute geschritten werden, u. zw. ist die Herstellung eines Krebsspitals und die Ausgestaltung der beiden chirurgischen Universitätskliniken der Hofräte v. Eiselsberg und v. Hochenegg in erster Linie geplant. Das Krebsspital wird auf den noch freistehenden Gründen der Irrenhausrealität in der Lazarettgasse und die beiden chirurgischen Kliniken werden in nächster Nähe zu stehen kommen. Da die Heeresverwaltung vielleicht in absehbarer Zeit geneigt sein wird, das heute längst nicht mehr ausreichende Wiener Offiziersspital in der Sensengasse aufzulassen und ein großes Krankenhaus im Bereich des künftigen Wald- und Wiesengürtels zu errichten, so würde auch diese Area für Universitätskliniken in Anspruch genommen werden. Man denkt daran, die gleichfalls schon längst an Raumangel leidenden beiden medizinischen Universitätskliniken der Hofräte v. Ortner und Chvostek sowie die beiden dermatologischen Kliniken der Professoren Riehl und Finger dorthin zu verlegen.

Wildbachverbauungen.

Das Gesetz, betreffend die Fortsetzung der Verbauungen am Weißenbache und in mehreren Wildbächen des Weißenbachgebietes in der Gemeinde Luttach-Weißenbach, wurde nunmehr genehmigt. Die technische Grundlage für dieses Unternehmen bildet das von der k. k. forsttechnischen Abteilung für Wildbachverbauung verfaßte Projekt mit einem Erfordernis von K 83.400 (K 47.400 für die Pichler-Plaike und K 36.000 für das übrige Gebiet des Weißenbaches). Die Ausführung der Arbeiten erfolgt durch die k. k. forsttechnische Abteilung für Wildbachverbauung.

Die von den Landtagen Oberösterreichs und Salzburgs beschlossenen Gesetzentwürfe, betr. Verbauung des Gailenzbaches in den Gemeinden Weyer (Markt) und Gailenz, die Verbauung des Neustiftbaches in den Gemeinden Neustift und Großraming, die Verbauung des Zlambaches bei Goisern sowie die Verbauung des Altbaches in der Gemeinde Gnigl, haben nunmehr die Genehmigung erhalten.

Verschiedenes.

Professor Oswald Flamm von der Charlottenburger Technischen Hochschule wird sich demnächst nach Dalmatien begeben, um sein fachmännisches Gutachten über das Projekt einer großen Schiffsverft, hauptsächlich für den Handelsschiffbau, abzugeben, das ein österreichisch-deutsches Konsortium in Spalato zu errichten gedenkt. Spalato liegt, was Bodenbeschaffenheit und Hafenverhältnisse anbelangt, sehr günstig für das geplante Unternehmen, das bei dem Mangel leistungsfähiger großer Werften in Österreich eine Zukunft haben dürfte.

Hofrat Ohmann hat einen Entwurf zur Errichtung eines Kaiser Franz Joseph-Denkmals vor der Votivkirche ausgearbeitet. Der Plan umfaßt eine große architektonische Anlage in Verbindung mit der Votivkirche. In den Hallen und Arkaden der Anlage soll durch Bilder, Reliefs und Statuen das Zeitalter Kaiser Franz Josephs in Erscheinung treten. Den Mittelpunkt der Anlage soll die Figur des Kaisers, in einem Thronessel sitzend, bilden. Die Kosten werden auf 9 Mill. Kronen beziffert.

In Agram wurde die Errichtung einer neuen großen Kognakfabrik beschlossen. Die Fabrik wurde von den Weingroßhändlern Vladimir Arko und Karl Ebenspanger, u. zw. mit einem Kapital von 12 Mill. Kronen, gegründet. Für die neue Fabrik wurden bereits 30.000 hl Wein angeschafft, aus welchem Kognak erzeugt werden wird.

Vereinsangelegenheiten.

Verhandlungsschrift

der ordentlichen Hauptversammlung am 23. März 1918.

Vorsitzender: Präsident Oberbaurat Major Ludwig Baumann.
Schriftführer: Staatsbahnrat Ing. Rudolf Schanzer.

Der Vorsitzende eröffnet um 6^h 25^m die ordentliche Hauptversammlung, heißt die Anwesenden herzlich willkommen und stellt die Beschlußfähigkeit infolge Anwesenheit von über 200 Mitgliedern fest.

1. Die Verhandlungsschrift der Geschäftsversammlung am 9. März wird beglaubigt.

2. Seit der letzten Geschäftsversammlung sind 4 Mitglieder verstorben, 2 Herren aus dem Vereine ausgetreten, dagegen wurden 6 Mitglieder neu aufgenommen, so daß der heutige Stand 3420 (einschließlich 12 korrespondierenden) beträgt. (Beilage.)

3. Der Vorsitzende macht auf einige in der Nächstwoche stattfindende Vorträge aufmerksam und teilt mit, daß der Beginn der Wochenversammlungen ab 6. April auf 7^h abends verlegt wurde.

4. Der Vorsitzende bittet die Herren: Baurat Ing. Hermann Beranek, Regierungsrat Ing. Viktor Hölbling, Hofrat Ing. Karl Höller, Dr. Ing. Theodor Kovacs, Oberbaurat Ing. Johann Maresch, Ing. Dr. Bernhard Merth und

Ing. Karl Müller den Zählaußschuß zu bilden und dankt ihnen im voraus verbindlichst für ihre Mühewaltung.

Vor Durchführung der Neuwahlen spricht der Präsident den beiden abtretenden Vizepräsidenten Hofrat Professor Ing. Julius Marchet und Oberbaurat Professor Ing. Rudolf Halter, ebenso wie den ausscheidenden Verwaltungsräten: Direktor Ing. Dr. Oswald Dirmoser, Generaldirektor Ing. Dr. Georg Günther, Direktor Ing. Dr. Ferdinand Neureiter, Professor Dr. Heinrich Paweck, Oberbaurat Ing. Leopold Trnka und Professor Ing. Heinrich Wagner den herzlichsten und verbindlichsten Dank für ihre Mühewaltung aus. Insbesondere hebt der Präsident die Betätigung der beiden Vizepräsidenten hervor und verweist darauf, daß die beiden Herren außer ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrate bei wichtigen Aktionen des Vereines eine hervorragende Rolle gespielt haben: Hofrat Professor Ing. Marchet als Obmann des Arbeitsausschusses des Ausschusses für technisch-wirtschaftliche Staatsnotwendigkeiten und Oberbaurat Ing. Halter als Anreger und Organisator des ständigen Ausschusses für Wasserwirtschaft. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschlusse hieran wird seitens des Präsidenten dem Schriftführer Staatsbahnrat Ing. Rudolf Schanzer der Dank für das dem Vereine durch die stellvertretende Übernahme des Sekretariats erwiesene Entgegenkommen und für die besondere Unterstützung ausgesprochen, welche hiedurch dem Präsidenten in der Leitung des Vereines geboten werde. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich zollt der Präsident auch der Beamtenschaft der Vereinskassenzelle die wärmste Anerkennung für ihre Tätigkeit im abgelaufenen Vereinsjahre. (Beifall.)

5. Von der Verlesung des in den H. 10 und 11 der „Zeitschrift“ erschienenen Jahresberichtes des Verwaltungsrates wird abgesehen. Der Schriftführer verliest die Namen der im Berichtsjahre verstorbenen Kollegen. Der Vorsitzende dankt den Anwesenden, die sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben haben, für diesen Beweis der Teilnahme. Der Bericht des Verwaltungsrates wird sodann einstimmig genehmigend zur Kenntnis genommen.

6. Hierauf wird die Wahl von 6 Verwaltungsräten mit 2 jähriger Geschäftsdauer vorgenommen.

7. Der Vorsitzende erteilt zur Erstattung des Berichtes über den Rechnungsabschluß für das Jahr 1917 Direktor Ing. Wilhelm Göhring das Wort, der im letzten Augenblicke für den verhinderten Berichterstatter Ing. Aufricht in entgegenkommendster Weise eingetreten war. Der Bericht wird ohne Wechselrede einstimmig genehmigt, worauf der Vorsitzende dem Berichterstatter und dem Revisionsausschuß für ihre Mühewaltung den Dank ausspricht.

8. Der Vorsitzende ersucht den Kasserverwalter Direktor Ing. Richard Pollak, den Voranschlag für das Jahr 1918 zur Beschlußfassung vorzulegen. Nach Erstattung des Berichtes, mit welchem die wichtigsten Posten näher begründet werden, wird der Voranschlag ohne weitere Erörterung einstimmig angenommen. Der Präsident spricht dem Berichterstatter sowie dem Finanzausschusse für ihre Mühewaltung den besonderen Dank aus.

9. u. 10. Zur Wahl des Kasserverwalters und der Revisoren für das Jahr 1918 meldet sich Ministerialrat Ing. Richard Brauer zum Worte und beantragt, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen. Da niemand gegen diese Wahlform Einspruch erhebt, werden Direktor Ing. Richard Pollak zum Kasserverwalter und Ing. Wilhelm Aufricht, Direktor Ing. Wilhelm Göhring und Oberbaurat Ing. Ignaz Pollak zu Revisoren für das Jahr 1918 durch Erheben der Hand einstimmig wiedergewählt.

11. Der Vorsitzende erstattet als Obmann des Verwaltungsausschusses der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Stiftung folgenden Bericht für das abgelaufene Jahr: Vom Jahre 1916 verblieb ein Gebahrungsbüßschuß von K 2212'62; Die Wertpapiere der Stiftung im Nennwerte von K 225.000 lieferten ein Zinsenertragnis von K 9000, die flüssigen Barbestände ein solches von K 150'42, so daß eine Summe von K 11.363'04 zur Beteiligung zur Verfügung stand. Unterstützungen wurden in der Gesamthöhe

von K 6360 erteilt, die sich wie folgt verteilen: für einmalige Unterstützungen wurden insgesamt K 3030 in 27 Fällen verausgabt, die durchwegs Witwen und Waisen nach Fachgenossen betrafen. Jahresgaben bis auf Widerruf wurden in 9 Fällen im Gesamtbetrage von K 3330 erteilt, u. zw. K 2140 in 5 Fällen an Witwen nach Fachgenossen und K 1190 in 4 Fällen an Waisen nach Fachgenossen. Mit Ende des Berichtsjahres schließt die Stiftung mit einem Wertpapierbestande von K 225.000 und einem Guthaben an den Vereinsbetrieb von K 5003'04 ab.

12. Über die Geschäftsgebarung des Ablösungsfonds wird seitens des Präsidenten Folgendes berichtet: Der Ablösungsfonds hatte zu Beginn des Berichtsjahres einen Vermögensstand in Wertpapieren im Nennwerte von K 148.600, bestehend in 160 Stück 4%igen steuerpflichtigen Lemberg-Czernowitz-Jassy-Eisenbahnprioritäten zu je 300 Gulden, K 28.200 in 4%iger österr. Kronenrente, K 20.000 in 2. österr. Kriegsanleihe und K 8000 in 5. österr. Kriegsanleihe sowie einen Barbestand von K 180'40. Im Laufe des Jahres wurden durch weitere Ablösungen des Mitgliedsbeitrages insgesamt K 3510 eingezahlt, ferner wurde bei dem im Laufe des Jahres erfolgten Umtausch der 2. Kriegsanleihe in 5. Kriegsanleihe ein Umtauschgewinn von K 667 erzielt, so daß der Fonds mit Jahreschluß mit einem unveränderten Wertpapierbestande von K 148.600 und einem Barbestande von K 4357'40 abschließt.

Diese beiden vorgenannten Berichte werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

13. bis 17. Es wird sodann die Wahl der Mitglieder des ständigen Schiedsgerichtes in technischen Angelegenheiten zugleich mit den Wahlen in den ständigen Ausschuß für die Stellung der Techniker, in den ständigen Ausschuß für die Ferialpraxis, in den ständigen Klubauschuß und in den ständigen Ausschuß für die bauliche Entwicklung Wiens vorgenommen. Über Vorschlag des Vorsitzenden wird — wie dies bisher üblich war — der Vereinskassenzelle die Auszählung der Stimmen übertragen. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

Ständiges Schiedsgericht in technischen Angelegenheiten für das Jahr 1918:

I. Architektur und Hochbau, Städtebau: Josef Bündsdorf, Julius Deininger, Georg Demski, Anton Drexler, Eugen Fassbender, Alfred v. Foltz, Karl Gärber, Ludwig R. v. Giacomelli, Heinrich Goldemund, Hermann Helmer, Paul Hoppe, Franz Kapuhn, August Kirstein, Julius Koch, Heinrich Koechlin, Franz Freih. v. Krauss, Franz Quidenus, Josef Röttlinger, Siegfried Theiss.

II. Gesundheitstechnik: Hermann Beranek, Eduard Bodenseher, Gustav Genz, Siegmund Récséi, Adalbert Stradal, Wilhelm Voit.

III. Bauingenieurwesen: Eduard Ast, Otto v. Bertele, Friedrich Binder, Theodor Binder, Ludwig Brandl, Benno Brausewetter, Karl Brenner, Karl Demel, Fritz Edl. v. Emperger, Emil Engel, Wilhelm Faehndrich, Adolf Friedrich, Franz Gebauer, Roman Grengg, Hugo Gröger, Emil Grohmann, Karl Haberkalt, Anton Hafner, Rudolph Halter, August Hanisch, Rudolf Heine, Thomas Hofer, Leopold Kosetschek, Richard Künstner, Ernst R. v. Lauda, Rudolf Mayreder, Oskar Meltzer, Josef Mumb, Franz Musil, Rudolf Nemetschke, Johann Pachnik, Vincenz Pollack, Rudolf Reich, Ludwig Roth, Rudolf Saliger, Fritz Schaffernak, Max Singer, Karl Söllner, Josef Anton Spitzer.

IV. Maschinenbau: Artur Budau, Ludwig Czischek, Karl Ebner, Bernhard Kirsch, Fritz Krauss, Viktor Monath, Rudolf Sanzin, Franz Schwarz, Ludwig Spängler, Max Steskal, Isidor Tobisch, Edmund Wehrenfennig, Peter Zwiauer.

V. Elektrotechnik: Paul Dittes, Friedrich Drexler, Johann Perl, Max Reithoffer, Johann Sahulka.

VI. Berg- und Hüttenwesen: Johann Fritsch, Eduard Goedicke, Ludwig Rainer, Albert Sailer, Karl Schiedeck.

VII. Chemie, Technologie und Metallurgie: Hans v. Jüptner, Josef Klaudy, Leopold Mayer, Theodor Pierus, Richard Pribram, Richard Reik, Hermann Steyrer, Hugo Strache.

VIII. Bodenkulturwesen: Adolf Cieslar, Robert Fischer, Anton Hadek, Theodor Micklitz, Karl Offer, Ernst Sedlmayr.

IX. Vermessungswesen: Theodor Dokulil, Max Pernt, Siegmund Wellisch.

X. Photographie und Reproduktionswesen: Johann Reissig, Viktor Tischler.

Ausschuß für die Stellung der Techniker. Abgegeben wurden 128 gültige Stimmen. Gewählt erscheinen: Albert Prochaska mit 127, Otto Mauthner, Karl Müller und Vincenz Pollack mit 126 und Alfred Wirth mit 125 Stimmen.

Ausschuß für die Ferialpraxis von Hörern der Technischen Hochschulen in Österreich. Abgegeben wurden 126 gültige Stimmen. Gewählt erscheinen: Eduard Doležal, Fritz Edl. v. Emperger und Ferdinand Neureiter mit 126, Ernst R. v. Lauda mit 125 und Ludwig Spängler mit 124 Stimmen.

Klubauschuß. Abgegeben wurden 127 gültige Stimmen. Gewählt erscheinen: Karl Hoffmann und Theodor Kovacs mit 127, Richard Brauer, Bernhard Merth und Ludwig Roth mit 126, Ewald Bing und Heinrich Koechlin mit 125 und Hugo Franz mit 124 Stimmen.

Bauliche Entwicklung Wiens. Abgegeben wurden 124 gültige Stimmen. Gewählt erscheint: Josef Miklosich mit 75 Stimmen.

18. Staatsbahnrat Ing. Otto Mauthner stellt namens des Verwaltungsrates den bereits der letzten Geschäftsversammlung zur Kenntnis gebrachten Antrag den § 11, P. 3, der Satzungen, welcher bisher lautete: „Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates müssen ihren Sitz in Wien haben“, wie folgt abzuändern:

„Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates müssen ihren Sitz in Wien haben, mit Ausnahme der Vertreter der Zweigvereine. Diese können ihren Wohnsitz auch am Orte des Zweigvereines haben.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nach Annahme des Antrages schlägt der Berichterstatter die — in die Befugnisse jeder Geschäftsversammlung fallende — sinnmäßige Abänderung der Satzungen der Zweigvereine vor, so zwar, daß § 6 dieser Satzungen („Jeder Zweigverein hat, wenn die Zahl seiner Mitglieder 50 erreicht, das Recht, aus der Mitte der in Wien wohnenden Mitglieder einen Vertreter seiner Interessen in den Verwaltungsrat zu entsenden“) wie folgt geändert wird:

„Jeder Zweigverein hat, wenn die Zahl seiner Mitglieder 50 erreicht, das Recht, aus der Mitte der in Wien oder der am Sitz des Zweigvereines wohnenden Mitglieder einen Vertreter seiner Interessen in den Verwaltungsrat zu entsenden.“

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende dankt dem Berichterstatter für seine Mühewaltung. (Schluß folgt.)

Persönliches.

Der Kaiser hat dem Architekten und Baumeister Ing. Karl Limbach das Kriegskreuz für Zivilverdienste zweiter Klasse verliehen, den beh. aut. Zivilingenieur Ing. Dr. Friedrich R. v. Merkl, Oberleutnant im Brücken-Bataillon Nr. 1, zum Hauptmann sowie Dr. Max Bamberger, o. ö. Professor der Technischen Hochschule in Wien, Dpl. Ing. Alfred Haußner, o. ö. Professor an der deutschen Franz Joseph-Technischen Hochschule in Brünn, und Hofrat Ing. Otto Kunze im Ministerium für öffentliche Arbeiten zu fachtechnischen Mitgliedern des Patentgerichtshofes auf die Dauer von 5 Jahren ernannt.

Erzherzog Eugen hat dem Ersten Vizepräsidenten der Gesellschaft vom Weißen Kreuze, Architekten Oberbaurat Alois v. Wurm-Arnkreuz das Marianer-Halskreuz des Deutschen Ritterordens verliehen.

Der Kriegsminister hat den Minister für öffentliche Arbeiten a. D. Landsturmgeneralingenieur Ing. Dr. Ottokar Freih. v. Trnka zum technischen Inspektor der unter Kriegszeit stehenden industriellen Privatbetriebe bestimmt.

Der Handelsminister hat den Bauoberkommissär der Direktion für den Bau der Wasserstraßen Ing. Leopold Hausner zum Baurat ernannt.

Geschäftliche Mitteilungen des Vereines.

TAGESORDNUNG

der 20. (Wochen-) Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 6. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Sr. Exz. Ing. Dr. Wilhelm Exner, k. u. k. Geh. Rat, Präsidenten des k. k. Technischen Versuchsamtes: „Über die seit der Einflüsse der Staatsverwaltung auf das Versuchswesen in Österreich neugeschaffenen Versuchsanstalten“.

TAGESORDNUNG

der 21. (Wochen-) Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 13. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Dozenten Ing. Dr. Julius Magg: „Diesel und die Entwicklung des Dieselmaschinenbaues“ (Lichtbilder).

Anschließend an diesen Vortrag wird die am 23. März begonnene Lichtbildervorführung der Fachgruppe für Photographie und Reproduktionstechnik zu Ende geführt werden.

Nach diesen Versammlungen gesellige Zusammenkunft in den Klubräumen; Anmeldefrist für das Abendessen (Brot- oder Mehlmarken mitbringen) bis Freitag abends 6^h. Spätere Anmeldungen können seitens der Vereinskasse nicht mehr angenommen werden.

Fachgruppe für Vermessungswesen.

Wegen Verhinderung des Vortragenden muß die für

Montag den 8. April 1918

anberaumt gewesene Fachgruppenversammlung unterbleiben.

Fachgruppe der Bau- und Eisenbahn-Ingenieure gemeinsam mit der Fachgruppe der Maschinen-Ingenieure.

Dienstag den 9. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Bauoberkommissär Ing. Artur Adler: „Metallographie im Eisenbahnwesen“ (Lichtbilder).

Fachgruppe für Chemie.

Montag den 15. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Dr. Josef Reitstötter: „Über Koagulation“.

Fachgruppe für Vermessungswesen.

Montag den 22. April 1918, abends 6 Uhr.

1. Bericht des Fachgruppenausschusses.
2. Neuwahl des Obmannes und des Fachgruppenausschusses.
3. Vortrag, gehalten von Oberinspektor Anton Tichy: „Entwicklung eines paradoxen Begriffes von Triangulierung erster Ordnung“.

IX. Klubveranstaltung.

Sonntag den 7. April 1918, nachmittags 5^{1/2} Uhr (großer Saal).

Kunstabend

unter der gefälligen Mitwirkung der Konzertsängerinnen Frau My Lussner und Frau Maria Gailhofer, der Konzertpianistinnen Fräulein Gusti Tischler und Stella Wang, der Geigerin Fräulein Anita Ast, der Rezitatorin Frau Elisa Karau, des Schriftstellers Dr. Lothar Ring und des Konzertsängers Stephan Gold.

Eintritt frei; Zutritt haben Vereinsmitglieder, ihre Angehörigen und geladene Gäste.

Danksagung.

Außerstand, jeden anläßlich meiner 50 jährigen Mitgliedschaftsfeier mir zugekommenen Glückwunsch einzeln zu beantworten, entbiete ich hiemit allen liebwerten Berufsgenossen insgesamt meinen innigsten Dank, mit dem Wunsche ihres besten ferneren Wohlergehens.

Wien, 24. März 1918.

F. R. Engel.

Die Francisco-Josephinische Zeit der Wiener Architektur.

Von k. k. Oberbaurat Arch. Alois v. Wurm-Arnkreuz.

(Fortsetzung zu H. 14.)

Fischer v. Erlach hat am Beginn des achtzehnten Jahrhunderts, also vor mehr als 200 Jahren, sein Burgprojekt entworfen und damit die Regulierung des Michaelerplatzes schon damals festgelegt, wiewohl zu jener Zeit noch eine große Anzahl uneingelöster Häuser der Ausführung dieses großartig gedachten Planes entgegenstanden sind.

siegreich. Der Eindruck des Fischerschen Projektes auf die Kunstverständigen des 18. Jahrhunderts war ein so gewaltiger, daß es, lange bevor dessen Vollendung in Wien möglich wurde, eine, wenn auch ziemlich nüchterne und in jeder Beziehung reduzierte Kopie an einem Berliner Hofgebäude finden konnte, nämlich an der im Jahre 1775 von Unger und Boumann erbauten königlichen

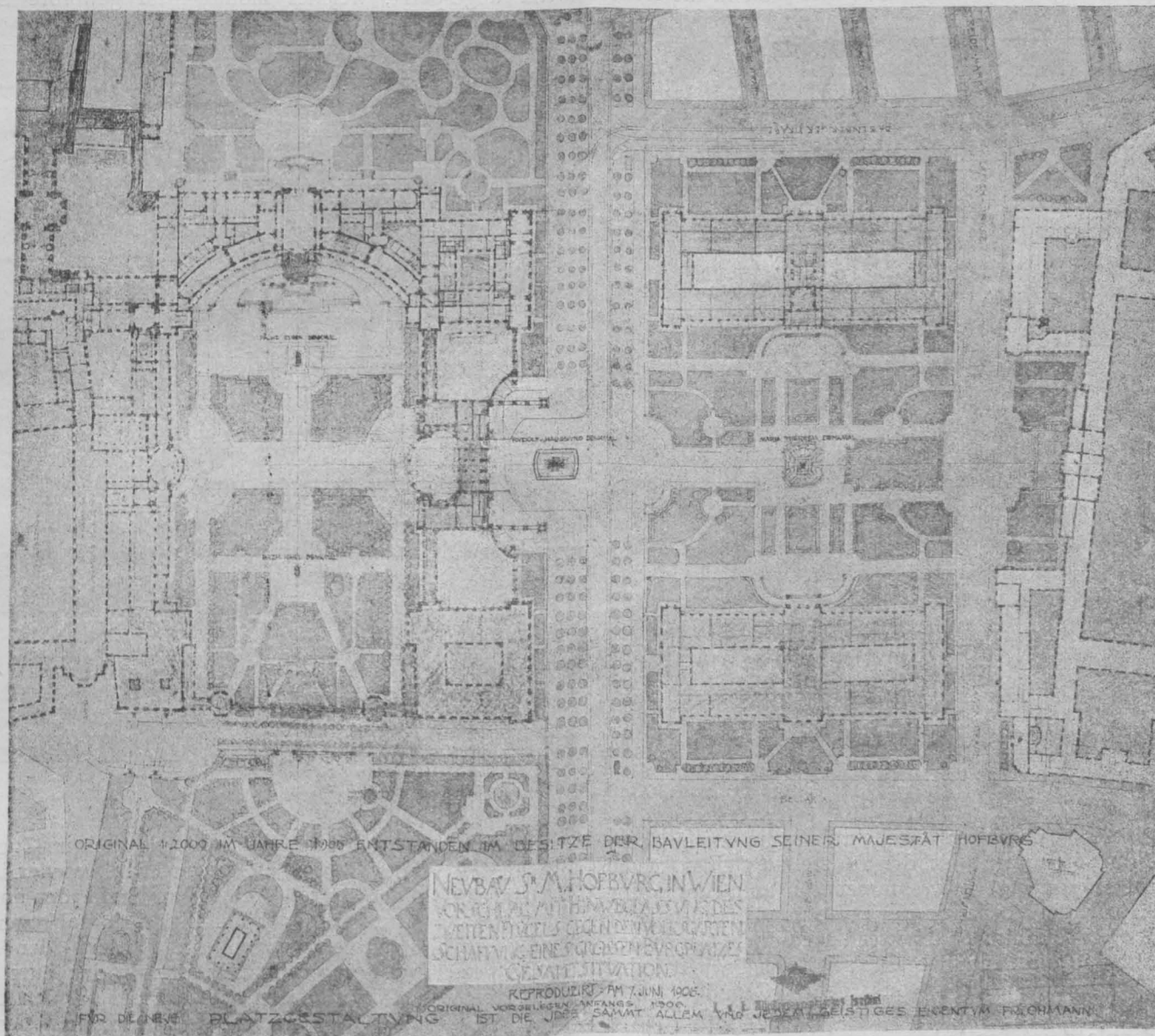


Abb. 6. Burgbauentwurf Ohmann: Grundriß der Gesamtanlage.

Erst nach seinem im Jahre 1724 erfolgten Tode wurden Teile dieses Projektes, soweit der Baugrund hierfür freigemacht werden konnte, ausgeführt, so im Jahre 1728 die Reichskanzlei mit einem Fragment der großen Mittelrotunde und in den Jahren 1729 bis 1735 die Winterreitschule mit ihrem herrlichen Eckpavillon gegen den Michaelerplatz. Trotzdem auf dieser Area im Jahre 1741 das Burgtheater errichtet und im Jahre 1756 vergrößert, dort Häuser durch Umbau erneuert und überdies die Niederlage der k. k. Porzellanfabrik neu erbaut wurden, blieb der kühne Gedanke dieser umfassenden Regulierung schließlich doch

Bibliothek, welche über den ausdrücklichen Wunsch Friedrich des Großen nach dem geplanten Wiener Originalen errichtet wurde.

Auch van der Nüll und Siccardsburg standen bei ihrem prächtigen Entwurfe für den Burgbau und die denselben umgebende Stadtregulierung³⁾ unter dem Eindruck dieses überwältigenden, von ihnen mit wahrhaft künstlerischem Hellsehen voll erkannten Vorbildes. Die in der Richtung des Kohlmarktes gelegene

³⁾ Wiedergegeben in dieser „Zeitschrift“ 1913, S. 851, Abb. 6.

Achse des Fischerschen Burgbaues ist auch die Hauptachse ihres Projektes, auf welche nicht nur der Ausbau der Burg, sondern auch die Regulierung des ganzen Stadtteiles zwischen dem Michaelerplatz und den kaiserlichen Stallungen bezogen ist. Demnach ist der innere Burgplatz, der Franzensplatz, durch die Demolierung des zwischen diesem und dem Schweizerhofe gelegenen, eines zweiten zwischen dem Schweizerhofe und der Sommerreitschule und eines dritten nächst der Hofburgkapelle befindlichen Traktes derart vergrößert, daß die Durchfahrt von der großen Rotunde aus durch dessen Mitte erfolgt, während die Fassade der Reichskanzlei symmetrisch fortgesetzt ist, bis sie den Trakt des Redoutensaales trifft, wodurch die große Rotundenkuppel auch vom Franzensplatz aus gesehen in die Achse der ganzen Anlage fällt und nicht so wie jetzt in die Ecke

beiden Reiterdenkmale Erzherzog Karl und Prinz Eugen sind schon genau so situiert, wie sie später in den Jahren 1859, bzw. 1865 zur Aufstellung gelangten. Hingegen sind die beiden senkrecht zur Ringstraße gestellten Flügelbauten weiter auseinandergerückt, als dies im Hasenauer-Semperschen Projekt der Fall ist, der eine näher zum Hofgarten, der andere näher zum Volksgarten, so daß nicht nur die schöne Kuppel des Bibliothekbaues als prächtiger Zielpunkt für die Mariahilferstraße gewonnen ist, sondern auch der Straßenverkehr unterhalb des großen Bibliotheksaales gegen den Josefsplatz durchgeführt erscheint, wie dies insbesondere für Fußgeher höchst wünschenswert wäre. Gegen die Ringstraße zu ist der Heldenplatz durch ein Gitter abgesperrt, welches monumental gewölbte Stein-

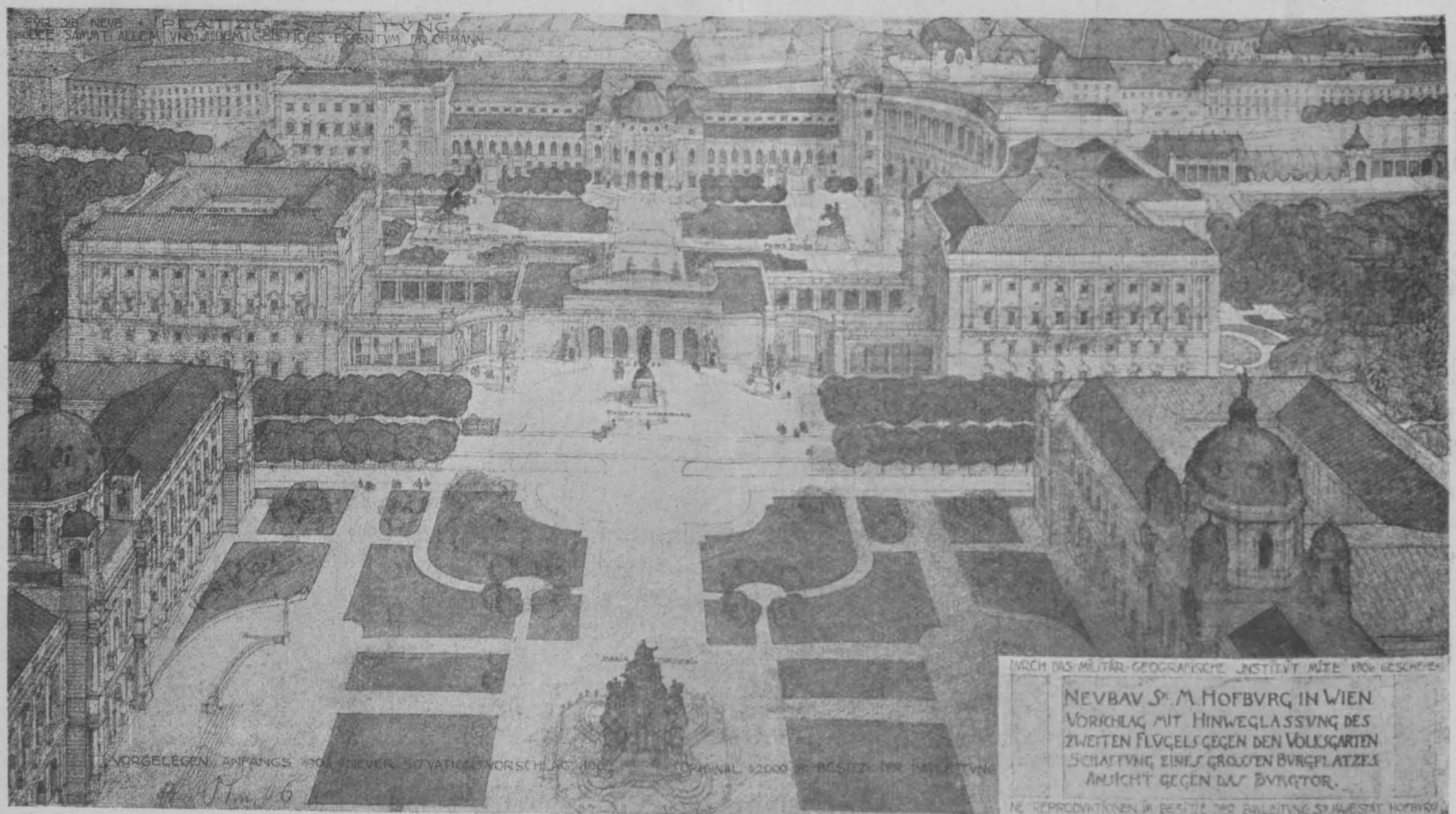


Abb. 7. Burgbauentwurf Ohmann: Schaubild der Gesamtanlage.

dieses Platzes verschoben erscheint. Symmetrisch zum Kaiser Franz-Monument ist die Aufstellung eines neuen Monumentes beantragt und symmetrisch zum Vorsprung der Hofkapelle ein Vorbau in der korrespondierenden Ecke nächst des Leopoldinischen Traktes angeordnet. Gegen den Kohlmarkt und die Schauflergasse zeigt das Projekt keine wesentliche Abweichung von dem Grundgedanken Fischers v. Erlach. Gegen den äußeren Burgplatz, den Heldenplatz, ist der Anbau, in welchem sich der Rittersaal befindet, sehr beträchtlich verbreitert, mit einem besonderen, gedeckten Hof versehen, ebenfalls in die Hauptachse der ganzen Anlage gestellt und mit einem großartigen Mittelportal ausgestattet. Anschließend an diesen vorspringenden Mittelbau bleibt einerseits der Leopoldinische Trakt erhalten, während andererseits, symmetrisch zu diesem, sich ein Trakt anschließt, welcher bis in die Nähe der Hofbibliothek reicht und dort rechtwinklig gegen diese zurückspringt, welche letztere dann in ihrem unteren, freigelegten Teile entsprechend ausgebildet erscheint und mit ihrer charakteristischen, mansardenartigen Kuppel da selbst zur vollen Geltung kommt. Die

portale im Zuge der Mariahilferstraße als auch im Zuge der Burggasse besitzt, während in dessen Mitte, wieder in der Hauptachse der ganzen Anlage, an Stelle des äußeren Burgttores ein großartiger römischer Triumphbogen als feierlicher Haupteingang dominiert. Jenseits der Ringstraße, gegenüber den auf den Haupttrakt der Burg senkrecht gerichteten Flügelbauten, ist der Platz vor den kaiserlichen Stallungen beiderseits ebenfalls von monumentalen Gebäuden begrenzt, die aber nicht vollkommen parallel, sondern gegen die Vorstadt etwas divergierend stehen, so daß der Verkehr von der Mariahilferstraße und von der Burggasse zum Ring vor denselben längs des großen Platzes und weiter durch die bereits erwähnten monumentalen Steinportale, einerseits zum Josefsplatz, andererseits zum Ballplatz, freigelegt ist. Die Höhenlage der Bel-Etage stimmt in diesem Projekte mit jener der Hauptgeschosse des alten Burgbaues nahezu überein, daher auch die absolute Höhe der Gebäude nicht so übermäßig und für die hiesigen Verhältnisse so ungewohnt ausfiel, als dies bei den nun ausgeführten Burgbauten der Fall ist, bei welchem bis zur Bel-Etage ungefähr 120 Stufenhöhen zu überwinden sind. Infolgedessen erscheint auch die Platz-

wirkung bei dem van der Nüll-Siccardsburgschen Projekte überaus großartig, wobei überdies der prächtige Kuppelbau der Hofbibliothek sowie das Gebäude des Ministeriums des Äußeren in entsprechender Weise in das Gesamtbild einbezogen wurden. In diesem Projekt erscheint der herrliche Saal der Hofbibliothek in die Festräume einbezogen, da für die Hofbibliothek ein großes Gebäude längs der Ringstraße und des Hofgartens in Aussicht genommen ist. Die schöne Wirkung des Hofbibliothekbaues, welche seinerzeit vom Glacis aus so erfreulich war und im van der Nüll-Siccardsburgschen Projekte noch günstiger zur Geltung kommen sollte, ist nicht mehr zu retten und bleibt durch die Massenhaftigkeit des neuen Burgbaues total totgeschlagen. Aber sonst enthält das Projekt immer genug des Erweckbaren. Den Franzensplatz danach auszugestalten, mag der Zukunft vorbehalten bleiben, da nach unserer gegenwärtigen Auf-

mit dem mächtig imposanten, die beiden Burgflügel verbindenden Hauptbau doch zur Ausführung gelangen, so müßten sie selbstverständlich gänzlich demoliert werden. Sollte aber einmal eine Zeit kommen, in der man sich wenigstens zur Ausführung des van der Nüll-Siccardsburgschen Planes, soweit dies überhaupt noch möglich ist, aufschwingen wollte; sollte dieser Plan wenigstens in dem noch immer möglichen Teile aufgenommen werden, daß in einem nächst dem Rittersaale verbreiterten und vortretenden Teile eine in die Hauptachse der Gesamtanlage gestellte mächtige Portalanlage geschaffen wird, so müßte mindestens die Seitenfassade des jüngst geschaffenen Burgtraktes wieder verschwinden.

Bei der Beurteilung des Hasenauer-Semperschen Burg- und Museumsprojektes ist zu berücksichtigen, daß nicht nur die Fassaden des Museumsbaues sondern

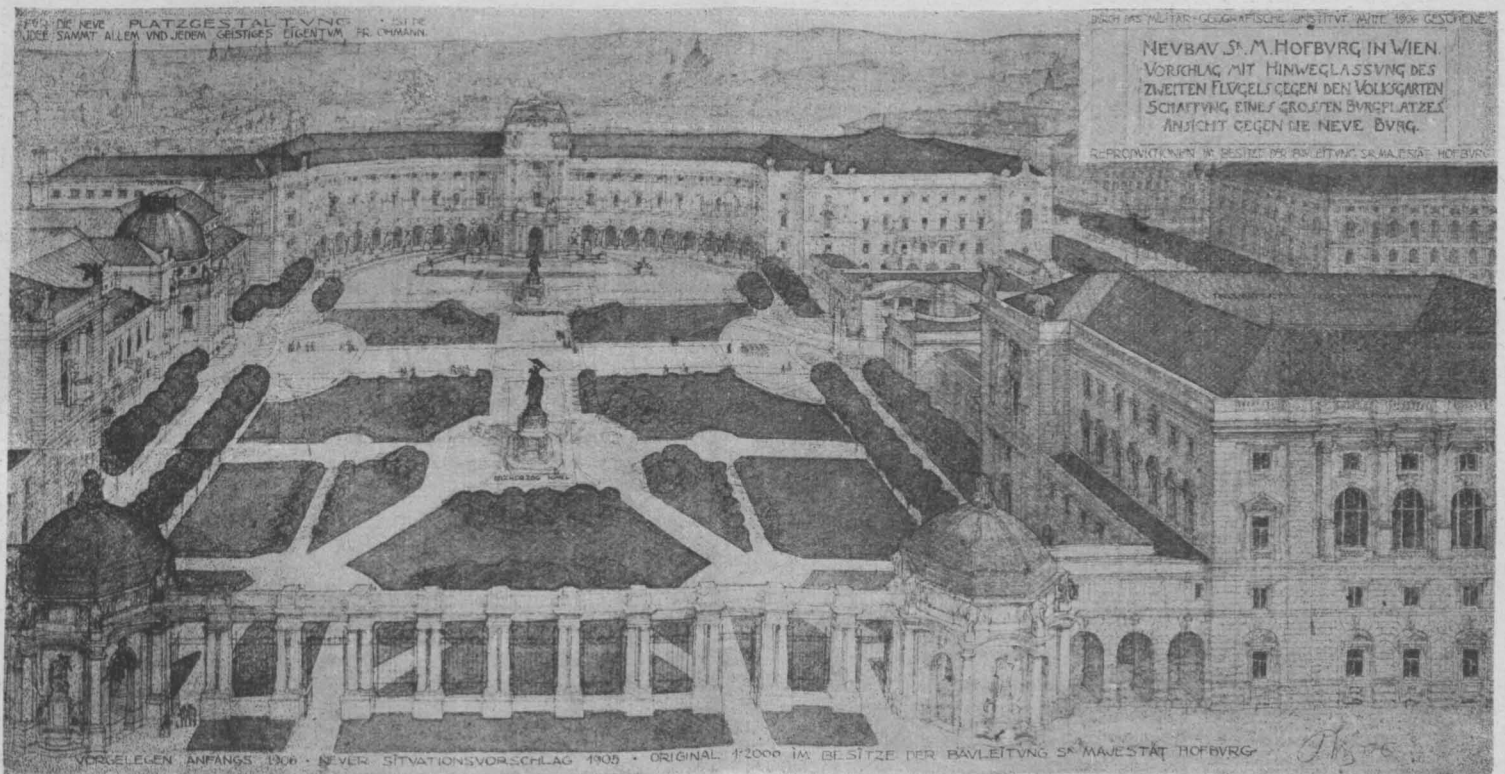


Abb. 8. Burgbautwurf Ohmann: Heldenplatzbild gegen den Segmentbau.

fassung die Demolierung der dem Schweizerhofe zugekehrten Zwischentrakte vorläufig zu vermeiden wäre, aber die Ausgestaltung des Heldenplatzes ist nunmehr eine aktuelle Frage geworden, für welche das van der Nüll-Siccardsburgsche Projekt trotz der gänzlich veränderten Situation von hoher Bedeutung ist. Emil v. Förster nahm seinerzeit Rücksicht auf die Hauptachse der Gesamtanlage, welche sowohl im Fischerschen, im van der Nüll-Siccardsburgschen als auch im Hasenauer-Semperschen Plan betont war, indem er nächst dem Rittersaale nur provisorische Bauten ausführte, welche sich auch in höchst anmutiger Weise zwischen dem Alten und dem Neuen einfügten. In letzter Zeit wurden dieselben demoliert und durch pomphafte, definitiv gedachte Bauten ersetzt, welche weder mit dem Fischerschen noch mit dem van der Nüll-Siccardsburgschen noch mit dem Hasenauer-Semperschen Plan in Einklang zu bringen sind. Sollte dereinst der grandiose Hasenauer-Sempersche Plan (Taf. I⁴)

⁴) Über Ersuchen des Verfassers hat der Referent der Wiener Stadterweiterungs-Kommission Herr Ministerialrat Dr. Karl Peyrer v. Heimstatt die Bewilligung zur Wiedergabe der

auch jene des Burgbaues in weit größerer Höhe ausgeführt wurden, als ursprünglich beabsichtigt war, so daß es nun schwer fällt, einen alles überbietenden Zielpunkt zu schaffen.

Durch den Hasenauer-Semperschen Burg- und Museumsbau sollte ein Platz von überwältigender Größe geschaffen werden, ein förmlich idealer Ausgangspunkt der Ringstraße und damit der ganzen neuen Stadtanlage. Die beiden Museen und die beiden Flügel des Burgbaues sollten durch über die Ringstraße gespannte kolossale Triumphpforten in Verbindung gebracht und damit auch eine künstlerische Geschlossenheit des Riesenplatzes erreicht werden. Der dominierende Zielpunkt der gewaltigen Anlage sollte der in deren Hauptachse gelegene, mit einer Kuppel bekrönte Thronsaal sein, dessen das Ganze überbietende Fassade in den mächtigsten Dimensionen und in der größten Pracht gedacht war, und sollte dessen gegenüber, die kaiserlichen Stallungen, entweder durch einen würdigen Abschluß ersetzt oder mittels Rampen- und Treppenanlagen durchbrochen werden, welche zu einem höher

Originalbilder für die Taf. I und die Abb. 11 und 12 gütigst erteilt, wofür ihm auch an dieser Stelle der verbindlichste Dank ausgesprochen sei.

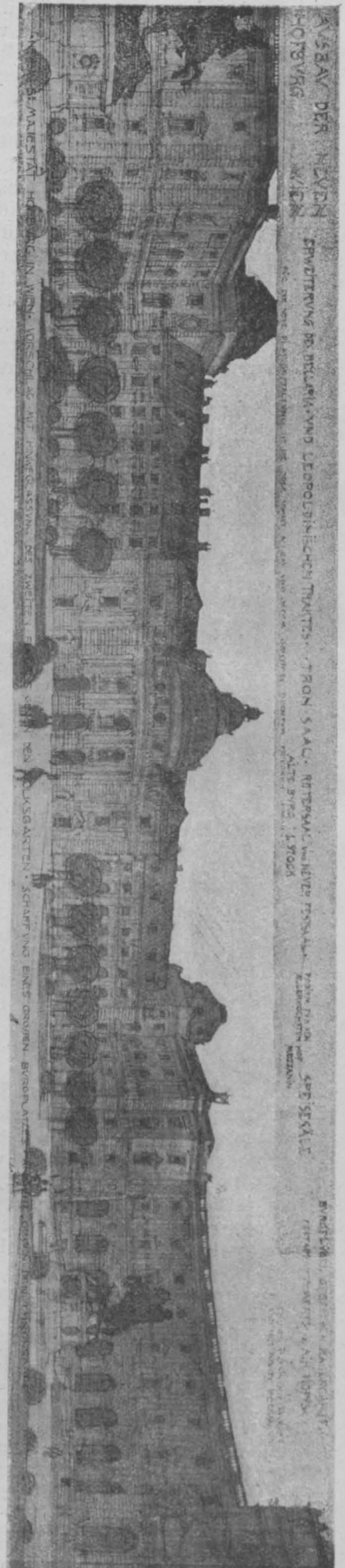
gelegenen Bau emporführen, der gleichzeitig in der Achse des Burgbaues sowie in der Achse einer neuen großen, an Stelle der Siebensterngasse durchzuführenden Verkehrsstraße zu liegen käme, von der herabsteigend man einen herrlichen Überblick auf den grandiosen Burg- und Museumsplatz gewinnen würde. Alle früheren Meister, welche sich dem Burgbau gewidmet haben, akzeptierten die schon von Fischer von Erlach bestimmte Hauptachse, Kohlmarkt—kaiserliche Stallungen, so haben van der Nüll und Siccardsburg, Hasenauer und Semper sowie Ohmann in der dem Heldenplatze zugekehrten Burgfassade übereinstimmend einen mit der Rotunde korrespondierenden imposanten Mittelbau beantragt. Und alle diese Meister haben den Heldenplatz durch einen ebenfalls in dieser Hauptachse gelegenen Portalbau gegen die Ringstraße in monumentaler Weise abgetrennt. Allerdings hat Ohmann vor dem mächtigen Portalbau, etwas in die Ringstraße einspringend, auch noch ein bescheidenes Denkmal, die Reiterstatue Rudolfs von Habsburg, eingefügt, aber dieses war ein in ein Platzdetail hineinkomponiertes Monument, das durchaus nicht mit dem Maria Theresia-Denkmal konkurrieren oder gar dieses überbieten sollte.

Das Burgtor bietet eine wertvolle Erinnerung an den alten Bestand, so wie der Graben am Franzensplatz vor dem Schweizerhofportal; es ist an sich der letzte Ausklang der historischen Stilreihe und das Bedeutendste, was Wien aus der klassizistischen Periode besitzt, und ist uns durch die jüngst daran befestigten Ruhmeskränze nur noch geheiliger geworden. Sollte es wirklich einmal zu einer Demolierung desselben kommen, so wäre der erhöhte Platz nächst der Siebensterngasse die passendste Stelle, um das etwa in der von Hansen gedachten Weise entsprechend umzugestaltende Burgtor dahin zu übertragen, welches dann zum Burgbau in einer ähnlichen Relation stünde wie die Gloriette zum Schönbrunner Schloß, nur daß die Beziehung eine noch begründetere wäre, indem der Eintritt in diesen Propyläenbau direkt auf eine via triumphalis führt, über die hinab man zur kaiserlichen Hofburg gelangt. Jedenfalls wäre die Aufstellung des Burgtores dort als Propyläenbau der Burg entschieden passender als dessen Übertragung in die Heurigengegend von Grinzing oder Sievering, wie dies kürzlich von anderer Seite beantragt worden ist: aber hoffentlich bleibt vorläufig das Burgtor dort stehen, wo es steht, seit es Kaiser von Österreich gibt. Das Ohmannsche Projekt zeigt einen Weg, wie man mit den einfachsten Mitteln zu einer befriedigenden Lösung gelangen kann. Es stellt dem einen ausgebauten Hasenauer-Semperischen Burgflügel nicht einen gleichen gegenüber, sondern begnügt sich dort mit zwei Eckbauten, die ein luftiger Säulengang verbindet, so daß man vom Heldenplatze aus Durchblicke auf den Volksgarten hat und auch die Silhouette des Rathauses über den grünen Wipfeln nicht verloren geht. Es will auch das Burgtor erhalten, wie es zum Abschluß des Platzes unbedingt nötig ist. (Abb. 6 zeigt den Grundriß dieses Projektes, Abb. 7 die Ansicht der Gesamtanlage, Abb. 8 die gegen den Segmentbau, Abb. 9 die gegen die Innere Stadt und Abb. 10 die gegen den Volksgarten.)

Mit der erfolgreichen Beteiligung der beiden Meister van der Nüll und Siccardsburg an der Konkurrenz, betreffend den Neubau des Wiener Hofopernhauses, im Jahre 1860 beginnt eine neue Epoche ihres glücklichen Zusammenwirkens, in welcher van der Nüll seine glänzende Dekorationskunst, Siccardsburg seine Beherrschung der Gesamtkomposition und sein großes Konstruktionstalent zur Geltung bringen konnten. Sahen wir in dem Kommandanturgebäude des Arsenal's eines der gelungensten Werke einer nach Neuem strebenden Zeit, das seinen harmonischen Halt hauptsächlich in ro-

manischen Details suchte, diese aber in kühn und frei aufgefaßter Weise einem modern empfundenen, konstruktiv klaren, charakteristischen und reichsilhouettierten Massenhau dienstbar machte, sahen wir in der von dem genialen Johann Georg Müller entworfenen und von van der Nüll durchgebildeten und vollendeten Lerchenfelder Kirche ein verwandtes Werk jener bewegten Zeit, dessen Details an die von der Antike beeinflussten italienischen Formen des 14. und 15. Jahrhunderts anklangen, so sehen wir in dem freikomponierten Außenbau der Wiener Hofoper einen lebhaften Einfluß der lombardischen und französischen Frührenaissance, während im Inneren dieses Gebäudes die glänzende Dekorationskunst in ebenso selbständiger als harmonischer Weise durch die glückliche Zusammenstimmung originell aufgefaßter Renaissance-motive verschiedener Epochen zum Ausdruck kam. Das Äußere des Wiener Hofopernhauses wurde seinerzeit viel bekrittelt, heute fühlen wir in demselben den Pulsschlag einer jugendfrohen, schaffensfreudigen Zeit, die den neuen großen Aufgaben auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit einen charakteristischen Ausdruck zu geben sucht. Wir sehen die Masse des Baues planvoll gegliedert und den Korridor, diese wichtige Verkehrsader eines jeden öffentlichen Gebäudes, charakteristisch und zum Besuche einladend, an das volle Getriebe des Straßen-

Abb. 9. Burgbauentwurf Ohmann: Heldenplatzbild gegen die Innere Stadt.



lebens als Unterfahrten und Arkadengänge herangerückt und in dasselbe hineingetaucht, so daß das Wiener Hofopernhaus förmlich mit dem Wiener Leben verwachsen erscheint. Über der großen Unterfahrt für das Publikum prangt an der Hauptfassade die üppige Loggia, geschmückt mit den stilverwandten Schwind'schen Fresken, und lockt mit verführerischem Reiz in das Innere, dessen vornehme Pracht sie schon ahnen läßt. Leider hat sie abends nicht das reiche Licht, das ihrer Ausstattung würdig wäre. Mit vollem Recht kann aber der innere Ausbau des Wiener Hofopernhauses zu den herrlichsten Schöpfungen der Dekorationskunst des vorigen Jahrhunderts gezählt werden, ja man wird kaum ein Werk jener Zeit nennen können, welches dasselbe an Schönheit

Tag erleben sollten, an welchem die allgemeine Bewunderung wenigstens teilweise sühte, was eine vorzeitige, mißgünstige Kritik gesündigt hatte.

Die unübertreffliche Dekorationskunst van der Nülls bewährte sich auf allen Gebieten, so bei dem prächtigen Ehrenschild O'Donnells, dem berühmten, vom Kaiser dem Papste gewidmeten Missale, dem Gebetbuch der Kaiserin Elisabeth, dem Grabstein Johann Georg Müllers und bei den Sockeln der Reitermonumente Erzherzog Karl und Prinz Eugen. Bei der Anlage des Schwarzenberg-Monumentes und der harmonischen Ausbildung des Schwarzenbergplatzes war die Wohlmeinung van der Nülls und Siccardsburgs ebenfalls maßgebend. Auch im Auslande war van der Nüll

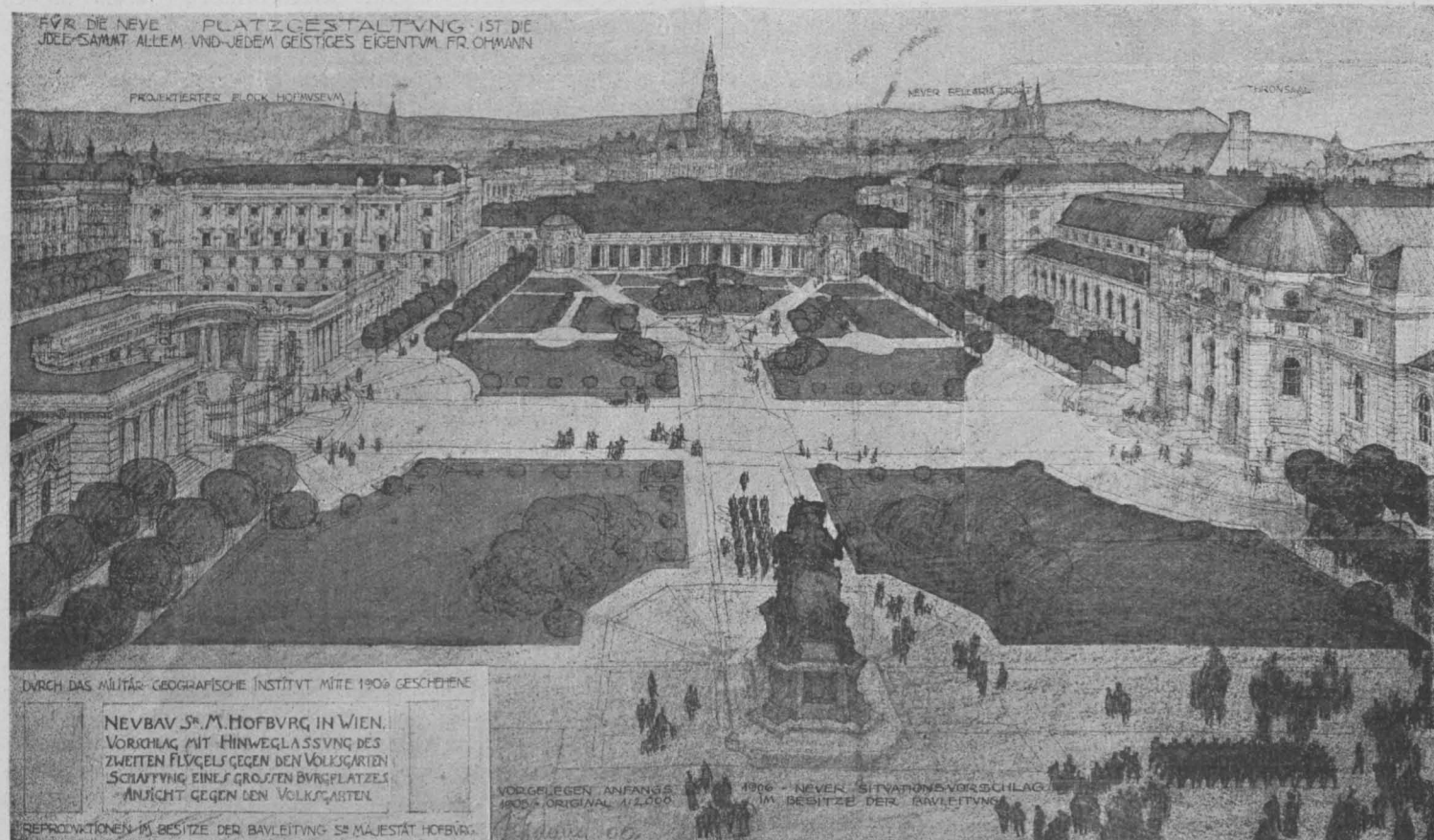


Abb. 10. Burghautentwurf Ohmann: Heldenplatzbild gegen den Volksgarten.

der Gesamtdisposition und an Feinheit und Anmut des Details übertrifft und dabei so vollkommen im Dienste seines Zweckes steht. Der glanzvolle Theatersaal präsentiert sich als heiterer, luftiger, überaus behaglicher Raum, der weitläufig ist, ohne den anheimelnden Reiz zu verlieren, prächtig, ohne zu bedrücken, und der das Auge des Beschauers lebenswürdig erfreut, ohne seine Sammlung zu bedrohen. Am 25. Mai 1869 wurde das Wiener Opernhaus feierlich eröffnet. Es war dies der erste der Monumentalbauten, deren Durchführung programmgemäß dem Stadterweiterungsfonds oblag und dessen Vollendung, namentlich wegen des außerordentlich gelungenen Innenbaues, mit lebhafter Anerkennung begrüßt worden ist. Ein tragisches Verhängnis wollte es, daß keiner der beiden Meister, weder van der Nüll noch Siccardsburg, diesen

hochgeschätzt, wie seine Berufung in die Jury der im Jahre 1857 abgehaltenen internationalen Konkurrenz zur Herstellung der Fassade des Florentiner Domes beweist. Ein beklagenswertes Schicksal ließ van der Nüll und Siccardsburg gerade dann aus dem Leben scheiden, als sie sich nach langen, wechselvollen, in ihrer Zeit gelegenen Kämpfen zur höchsten Kunst abgeklärt hatten. Die Innenarchitektur des Wiener Hofopernhauses, das imposante, überaus vornehme Warenhaus der Firma Philipp Haas & Söhne am Stock-im-Eisen-Platz, das ebenso prächtige als originelle Palais des Grafen Larisch in der verlängerten Johannessgasse sind selbstbewußte Höchstleistungen ihrer letzten Lebensjahre. Die beiden letztgenannten Bauten sind auch ausgezeichnet durch die dem verfügbaren Steinmaterialie vortrefflich angepaßte breitere Formgebung.

(Fortsetzung folgt.)

Wechselrede über Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung.

Abgeführt in gemeinsamen Versammlungen der Fachgruppe der Bau- und Eisenbahn-Ingenieure und der Fachgruppe für Elektrotechnik.

(Fortsetzung zu H. 14.)

Direktor Rosshaendler:

Obwohl die Vergleichsberechnung der Kosten pro Jahres-kWh oder kWh kalorischer und hydraulischer Anlagen vor dem Kriege nur einen theoretischen Wert hat, so erscheint mir eine Richtigstellung dennoch notwendig, weil Herr Direktor Brock in seinen früheren Erörterungen wiederholt hervorgehoben hat, daß kalorische Anlagen vor dem Kriege schon mit Rücksicht auf ihre geringen Kapitalkosten den hydraulischen Anlagen überlegen waren. Herr Brock rechnet an Kosten für Brennmaterial $2\frac{1}{4}$ h pro kWh und beruft sich auf die Erfahrungen der Städtischen Elektrizitätswerke in Wien, indem er hervorhebt, daß die Statistik ihm in dieser Beziehung Recht gebe. In der Statistik für das Betriebsjahr 1911 erscheinen die Brennmaterialkosten der Zentrale I in Wien mit 2.91 h, der Zentrale II mit 5.03 h und vermöge der erzeugten kWh ein Durchschnittspreis von 3.17 h. Hierzu kommen an Schmier-, Putz- und Dichtungsmaterial 0.09 h, also zusammen im Durchschnitt 3.26 h, während ich bei den kalorischen Anlagen nur mit 3 h gerechnet habe. Aber selbst wenn man die Annahme des Herrn Brock mit $2\frac{1}{4}$ h gelten läßt, so ergeben sich nach seiner Rechnung an gesamten Ausgaben pro Jahr für eine Anlage von 30.000 kW zuzüglich 20% an Reserve K 3.375.000 oder pro kWh bei einer Erzeugung von 90 Mill. kWh rund 3.75 h für eine in Wien gelegene kalorische Anlage.

Das hydraulische Fernkraftwerk erforderte K 3.760.000, welche jedoch um den Ertrag von etwa 80 Mill. kWh für elektrochemische Zwecke zu ermäßigen sind zu einem Durchschnittspreis von 1.5 h, d. s. K 1.200.000, wodurch sich die Ausgaben auf K 2.560.000 für 90 Mill. kWh hydraulischer Leistung stellen. Dies entspricht einem Durchschnittspreis von 2.85 h pro kWh. Meine Behauptung, daß eine kalorische Anlage vor dem Kriege in Wien mit einem Fernkraftwerk auf 270 km hätte in Wettbewerb treten können, ist somit durch die Zahlen des Herrn Direktors Brock erwiesen.

Was nun die Ausführungen des Herrn Direktors Brock zum Projekte Wallsee anbelangt, so hat der Genannte seine ursprünglichen Angaben von 80 Mill. Kronen Baukosten vor dem Kriege auf K 100.000.000 erhöht. Die von mir angeführten Zahlen der Kosten des Wallseeprojektes beruhen auf einem Gutachten der Firma Locher & Co. vom November 1913. Dortselbst wurden die Kosten mit K 81.500.000 für Bauarbeiten, Grunderwerb usw. angeführt. In diesem Betrage sind nicht enthalten die Vorspesen, Erwerbung der Projekte, Finanzierungskosten, welche vom Syndikate mit K 20.000.000 angegeben wurden. In der Kostenberechnung figuriert ein Posten für die Schleppzugschleuse mit K 6.300.000, hingegen kein solcher für die Personenschiffschleuse, die Herr Direktor Brock als im neuen Projekt enthalten angegeben hat; ebenso erscheinen in dieser Kostenberechnung nicht die Kosten des Winterhafens, den Herr Direktor Brock ebenfalls als für die Ausführung bestimmt bezeichnet hat. Für die Personenschiffschleuse und den Winterhafen setzen wir approximativ einen Betrag ein von K 5.500.000. Schließlich haben wir hervorgehoben, daß der erwähnte Kostenvoranschlag an Bauzinsen nur K 7.500.000 enthält, u. zw. unter Zugrundelegung der Verzinsung eines Baukapitals von K 75.000.000 durch 4 Jahre zu 5%. Alle 3 Ansätze erscheinen uns ungenügend, sowohl die Bauzeit, der Zinsfuß als das Anlagekapital, wodurch sich eine weitere sehr namhafte Erhöhung ergibt.

Schließlich haben wir die Annahme bemängelt, als ob das Werk schon im ersten Jahre in der Lage ist, die ganze Leistung abzusetzen, und infolgedessen auch hieraus Zinsverluste zu erwarten sind. Die Annahme einer Baukostensumme von vor dem Kriege K 135.000.000 für die Anlage Wallsee ohne Zuleitung und Transformation erscheint somit nicht zu hoch gegriffen.

Herr Direktor Brock hat im weiteren bemängelt, daß wir die Anlage Wallsee nur mit 33% Ausnützung rechnen, während

wir für die Drauerwerke 70% Ausnützung voraussetzen. Auch diese Bemängelung ist nicht zutreffend. Wenn man selbst an Gesamtleistung nicht 700 Mill., sondern 800 Mill. kWh für das Wallsee-Projekt voraussetzt und eine Ausnützung von 3000 h rechnet, also 33%, so gelangen 264 Mill. kWh für Industriezwecke zur Verwendung. Im weiteren haben wir gerechnet 200 Mill. kWh für elektrochemische Zwecke, also insgesamt 464 Mill. kWh, d. s. insgesamt 58% der Ausnützung von 800 Mill. kWh. Bei den 3 Drauerwerken, von denen jedes 250 Mill. kWh leistet, haben wir 3×90 Mill. = 270 Mill. kWh und 200 Mill. kWh für elektrochemische Zwecke in der Vergleichsberechnung zu Grunde gelegt, also ungefähr in Prozenten dasselbe Bild.

3 Drauerwerke kosteten vor dem Kriege 72 Mill. Kronen, während das Wallsee-Projekt 100 Mill. Kronen nach Herrn Direktor Brock und 135 Mill. Kronen nach meiner Rechnung gekostet hätte. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die 3 Drauerwerke sich gegenseitig unterstützen, einen etappenmäßigen Ausbau gestatten und infolgedessen an Zinsverlusten nicht das ergeben können wie eine Anlage bei Wallsee.

Oberbaurat Grünhut:

Meine Herren! An der Hand eines von Direktor Ing. Rosshaendler ausgearbeiteten Resolutionsantrages, der alle jene grundlegenden Umstände umfaßt, von welchen sein inhaltsreicher Vortrag ausgegangen ist, dann unter Beachtung der von den anderen Herren Rednern gebrachten Ausführungen habe ich mich, unterstützt von Oberbaurat Scheichl, Professor Halter und Direktor Brock, bemüht, einen Resolutionsentwurf auszuarbeiten, der tunlichst allen geäußerten Anschauungen entspricht und dieselben gewissermaßen in harmonischer Form zu vereinen sucht.

Ich werde mir erlauben, den Entwurf zu verlesen, punktweise kurz zu begründen und dann zur Abstimmung zu bringen.

Resolutionsentwurf.

1. Die Verwertung jeder ausbauwürdigen Gefällsstufe eines Gewässers ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.
2. Bei der Auswahl der Wasserkrafts und bei der Bestimmung des Energieentzuges sind sowohl die Interessen der Erhaltung klagloser Zustände an den Entnahmestellen als auch die Interessen des Wasserstraßenverkehrs voll zu wahren.
3. Die allgemeine Elektrizitätsversorgung hat durch den planmäßigen Ausbau und die Verbindung von hydraulischen und kalorischen Großkraftwerken zu erfolgen.

Dort, wo ausbauwürdige Wasserkrafts zur Verfügung stehen, ist vor allem an die Erschließung dieser Kraftquellen zu schreiten. Zum Zwecke der Kraftverteilung sind Fernleitungen hoher Spannung, die die Kraftquellen verbinden und zur Übertragung großer Energiemengen auf weite Entfernungen geeignet sind, zu erbauen.

4. Es erscheint vor allem erforderlich, mit Beschleunigung einen Generalwirtschaftsplan aufzustellen, der die ausbauwürdigen (Groß-) Wasserkrafts, die bestehenden (und noch auszubauenden) Wärmekraftanlagen, die hydraulischen und kalorischen Spitzendeckungsanlagen und die Leitungsstränge mit den der Umwandlung der Hochspannung in den Fernleitungen auf die möglichst einheitlichen Mittelspannungen dienenden Haupttransformatorenwerken umfaßt und diesen Mittelspannungen bestimmte Wirkungskreise zuweist.
5. Diesem Generalplane ist eine approximative Ermittlung des Energiebedarfes aller Zweige des heimischen Wirtschaftslebens unter Bedachtnahme auf seine weitestgehende Entwicklung voranzustellen. Hierbei sind sowohl die Bedürfnisse der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft als auch jene des Städtewesens und der Verkehrseinrichtungen voll zu berücksichtigen.

6. Die in größere zusammenhängende Gruppen zu fassenden Fernleitungen und Haupttransformatorenanlagen, dann die Mittelspannungsnetze sollen in der Regel von Unternehmungen auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage unter hervorragender Beteiligung des Staates, der Länder und sonstiger öffentlicher Faktoren ausgeführt und betrieben werden.
7. Der Ausbau der im Rahmen des Generalplanes gelegenen Wasserkräfte ist seitens der Staatsverwaltung mit allen Mitteln, so namentlich durch finanzielle Unterstützung, insbesondere durch Beteiligung an der Kapitalsaufbringung, durch Zusicherung einer Zinsengarantie, durch Einräumung des Rechtes auf die Ausgabe pupillarsicherer Obligationen, durch Bestimmungen über die Steuerfreiheit der Zinsen derartiger Schulden und durch Festsetzung einer Mindestverzinsung, bis zu welcher Staats- und Landesabgaben von derartigen Gesellschaften nicht erhoben werden dürfen, zu fördern.
8. In der Übergangszeit sind vorerst jene im Rahmen des Generalwirtschaftsplanes gelegenen volkswirtschaftlich bedeutenden Anlagen und Leitungen auszubauen, die am ehesten der Verwirklichung zugeführt werden können.
9. Zur Unterstützung der privaten Unternehmungstätigkeit ist die Entstehung der vornehmlich der Deckung des Eigenbedarfes dienenden, von gesellschaftlichen Netzen aus mit Energie nicht versorgbaren industriellen Anlagen zur Ausnützung der Wasserkraft tunlichst zu fördern.
10. Die im administrativen Verfahren über die Genehmigung von Wasserkraftanlagen erforderlichen Verhandlungen in gewerberechtlicher, baugewerblicher und wasserrechtlicher Beziehung sind tunlichst einheitlich und vereint durchzuführen. Zu diesem Behufe ist die ressortmäßige Zuständigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in allen, die Konzessionierung, den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen und Hochspannungsfernleitungen betreffenden Angelegenheiten gesetzlich festzulegen. Aus dem gleichen Grunde sind sämtliche Agenden der Wasserwirtschaft in dem gedachten Ministerium zu konzentrieren.

Ad Punkt 1:

Mit diesem Punkte bekennen wir die grundsätzliche Richtigkeit der seinerzeitigen programmatischen Erklärung Sr. Exz. des Herrn Ministerpräsidenten. Die Ausnützung jeder auch noch so kleinen Wasserkraft ist anstrengenswert, insofern sie in Beachtung der örtlichen Verhältnisse ausbauwürdig ist.

Wenn wir bedenken, daß zur Zeit kaum 10% der unseren Flüssen innewohnenden Energie industriell ausgenützt sind, daß jährlich K 250.000.000 für den Import von Kohle ins Ausland (England und Deutschland) wandern, während beispielsweise die kohlenarmen und doch industriereichen Länder Italien und die Schweiz mit geringeren Beträgen für die Kohleneinfuhr das Auslangen finden, so kann an der Richtigkeit dieses Ausspruches nicht gezweifelt werden. Im speziellen enthält dieser Satz den Niederschlag der Ausführungen des Professors Halter und entspricht in der gewählten Fassung der dringenden und berechtigten Forderung des Ing. Tobell, daß in wasserrechtlicher Beziehung der Ausbau von Wasserkraften durch Einräumung des Rechtes der Enteignung oder der Servitutbestellung auf landwirtschaftlichen Grundstücken im Wege der Anerkennung überragender volkswirtschaftlicher Wichtigkeit gefördert werde.

Ad Punkt 2:

Auf die Notwendigkeit, den Ausbau der Gefällsstufen in den Gewässern derart zu bewirken, daß dadurch eine Verbesserung und nicht eine Verschlimmerung des Flußregimes erzielt wird, hat insbesondere Professor Halter hingewiesen. Diese Forderung wird insbesondere dort zu erheben sein, wo ein namhafter Verkehr zu Wasser stattfindet, wie z. B. an der Donau, die der Träger eines in Entwicklung begriffenen internationalen Verkehrs ist.

Man hört so häufig sagen, daß bei freien, durch Wehre nicht aufgestauten Flußläufen die lebendige Kraft des Wassers unnütz verloren geht. Mit Recht sagt demgegenüber Professor Halter, daß die erste natürliche Aufgabe der dem Gewässer innewohnenden

lebendigen Kraft eine klaglose Abfuhr der mitgeführten Geschiebe zwecks Ausbildung und Erhaltung seines Flußbettes bildet. Diesem Zwecke werden auch die Anlagen zur systematischen Zurückhaltung der Geschiebe dienstbar gemacht. Die eingehende hydrologische und hydrotechnische Untersuchung aller den Behörden vorliegenden Wasserkraftanlagen ist daher eine selbstverständliche Voraussetzung der Konzessionierung.

Ad Punkt 3:

Den Vorträgen der Herren Direktoren Ing. Rosshaender und Brock konnten wir entnehmen, daß die Beförderung der Kohle von der Gewinnungsstelle an die Verwendungsstätte namhafte Kosten verursacht, welche die Erzeugungskosten der elektrischen Energie mit 2 bis 3 h pro kWh ausschlaggebend beeinflussen und daher unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte herunderdrücken. Die Erzeugung elektrischer Energie an den Lagerstätten der Kohle selbst und deren Verteilung durch Einbeziehung in das die einzelnen Großwasserkraftanlagen, dann die Landeshauptstädte und Industriezentren verbindende Leitungsnetz hätte daher in die Augen springende Vorteile.

Ich habe mir gestattet, in einer Eisenbahnroutenkarte einen diesen Resolutionspunkt näher erläuternden Vorschlag, betreffend die Trassenführung eines den gedachten Voraussetzungen entsprechenden Hochspannungs-Leitungsnetzes einzuzichnen (Abb.). Die Fernleitung würde bei dem Grundlage unserer Diskussion bildenden Großwasserkraftwerk bei Marburg (Faal a. d. Drau) beginnen, gegen Süden zu den Kohlenlagern von Trifail-Sagor, längs der Save mit der Elektrizitätszentrale des Landes Krain an der Završnica bei Aßling, dann über Villach, Salzburg, Linz, Budweis in das Pilsener und Brüxer Revier führen, von dort längs des industriereichen nördlichen Böhmens über Troppau zu unseren mährisch-schlesischen Steinkohlenlagern und von dort längs der mährischen Industriestätten im Marchtale, der Braunkohlenfelder von Gaya-Dubnian nach Brünn und zu den Talsperren im Thayagebiete, dann über Brünn—Znaim nach Wien, von da längs den von der Südbahn durchquerten Teilen Niederösterreichs und Steiermarks über Graz zum Ausgangspunkt zurückkehren.

Die einzelnen Streckenlängen dieses Leitungsstranges, dessen Trasse soweit tunlich längs der Bahnkörper führt, sind folgende:

Marburg—Steinbrück—Laibach	150 km,
Laibach—Aßling	60 „
Aßling—Villach	30 „
Villach—Bischofshofen—Salzburg	200 „
Salzburg—Linz	125 „
Linz—Budweis	120 „
Budweis—Pilsen	135 „
Pilsen—Brüx	150 „
Brüx—Leitmeritz—Reichenberg	140 „
Reichenberg—Wekelsdorf	110 „
Wekelsdorf—Wildenschwert	90 „
Wildenschwert—Jägerndorf	120 „
Jägerndorf—Troppau—M.-Ostrau	60 „
M.-Ostrau—Prerau	80 „
Prerau—Bisenz—Brünn	140 „
Brünn—Znaim—Wien	145 „
Wien—Bruck a. d. Mur—Graz	220 „
Graz—Marburg	65 „
zusammen	2130 km.

Die Kosten des Leitungsnetzes in der angegebenen Länge wären vor dem Kriege auf etwa 100 Mill. Kronen zu stehen gekommen, werden aber nach dem Kriege eventuell über das Doppelte steigen können.

Der besprochene Vorschlag ist nur als völlig unverbindlicher, gewissermaßen illustrativer Beleg zur Frage aufzufassen, da hier vor allem anderen das Rentabilitätskalkül entscheiden wird. Bekanntlich sind ja auch die Anschauungen über die Art des Ausbaues der Fernleitungsnetze noch nicht ganz geklärt. Manche Fachleute stehen auf dem Standpunkte, daß ein Hauptleitungsstrang genügt, von dem aus die Mittelspannungsleitungen auszugehen hätten, andere wieder propagieren die ländersweise Anlage einzelner,

voneinander isolierter Kraftgruppen mit einem Aktionsradius von 100 bis 200 km.

In diesem hier erstatteten Vorschlage ist die Elektrizitätsversorgung nur der industriereichsten, nördlich und südlich der Donau gelegenen Kronländer großer Bevölkerungsdichte einbezogen, während die Elektrizitätsanlagen Tirols und Vorarlbergs, des Küstenlandes und Dalmatiens, dann von Galizien und Bukowina an eine eigene Reichsfernleitung, wegen deren sonst zu großer Länge und Kosten, nicht anzuschließen wären. Der Energiebedarf Triests und des Küstenlandes kann aus dem Isonzogebliete, derjenige Istriens aus dem Quieto, der Bedarf Dalmatiens aus den Gefällsstufen seiner bedeutenden Küstenflüsse (Krka, Jadro, Zetina usw.) gedeckt werden.

wirtschaft auf diesem Gebiete gewährleistet werden, indem eine Auswahl jener Staustufen getroffen wird, die — korrespondierend mit dem bestehenden Energiebedarf — zum fallweisen Ausbau gelangen.

Ad Punkt 6 und 7:

Die Unterstützung des Staates und der fallweise interessierten Kronländer für den Bau der einzelnen zusammenhängenden Gruppen von Hoch- und Mittelspannungsnetzen zu beanspruchen, ist gerechtfertigt, weil die Zahl der Leitungsanschlüsse (Kraftabnehmer sowohl wie Kraftzuführung) mit der Erstanlage des Leitungshauptstranges im allgemeinen nicht abgeschlossen ist, sondern einer fortgesetzten Vermehrung und Entwicklung entgegengeht; also auch späteren Nutznießern zugute kommt. Diese Unterstützung ist auch, betrachtet vom Standpunkte des späteren Anheimfalles der Wasserkraft- und Fernleitungsanlagen an den Staat oder an eine öffentlich-rechtliche Gemeinschaft von Staat mit autonomen



Tirol und Vorarlberg haben an den Gefällsstufen der Alpenflüsse im eigenen Territorium einen fast unversiegbaren Schatz zur Deckung ihres Konsums bis in fernste Zeiten, während sich Galizien und die Bukowina mit ihren vom Nordhange der Karpathen kommenden wasserreichen Gewässern hinsichtlich Energiebezugs von den Alpen- und Sudetenländern gleichfalls unabhängig stellen, eher an das räumlich näher liegende Ungarn Anschluß finden könnten.

Ad Punkt 4 und 5:

Durch die dem Ausbau der Wasserkräfte vorausgehende Verfassung eines Generalwirtschaftsplanes, die eine rein technische Agenda darstellt, soll die vollkommene Planmäßigkeit der Wasser-

Körperschaften, zu rechtfertigen, weil das vom Staate und sonstigen Gemeinwesen investierte Kapital denselben erhalten bleibt.

Durch die Gewährung von Steuererleichterungen oder Zusage der Zinsengarantie für derartige Unternehmungen wird das Entstehen derselben, insbesondere der an der Grenze der Rentabilität befindlichen Anlagen, im Interesse und zum Nutzen der ganzen Volkswirtschaft gefördert. Auch ist zu beachten, daß die vom Staate, vom Lande usw. zwecks Erzeugung der Elektrizität unmittelbar geleisteten finanziellen Begünstigungen denselben im Wege der Hebung der Steuerkraft der Bevölkerung und der Belebung von Handel und Verkehr durch Erhöhung der Güterproduktion indirekt wieder zufließen.

Ad Punkt 8:

Die Befruchtung des Wirtschaftslebens fordert für die Übergangszeit den Ausbau jener im Generalplane einbezogenen Wasserkräfte, für welche geeignete ausführungsfähige Projekte, bezw. Konzessionsverleihungen bereits vorliegen. Es ist dabei vermieden worden, die Frist für die Vollendungsmöglichkeit solcher Anlagen als ausschlaggebenden Faktor des Ausbaues anzuführen, um zu vermeiden, daß kleine Anlagen vor großen bevorzugt werden sollen, und ist daher nur die ehesten Verwirklichung, die bereits mit dem Baubeginne zutrifft, bedungen worden.

Ad Punkt 9:

In den Kreisen der Technik und der Industrie wird der Anschauung Ausdruck gegeben, daß der privaten Initiative bei Ausbau der Wasserkräfte, insofern deren Verwertung weniger öffentlichen Interessen als Zwecken des Eigenbedarfes zu dienen hätte, freier Spielraum gewahrt bleibe, insbesondere dann, wenn es sich um die Ausnützung von kleineren Gefällsstufen bis zur Ergiebigkeit von einigen 1000 PS handelt, auf welche der Begriff der „Großwasserkraftanlage“ nicht anwendbar scheint. Nur derart wird es möglich

sein, den ganzen Schatz unserer heimischen Wasserkräfte zur baldigsten durchgreifenden Aufschließung zu bringen. Der Staatsverwaltung bleibt es unbenommen — indem sie das Zustandekommen derartiger Anlagen zunächst nicht hindert — sich gleichwohl in der Verleihungsurkunde das Recht der jederzeitigen Einlösung derartiger privater Wasserwerke aus zwingenden öffentlichen Interessen zu sichern. Das Entstehen derartiger Eigenanlagen in wenig besiedelten Seitentälern der Gebirge usw. wird namentlich dort zu fördern sein, wo der Anschluß an die gemeinwirtschaftlichen Fernleitungsanlagen wegen zu großer Entfernung von denselben oder sonstiger Schwierigkeiten wegen nicht rentabel sein sollte. Auch in derartigen Fällen, wenn von Eigenanlagen aus die Versorgung von Ortschaften oder Einzelner mit Kraft und Licht bewirkt werden sollte, könnte die Staatsverwaltung kraft ihres Hoheitsrechtes die Bedingungen der Stromabgabe tarifarisch und steuerrechtlich in der Verleihungsurkunde regeln und ihr Aufsichtsrecht festlegen.

Ad Punkt 10.

Die Konzessionserteilung für bauliche Anlagen zur Ausnutzung von Wasserkraften und zur Elektrizitätserzeugung und die Beaufsichtigung derartiger Unternehmungen berührt die Kompetenz der Ministerien für Handel, Ackerbau und öffentliche Arbeiten. Die so oft verkündete Vereinfachung des administrativen Verfahrens könnte hier zwecks Verminderung der möglichen Reibungsflächen zwischen den einzelnen Ressorts und zur Vereinfachung und Beschleunigung der Rechtsprechung im Instanzenzuge zur Vereinigung aller die Wasserwirtschaft und Elektrizität betreffenden Fragen im Ministerium für öffentliche Arbeiten führen.

Nach Verlesung der Begründung des Resolutionsentwurfes stellt der Vorsitzende die Frage, ob die Versammlung diesen Ent-

wurf en bloc anzunehmen oder in die punktweise Debatte desselben einzutreten wünscht.

Oberbaurat Engelmänn wünscht, der Resolution eine derartige Fassung zu geben, daß deren wesentlicher Zweck in 2 bis 3 kurze Absätze zusammengezogen und denselben die punkweisen Ausführungen der Resolution als nähere Erläuterung beigegeben wird.

Direktor Karel hält die Formulierung einer Resolution als nicht zeitgemäß und gegenstandslos im Hinblick darauf, daß dem Vernehmen nach seitens der Regierung der Gesetzentwurf über die Elektrizitätswirtschaft im Reichsrate bereits eingebracht wurde. Auch findet er, daß der Frage der Ausnutzung der Kohlenlager im Entwurfe nicht die entsprechende Würdigung zuteil wurde.

Vorsitzender Oberbaurat Grünhut hebt hervor, daß die Resolutionsfassung von dem Zeitpunkte der Einbringung der Gesetzesvorlage aus dem Grunde unabhängig ist, weil sie jene Gesichtspunkte enthält, deren Berücksichtigung die interessierte Technikerschaft wünscht. Die Ausnutzung der Kohlenlager ist in dem Entwurfe soweit berücksichtigt, als die abgeführte Diskussion hierfür die Handhabe bot.

Zivilingenieur Hirschmann bemängelt im Entwurfe, daß die von der Allgemeinheit angestrebte Monopolisierung der Wasserkraftnutzung durch den Staat im Entwurfe keine entsprechende Beachtung gefunden hat, und beantragt, in die Debatte über die einzelnen Punkte einzugehen und zu diesem Behufe einen weiteren Diskussionsabend anzusetzen. Dieser Antrag findet die entsprechende Unterstützung.

Der Vorsitzende setzt die Fortsetzung der Debatte für den 31. Jänner 1918 fest.

(Schluß folgt.)

Rundschau.

Patentwesen.

Schweden. Laut Mitteilung des k. u. k. Ministeriums des Äußern hat Schweden dem schweizerischen Bundesrat seinen Beitritt zu dem zu Washington den 2. Juni 1911 revidierten Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums angezeigt. Dieser Beitritt ist mit dem 11. Jänner 1917 wirksam geworden (Kundmachung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 11. August 1917, RGBl. Nr. 350).

In dem kgl. Dekret vom 27. Oktober 1916, mit welchem der Beitritt Schwedens zum Washingtoner Vertrag ausgesprochen wird, wird bestimmt, daß der in Schweden innerhalb der Prioritätsfristen (für Patente oder Gebrauchsmuster 12 Monate, für Marken und Muster 4 Monate vom Tage der Hinterlegung im Auslandsstaate) Anmeldende in den Genuß des Prioritätsrechtes tritt, wenn er es unter Angabe des auswärtigen Staates und des Datums der betreffenden Patent- oder Gebrauchsmusteranmeldung, bzw. Marken- oder Musterhinterlegung in Anspruch nimmt, bevor noch die zuständige Behörde die Verlautbarung der Anzeige der Patentanmeldung im Blatt für amtliche Kundmachungen, bzw. die Registrierung der Marke oder des Musters beschlossen hat.

Rumänien. Die Mitteilung über „Patent- und Markenschutz in den besetzten Gebieten von Rumänien und die Gebührenzahlung“ wird infolge neuerlicher amtlicher Nachricht in folgender Weise ergänzt: Der Militärgouverneur des unter deutscher Militärverwaltung stehenden Gebietes hat am 17. Juli 1917 eine „Verordnung über die Erhaltung von Patentrechten“ erlassen, welche bestimmt: § 1. Wünscht ein Angehöriger der verbündeten Mächte ein Patent, das ihm von der rumänischen Regierung verliehen worden war, aufrecht zu erhalten, so hat er die nach dem rumänischen Patentgesetz fällige Jahresgebühr an den Verwaltungsstab der Militärverwaltung in Rumänien einzuzahlen und dieser Stelle gleichzeitig die Bezeichnung des Patentes, Datum und Registernummer der Patentbewilligung mitzuteilen. § 2. Der Verwaltungsstab hat die eingezahlten Gebühren bei der unter Zwangsverwaltung stehenden „Banca Națională a Românicilor“ auf gesperrtes Konto zu hinterlegen. § 3. Der Verwaltungsstab übergibt die Empfangsbestätigungen der „Banca Națională“ dem für die Angehörigen der verbündeten Mächte aufgestellten Patentanwalt in Bukarest, der für die Eintragung der Zahlungen in das rumänische Patentregister verantwortlich ist. § 4. Der Patentanwalt stellt den Patentinhabern durch Vermittlung des Verwaltungstabes Bestätigungen über die Hinterlegung der Jahresgebühr bei der „Banca Națională a Românicilor“ und über die Eintragung der Zahlung in das Patentregister zu. § 5. Die Gebühren für die Tätigkeit des Patentanwaltes werden vom Verwaltungsstabe

festgesetzt und sind vom antragstellenden Patentinhaber zu tragen. — Der Verwaltungsstab der Militärverwaltung in Rumänien hat bereits vorher den Erlaß, d. d. 6. Juli 1917, an die unter Zwangsverwaltung stehende rumänische Nationalbank in Bukarest gerichtet, der lautet: „Durch eine demnächst erscheinende Verordnung wird die Nationalbank als Hinterlegungsstelle für Patentgebühren aller Art, die von Angehörigen der Mittelmächte zu zahlen sind, bestimmt. Auf Grund der von der Nationalbank ausgestellten Quittung erfolgt unter Kontrolle eines Patentanwaltes die Eintragung in die Patentrolle. Die dort eingezahlten Beträge sind einem gesperrten Konto mit fortlaufender Nummer gutzubringen. Über alle Einzahlungen, auch über die bereits hieher gemeldeten, ist eine doppelte Quittung, mit den erforderlichen Einzelheiten und der laufenden Nummer der Einzahlung versehen, hier einzureichen, von denen eine zum Verbleib auf dem Patentamt bestimmt ist, die andere dem Patentinhaber eingesandt wird. Aufmerksam gemacht wird, daß für die Zeitangaben der julianische Kalender maßgebend ist.“ („Ö. Pat.-Bl.“ 1917, H. 17/18.) H.

Handels- und Industrienachrichten.

Die Direktion der Budapester Gaswerke hat vor kurzem ihr Investitionsprogramm festgestellt. Es wurde eine Erweiterung der Ofener und Franzensstädter Anlage sowie des Direktionsgebäudes beschlossen. Die Investitionskosten wurden mit 30 Mill. Kronen veranschlagt. — In der Sitzung des Verwaltungsrates der Österreichischen Waffenfabriksgesellschaft am 19. September 1917 wurden die Rechnungsabschlüsse für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr festgestellt. Die Bilanz ergibt einschließlich des Gewinnvortrages, der K 942.405 beträgt und um K 610.473 größer ist als im vorigen Jahre, einen Reingewinn von K 18.345.188, gegenüber dem vorigen Jahre einen Mehrgewinn von K 632.175. Die Anträge, welche der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, sind die folgenden: Die Dividende wird wie im Vorjahre mit K 100 = 50% festgestellt, wofür 5¼ Mill. Kronen erfordert werden. Sodann wird der ordentliche Reservefonds mit 1¼ Mill. Kronen dotiert, während im vorigen Jahre eine solche Widmung nicht erfolgt war. Dem außerordentlichen Reservefonds werden K 750.000, d. i. um K 3.750.000 weniger als im Vorjahre, zugewiesen. Zur Bildung einer Reserve für die durch den Übergang zur Friedenswirtschaft erwachsenden Kosten und Wertverluste wird ein Betrag von 3 Mill. Kronen zurückgestellt, der im vorigen Jahre nicht für diese Zwecke verwendet worden war. Für Kriegsfürsorgezwecke werden 3 Mill. Kronen wie im Vorjahre gewidmet. Dem Pensionsfonds wird wie im vorigen Jahre ein Betrag

von 1 Mill. Kronen zugewiesen und ebenso wird für Arbeiterwohl-fahrtzwecke neuerlich eine außerordentliche Spende von 1 Mill. Kronen gewidmet. Die Tantieme des Verwaltungsrates wird mit K 577.667, gegen K 1.011.364, die Tantieme der Angestellten mit K 385.111, gegen K 674.243 im Vorjahre, in Vorschlag gebracht. Als Ersatz für die geringere Tantieme werden für die Angestellten niedriger und mittlerer Gehaltsstufen Teuerungszulagen von Kronen 500.000 ausgeworfen. Der Rest von K 1.132.410 wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Fabrikationsüberschuß war um K 4.178.499 höher als im vorigen Jahre. Außerdem standen um 2 Mill. Kronen höhere Zinsen zur Verfügung. Die Vermehrung des Rohgewinnes wurde aber zur Gänze durch die höheren Lasten aufgewogen. Die Steigerung der Unkosten beträgt 4,8 Mill. Kronen. Es sind dies hauptsächlich die allgemeinen Verwaltungsspesen und die Lohn-erhöhungen sowie die Zuwendungen für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter. Die Gesellschaft beschäftigt 15.000 Arbeiter. Die durchschnittlichen Arbeitslöhne stellen sich auf K 12,85 im Tage und zuzüglich der Teuerungszulagen und Nahrungsmittelzubußen auf etwa K 16. Für die Ernährung der Arbeiter hat die Gesellschaft eine Aufwendung zu leisten, welche für sie in jedem Monat einen Verlust von etwa $\frac{3}{4}$ Mill. Kronen bedeutet. Die Steuern sind um K 462.000 höher als im Vorjahre. In der Bilanz besteht eine Steuerreserve von 1,4 Mill. Kronen. Außerdem hat die Gesellschaft für die Kriegszuschläge sowie für die Kriegsgewinnsteuer eine größere Reserve angelegt. Im Laufe des Berichtsjahres hat die Gesellschaft freiwillig der Heeresverwaltung erhebliche Nachlässe an den Grundpreisen gewährt. Das Aktienkapital soll durch Aufstempelung aus den Mitteln des außerordentlichen Reservefonds von $10\frac{1}{2}$ auf $15\frac{3}{4}$ Mill. Kronen erhöht werden. Nach Durchführung dieser Kapitalserhöhung wird die Gesellschaft noch den ordentlichen Reservefonds von 3,5 und die Steuerreserve von 1,4 Mill. Kronen besitzen. — Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Handelsministerium dem Georg Reitler, Inhaber der Firma „Teplitzer Maschinenfabrik Georg Reitler“ in Teplitz-Schönau, die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft

unter der Firma „Teplitzer Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Teplitz-Schönau erteilt. Die Teplitzer Maschinenfabrik Georg Reitler besteht seit dem Jahre 1871. Sie besitzt eine Maschinenbauanstalt, Eisen- und Metallgießerei, ferner eine Kesselschmiede und liefert Einrichtungen für Bergwerke, Glasfabriken und Zuckerfabriken. — Die Österreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft hat die von ihr im Jahre 1912 erworbenen Aktien der schwedischen Erzgruben Strassa und Ickorkotten an ein Stockholmer Institut zu einem den Buchwert etwas übersteigenden Betrage verkauft. Der Verkauf war der Gesellschaft dadurch ermöglicht, daß sie unter einem mit der großen schwedischen Bergwerksgesellschaft Trafikaktiebolaget Grängesberg Oxelösund ein sehr lang-sichtiges und günstiges Abkommen auf Lieferung von schwedischen Stückerzen getroffen hat, welches die Erzgrundlage der Gesellschaft selbst unter der Annahme einer sehr weitgehenden Erzeugungserhöhung vollkommen sicherstellt. Für den Verkauf war in erster Linie die Erwägung maßgebend, daß der schwedische Staat unter dem fortgesetzten Drucke der schwedischen Qualitätswerke ein Ausfuhrverbot auf die phosphorfreien Erze der Strassagruben legen könnte, eine Absicht, die in letzter Zeit von der schwedischen Regierung erwogen wurde. — Der Verwaltungsrat der Aktien-gesellschaft der Österreichischen Fezfabriken hat in seiner Sitzung am 21. September v. J. die Bilanz mit 30. Juni 1917 festgestellt, welche nach reichlichen Abschreibungen und Reservierungen ausschließlich des Gewinnvortrages vom Vorjahre einen Gewinn von K 2.241.367 ergibt. Der Gewinn des Vorjahres hatte K 1.805.033 betragen. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen werden, auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von $12\frac{1}{2}\%$, d. i. K 50 (wie im Vorjahre), zu verteilen, K 400.000 für Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter zu widmen und mit Rücksicht auf die ungeklärten Verhältnisse der Übergangszeit zur Friedenswirtschaft den Gewinnvortrag auf K 1.027.675 zu erhöhen. Kriegsfürsorgezwecken hat die Gesellschaft K 136.000 zugewendet.

Patentanmeldungen.

(Die erste Zahl bedeutet die Patentklasse, am Schlusse ist der Tag der Anmeldung, bzw. der Priorität angegeben.)

Die nachstehenden Patentanmeldungen wurden am 15. März 1918 öffentlich bekanntgemacht und mit sämtlichen Beilagen in der Aus-legehalle des k. k. Patentamtes für die Dauer von zwei Monaten aus-gelegt. Innerhalb dieser Frist kann gegen die Erteilung dieser Patente Einspruch erhoben werden.

49 a. Nietmaschine, deren Niethammer durch eine sich dre-hende, in der Achsenrichtung des Hammers angeordnete Spindel be-tätigt wird: Beim Gegen- und Voneinanderbewegen des Werk-stückes und der Spindel mit ihrem Niethammer wird der Antrieb des Niethammers ein-, bzw. ausgerückt. — Wilhelm Knapp, Eickel i. W. (Deutsches Reich). Ang. 18. 2. 1914.

49 b. Rohrriechmaschine mit mehreren in einem umlaufenden Rahmen angebrachten Matrizen: Die rohrförmigen Matrizenkörper sind im mitumlaufenden Matrizengehäuse leicht drehbar. — Man-nesmannröhren-Werke, Düsseldorf. Ang. 10. 4. 1916; Prior. 23. 4. 1915 (Deutsches Reich).

49 b. Einrichtung zum Sammeln der fertigen Werkstücke bei selbsttätigen Drehbänken: Der in einem der Quersupperte ange-ordnete Fassonstahl ist über seine ganze Länge als Abgleitrinne für die herzustellenden Werkstücke ausgebildet, so daß diese an dem Fassonstahl entlang seitlich abgleiten, wobei zweckmäßig zur Siche-rung des Abgleitens die Rinne durch ein geeignetes Blech geschlossen werden kann. — Samsonwerk Gesellschaft m. b. H., Berlin. Ang. 6. 6. 1914.

49 c. Elektrische Schweißmaschine mit Schutzmantel für die Primärspule des Transformators: Der Schutzmantel ist im wesent-lichen vom Grundgestell aus minderwertigem Material gebildet, in-dem mantelartige Stücke von dem Grundgestell aufwärtsragen und von aktiven, aus hochgradigem Material bestehenden Teilen des Transformators zu einem vollständigen Mantel ergänzt sind. — Deutsche Schweißmaschinen-Bau- u. Vertriebs-gesellschaft m. b. H., Berlin-Schöneberg. Ang. 7. 7. 1915; Prior. 22. 7. 1914 (Deutsches Reich).

75 b. Verfahren zur Herstellung von saurem Ammonium-phosphat durch Behandlung von Phosphorsäure mit Ammoniakgas: Man leitet Ammoniak in Phosphorsäure von 30° B. bis zur Er-reichung von 32° B. ein. — Gewerkschaft ver. Kon-stantin der Große, Bochum (Westfalen). Ang. 17. 5. 1915; Prior. 19. 5. 1914 (Deutsches Reich).

75 b. Verfahren zur Gewinnung von Ammoniak und anderen Nebenprodukten aus bituminösen Brennstoffen: Die Verbrennung wird vorgenommen in Generatoren mit mehreren Feuerzonen und die Gase aus verschiedenen stark erhitzten Zonen werden getrennt abgeleitet. — „Montania“ Brennstoffverwertung Ges. m. b. H., Berlin-Charlottenburg. Ang. 30. 12. 1912.

78 b. Elektrischer Minenzünder: Einer der Pole steht unter Vermittlung des die Ladung aufnehmenden Rohres mit einem in dem Rohr vorgesehenen Deckel in Kontakt, während der andere

das Ende eines Leiters bildende Pol eben mit dem Verschlussstöpsel abschließt und ein Teil der Ladung zwischen Deckel und Pol, bzw. Verschlussstöpsel in Scheibenform angeordnet ist, zum Zwecke, eine Kompression der Sprengladung zu ermöglichen, ohne daß die Ent-fernung der beiden Pole eine Änderung erfährt. — Jean Sou, Versail-les. Ang. 20. 7. 1912; Prior. 21. 7. 1911 (Frankreich) beansprucht.

80 d. Verfahren zur Herstellung einer Schutzhülle zur Kälte-und Wärmeisolierung: 60% Diatomeenpulver (Kieselgur-, Infusorien-erde) werden mit 40% feinstem Kaolin gemischt, das Gemenge wird gepreßt und sodann bei einer bis nahezu 800° C gesteigerten Tem-peratur gebrannt. — Forbesser Kieselguhr- & Ton-werke Ges. m. b. H., Wien. Ang. 5. 11. 1913.

82 a. Vorrichtung zur Regelung der Luftverteilung für Trocken-darren: Unterhalb des durchlöcherten Darrenbodens sind durch dachförmige Wände mit Durchbrechungen, deren Größe durch Schieber regelbar ist, Luftkammern abgetrennt, denen die Trocken-luft in für jede Kammer gesondert regelbarer Menge zugeführt wird. — Philipp Müller, Leipzig. Ang. 9. 5. 1916.

84. Universalspundwändeisen mit Klauen- und Zapfen-anschlüssen: Die Anschlußteile und gegebenenfalls die Profilierung, d. h. die Querschnittsform des Stabzuges der Eisen, sind so aus-gebildet, daß sie bei Zwangs-, bzw. Grenzlagenstellungen durch mehrfache Längenänderung der Profile vierfache Zusammen-setzungsmöglichkeiten ergeben, die teils Wandbildungen, teils Eck-bildungen sind. — Deutsch-Luxemburgische Berg-werks- und Hütten-Akt.-Ges., Bochum. Ang. 19. 1. 1915; Prior. 28. 1. 1914 (Deutsches Reich).

84. Lotrechtes Schiffshebewerk: Der Trog wird durch eine Anzahl daran befestigter, lotrecht hängender Ketten angetrieben und ist durch eine Anzahl an biegsamen Zugorganen hängender Gegengewichte in der Weise ausgewuchtet, daß die Zugorgane einzeln über voneinander unabhängige lose Rollen geführt sind; ferner sind mit dem Trog verbundene Schraubenstücke angeordnet, welche um ihre Achsen in oder auf entsprechenden ortsfesten Gegen-gewinden drehbar sind. — Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg. Ang. 15. 5. 1913.

84. Klappschütze mit oberhalb des Wassers liegender Dreh-achse: Diese Drehachse ist derart angeordnet, daß bei geschlossener Schütze die Resultierende des auf ihr lastenden Wasserdruckes bei jeder Staubböhe ein Drehmoment hervorruft, das im Sinne des Öffnens der Schütze wirkt, wodurch letztere entlastet und ihr Öffnen erleichtert wird. — Ig. Gridl, Wien. Ang. 7. 7. 1914.

85 c. Verfahren zur Reinigung und Geruchlosmachung von Abwässern aller Art, insbesondere schmutzigen Fabriksabwässern, unter Verwendung von Ton: Das Wasser wird mit Ton allein, mit einem Gemisch von Ton und Kalk und drittens mit Salzen je in getrennten Operationen behandelt. — Karl Gunkel, Halle a. S. Ang. 24. 11. 1915.

Vereinsangelegenheiten.

Verhandlungsschrift der ordentlichen Hauptversammlung am 23. März 1918.

(Schluß zu H. 14.)

19. Der Vorsitzende:

„Meine Herren! Wir schreiten nun dazu, einer schönen und sinnvollen Gepflogenheit unseres Vereines zu entsprechen, indem wir jener unserer lieben Kollegen ehrend gedenken, für welche dieses Jahr das 50. ihrer Zugehörigkeit zu unserem Vereine bedeutet. Es sind dies die Herren: Hofrat Professor Ing. Johann Brik, Arch. Georg Demski, Oberinspektor Ing. Friedrich R. Engel, Ing. Josef Popper-Lynkeus und Ing. Isidor Trauzl.

Wir haben die besondere Freude, Herrn Oberinspektor Ing. Friedrich Robert Engel heute in unserer Mitte begrüßen zu können. Ich danke Ihnen, hochgeehrter Herr Kollege, als Präsident des Österr. Ingenieur und Architekten-Vereines für die Treue und Anhänglichkeit, welche Sie unserem Vereine während eines halben Jahrhunderts bewahrt haben, und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Sie uns in gleicher körperlicher und geistiger Frische noch lange erhalten bleiben mögen.“

Oberinspektor Ing. Friedrich Robert Engel: „Verehrte Herren! 50 Jahre, ein halbes Jahrhundert, eine ungeheure Spanne und doch eigentlich sehr wenig! Das, was ich erlebt habe, will ich Ihnen nicht erzählen; ich habe arge Konjunkturen durchgemacht und ich habe mir darum das Wort erbeten, um dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß nicht wieder jene furchtbare Depression in unserem Stande eintreten möge, wie ich sie, bald nach dem Börsenkrach vom Jahre 1873, durchgemacht habe, der dann noch 10 Jahre lang seine furchtbaren Folgen fühlen ließ. Ich wünsche und hoffe, daß die junge Generation, der ich ein herzliches Prosit! zurufe, niemals die Erfahrung mache, wie wenig unser Stand, speziell der der Maschineningenieure, aus welchem ich stamme, in jenen Jahren gegolten hat. Ich rufe Ihnen zu: vivat, floreat, crescat! Ich habe unlängst Popper-Lynkeus aufgesucht; er hat hieher geschrieben (Präsident: „Ja, Herr Oberinspektor Tichy wird das Schreiben vorlesen!“); ich kann nur mitteilen, daß ich mich sehr gefreut habe, diesen 80 jährigen in vollster geistiger, leider nicht auch körperlicher Frische vorzufinden. (Beif.) Ich danke Ihnen vielmals für die mir erwiesene Ehrung.“ (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: „Leider ist es uns nicht gegönnt, unsere anderen Jubilare heute in unserem Kreise zu sehen. Wir beklagen es sehr, daß Architekt Demski, der mit unserem Vereine besonders innig verknüpft war, heute fehlen muß; er ist schwer erkrankt. Wir senden ihm unsere herzlichsten Grüße und den Wunsch auf eine baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit!

Hofrat Professor Ing. Brik, durch lange Jahre einer der hervorragendsten Lehrkräfte der Wiener Technischen Hochschule, hat uns aus Eferding, wohin er nach seinem Rücktritte übersiedelt ist, sofort nach der ersten Ankündigung, daß wir die heutige Ehrung beabsichtigen, folgendes sehr liebenswürdiges Schreiben gesandt:

„Hochgeehrtes Präsidium!

Nach der in unserer „Zeitschrift“ erschienenen Verlautbarung des Präsidiums soll in der ordentlichen Hauptversammlung am 23. März d. J. zur Feier der 50 jährigen Mitgliedschaft die Überreichung der Ehrenkassetten stattfinden.

Unter den hiedurch Auszuzeichnenden befindet sich auch der Name des Unterzeichneten. Bei dessen hohem Alter und schwankender Gesundheit wird es ihm jedoch kaum möglich werden, zu dieser Feier persönlich zu erscheinen, so daß er um Entschuldigung seines Ausbleibens zu bitten genötigt ist. Er bittet daher das hochgeehrte Präsidium, seinen besten und verbindlichsten Dank für die ihn sehr ehrende Auszeichnung brieflich ausdrücken zu dürfen und hievon der hochansehnlichen Hauptversammlung gütigst Kenntnis zu geben.

In früheren Jahren habe ich an den Arbeiten des Vereines mit Eifer und voller Hingebung teilgenommen und es freut mich sagen zu dürfen, daß diese gemeinsamen Arbeiten keine fruchtlosen gewesen sind und Ergebnisse von bleibendem fachwissenschaftlichen Werte erbracht haben, welche beigetragen haben

zu dem Ansehen, das unser Verein auch in fachwissenschaftlicher Hinsicht mit vollem Rechte genießt.

Es möge mir gestattet werden, den Wunsch auszusprechen, daß unser geschätzter Verein immerdar gedeihen und auch in fernster Zukunft weiter blühen möge zum Ruhme des Vaterlandes, zur Ehre des durch ihn vertretenen Standes! Das walte Gott!

Das hochgeehrte Präsidium genehmige den Ausdruck vollster Hochachtung, womit zeichnet

ergebenst
Joh. E. Brik.“

Der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein erwidert diese Begrüßung auf das herzlichste und begleitet diese Erwidern mit den besten Wünschen für das Wohl seines hochgeschätzten Mitgliedes.

Ing. Josef Popper-Lynkeus, unser berühmtes Vereinsmitglied, ist leider seit Jahren infolge eines körperlichen Leidens nicht in der Lage, bei uns zu erscheinen. Er hat Herrn Oberinspektor Tichy gebeten, ihn heute hier zu vertreten. Ich bitte den Herrn Oberinspektor, hiezu das Wort zu ergreifen.“

Oberinspektor Anton Tichy: „Hochgeehrter Herr Präsident! Hochansehnliche Hauptversammlung! Unser lieber Vereinskollege Ing. Josef Popper hat, da er außerstande ist, heute persönlich zu erscheinen, meine Wenigkeit mit dem Auftrage bedacht: daß ich hier für ihn derart vollständig eintrete, als wenn er in eigener Person anwesend wäre. Dieser meiner angenehmen Pflicht entsprechend, beehre ich mich, die folgende vom Jubilar selbst aufgesetzte Danksagung in seinem Namen wortgetreu zu verlesen. Er sagt:

„Ich hatte die Ehre und das Vergnügen, volle 50 Jahre hindurch Mitglied des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines zu sein; eines Vereines, der sich den verdienstvollsten technischen Vereinigungen Europas zuzählen kann; eines Vereines, dem ich persönlich aufs höchste zu Dank verpflichtet bin. Denn es war mir nicht nur vergönnt, durch Vorträge in den Versammlungen und durch Aufsätze in unserer „Zeitschrift“ im Laufe der Jahre meine Ideen zur Veröffentlichung zu bringen, sondern der Verein ehrte mich auch bei so mancher Gelegenheit und zeichnete mich auch weit über meine Verdienste aus. Für alles dies möchte ich heute meinen verbindlichsten Dank aussprechen und zugleich dem Wunsche Ausdruck geben: der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein möge immer und immer weiterbestehen, gedeihen und stets größeren Einfluß auf unser öffentliches Leben gewinnen zum Besten der technischen Wissenschaft und zum Nutzen des ganzen Volkes.“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident: „Ich danke Herrn Oberinspektor Tichy bestens für diese Mitteilung. Die Worte Josef Poppers, die wir eben gehört haben, darf der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein als eine Anerkennung von berufendster Seite mit berechtigtem Stolze verzeichnen. Wir danken dem hochverehrten Jubilar auf das herzlichste und senden ihm die innigsten Wünsche für sein Wohl. Ich bitte Herrn Oberinspektor Tichy, diesen Dank ihm persönlich zu übermitteln.

Auch unser sehr liebes Mitglied Ing. Isidor Trauzl, der sowohl in seiner militärtechnischen Tätigkeit als auch als leitende Persönlichkeit namhafter Industrien eine hervorragende Stellung eingenommen hat, fehlt heute leider in unserer Mitte. Ihm gelten ebenfalls unsere allerbesten Glückwünsche!

Ich werde mir nun erlauben, in Kürze über den Lebensgang unserer Jubilare zu berichten:

Hofrat Professor Ing. Johann Brik,

geboren am 7. Mai 1842 zu Heřmanměstec in Böhmen, absolvierte im Jahre 1863 die Studien am k. k. Polytechnischen Institute in Wien, war daselbst von 1866 bis 1868 als Assistent der Lehrkanzel für Straßen- und Wasserbau in Verwendung und trat 1868 als Ingenieur-assistent in den Dienst der k. k. priv. Südbahngesellschaft, wo er im Konstruktionsbureau der Baudirektion unter Leitung des Baudirektors Wilhelm Pressel die Entwürfe für die großen eisernen Brücken der Pustertalbahn und der Linie St. Peter—Fiume ausarbeitete. Im Jahre 1870 übertrat er als Ingenieur in die Dienste

der k. k. priv. österr. Nordwestbahn, wo er der Bauleitung für die Strecke Kolin—Jungbunzlau zugeteilt wurde und gleichzeitig den Bau und die Aufstellung der eisernen Brücken zu überwachen hatte. Im Jahre 1871 wurde ihm besonders die Bauleitung des Thaya-Viaduktes bei Znaim übertragen. Nach Vollendung dieses Baues erfolgte seine Einberufung zur Baudirektion nach Wien zum Zwecke der Projektverfassung für die großen Brücken der Elbetalbahn, für deren Bau er zum Oberingenieur befördert wurde. Im Herbst 1873 wurde er zum o. ö. Professor für Brückenbau und Baumechanik an die k. k. Technische Hochschule in Brünn ernannt. Nach 20 jähriger Wirksamkeit an dieser Hochschule, wo er zweimal die Rektorswürde bekleidete, erfolgte seine Ernennung zum o. ö. Professor des Brückenbaues an die k. k. Technische Hochschule in Wien, wo er im Jahre 1897/98 zum Rektor gewählt wurde. In den Jahren 1908 bis 1913 war Brik Präses der Kommission für die Abhaltung der II. Staatsprüfung aus dem Bauingenieurfache. Nach überschrittener gesetzlicher Altersgrenze und Absolvierung des „Ehrenjahres“ im Jahre 1913 übertrat er in den bleibenden Ruhestand und übersiedelte nach Eferding in O.Ö. zu ständigem Aufenthalte. Von Sr. Majestät dem Kaiser wurde Brik durch die Verleihung des Hofrattitels und des Komturs des k. österr. Franz Joseph-Ordens ausgezeichnet. Als Mitglied unseres Vereines hat Brik an den Vereinsarbeiten vielfach teilgenommen; so im Schriftleitungs-Ausschusse dessen Obmann er gewesen; im Eisenbrückenmaterial-Ausschusse; als Mitarbeiter am Gewölbe-Berichte; im Baumaterialien-Ausschusse als dessen Obmann; als Bericht-erstatte des zweiten Berichtes des Stiegenstufen-Ausschusses u. a. Er war Mitglied der Expertise für die Wienfluß-Einwölbung; Mitglied der Expertise zur Beurteilung der Entwürfe beim Wettbewerb für den Umbau der Franzensbrücke und technischer Beirat der Bauleitung bei deren Erbauung; Mitglied der Expertisen bei den Wettbewerben für den Umbau der Ferdinands- und der Aspernbrücke. Von der Wiener Weltausstellung im Jahre 1873 erhielt er die Medaille für Mitarbeiter; von der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 die goldene Medaille.

Architekt Georg Demski

wurde am 22. Oktober 1844 in Biala, Galizien, geboren, absolvierte nach der Wiedner Oberrealschule das Wiener Polytechnikum und auch die Akademie der bildenden Künste und wurde 1867 zunächst als technischer Hilfsarbeiter bei der Kaiser Ferdinands-Nordbahn angestellt. Seit 1870 war er als selbständiger Architekt, seit 1876 auch als Stadtbaumeister in Wien tätig. Demski, der auch landesgerichtlich beeideter Sachverständiger ist, hat in Wien sowohl als Architekt wie auch als Baumeister und Unternehmer zahlreiche Zinshäuser gebaut. Unser Verein verehrt in Demski einen seiner treuesten Freunde und Förderer. Durch eine lange Reihe von Jahren hat Demski das verantwortungsvolle Amt eines Kasseverwalters in vorzüglicher Weise geleitet; er war es auch, der durch Einführung der doppelten Buchhaltung die Buchführung unseres Vereines umgestaltet hat. In zahlreichen Ausschüssen für das Hochbauwesen hat Demski als trefflicher Berater mitgewirkt, so als Antragsteller im Ausschusse zur Prüfung der in Wien üblichen Beschüttungsmaterialien, im Ausschusse zur Aufstellung von Vorschlägen zu den Bestimmungen für Kleinhausebau in den Bauordnungen und im Stiegenstufen-Ausschuß. Auch sind alle baulichen Angelegenheiten unseres Vereinshauses jahrelang seiner bewährten freiwillig übernommenen Sorge anvertraut gewesen; so hat Demski auch den Mansardenbau dieses Hauses und die bauliche Herstellung der Dunkelkammern ausgeführt. Für die Wohlfahrtseinrichtungen unseres Vereines hat Demski stets in munifizenter Weise gesorgt; die Vereinsleitung fühlt sich verpflichtet, anlässlich der heutigen Feier die bisher nur entsprechend dem Wunsche Demskis unterbliebene Mitteilung zu machen, daß die alljährlich für den Unterstützungsfonds der Kaiser Franz Joseph-Jubiläumstiftung einlaufende Spende von K 1000 unserem verehrten Jubilar zu danken ist.

Oberinspektor Ing. Friedrich Robert Engel,

geboren am 21. Mai 1846 in Zürich als Sohn des Anatomen Universitätsprofessors Dr. Josef Engel; Engel studierte an

der Wiener Technischen Hochschule und trat 1866 als Konstrukteur in die Maschinenfabrik C. Sigl in Wien, wo er bis zum Jahre 1870 verblieb. Nachdem er hierauf ein Jahr lang an der Fürstl. Fürstenerberg'schen Maschinenfabrik zu Immendingen tätig gewesen war, kehrte er nach Wien zurück, um hier bei der neugegründeten Österr. Nordwestbahn als Ingenieur für den maschinellen Dienst einzutreten. Als solcher war er zunächst kürzere Zeit in der Werkstätte Jedlesee, während des Hauptteils seiner Wirksamkeit aber in der Maschinen-direktion tätig. Im Jahre 1895 wurde er zur Generaldirektion über- setzt und zum Vorstande der Abteilung für die gesamte Statistik der Österr. Nordwestbahn und Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn ernannt, in welcher Stellung er bis zu seiner anlässlich der Verstaatlichung eingetretenen Pensionierung (1909) verblieb. Engel hat neben seiner beruflichen eine sehr umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit auf fachwissenschaftlichem Gebiete entfaltet. Sowohl in unserer „Zeitschrift“, als auch in der „Österr. Wochenschrift für den öffentl. Baudienst“, der „Österr. Eisenbahnzeitung“, dem „Zentralblatt für Eisenbahnen und Dampfschiffahrt“ u. a. sowie in den namhaftesten Wiener Tagesblättern sind seine wertvollen, hauptsächlich Eisenbahnfragen gewidmeten Arbeiten erschienen; für das Jubiläumswerk „Geschichte der österr. Eisenbahnen 1848 bis 1898“ hat er den Abschnitt über „Kleinbahnen“ verfaßt. Die Wertschätzung, welche seine Leistungen auf seinem engeren Fachgebiete erfuhren, kamen schon 1876 darin zu sichtbarem Ausdruck, daß er anlässlich der Wahl einer für das Studium der Interkommuni- kationssignale und kontinuierlichen Bremsen nach England be- rufenen gemischten Kommission als österr. Delegierter entsendet wurde. Das Resultat dieser Studienreise erscheint unter dem Titel „Die kontinuierlichen Bremsen von Westinghouse und Smitt“ im Jahrgang 1878 der Vereinszeitschrift niedergelegt. Im Jahre 1879 wurde Engel auch in den Verwaltungsrat der Wiener Tramway- Gesellschaft gewählt, dem er bis 1886 angehörte. Die Beschäftigung mit Wiener Verkehrsfragen führte ihn dazu, energisch für die Be- seitigung des Linienwalls und die Einführung des Maschinenbetriebes auf den Tramwaylinien einzutreten. Unsere „Zeitschrift“ verdankt Engel außer den fachtechnischen Arbeiten auch sehr wertvolle Würdigungen der Lebensleistung hervorragender Vereinsmitglieder, die im Eisenbahnwesen gewirkt haben. Schließlich sei rühmend der Unermüdlichkeit gedacht, mit welcher sich Engel jederzeit der Mitarbeit an der Lösung sozialer Fragen gewidmet hat.

Ing. Josef Popper - Lynkeus.

Am 21. Februar 1838 in Kolin in Böhmen geboren, ist Popper nach Absolvierung seiner Hochschulstudien während des größten Teiles seines Lebenslaufes als freischaffender Maschinen- ingenieur tätig gewesen. Da unser Verein anlässlich des 80. Geburts- tages unseres Jubilars eine besondere Popper-Lynkeus- Feier veranstaltet hat, über deren Verlauf H. 9 dieses Jahrganges unserer „Zeitschrift“ ausführlich berichtet, erübrigt es heute, nochmals auf die außerordentliche Bedeutung hinzuweisen, welche dieser auf seinem Fachgebiete mit wertvollen Erfindungen hervor- getretene Ingenieur auch durch seine Forschungen als Physiker und insbesondere durch seine sozialpolitischen, sozialphilosophischen und ethischen Studien für das Geistesleben der Gegenwart besitzt. Der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein verzeichnet mit be- sonderem Stolz die 50 jährige Vereinszugehörigkeit dieses großen Mannes.

Ing. Isidor Trauzl

wurde 1840 in Arad (Ungarn) geboren, in militärischen Lehr- anstalten erzogen und wurde nach Absolvierung der Genieakademie in Klosterbruck 1861 zum Leutnant im Geniekorps ernannt, fre- quentierte 1863/64 den höheren Geniekurs, machte 1866 den Feldzug gegen Preußen bei der Nordarmee mit, kam dann 1866 zum tech- nischen Militärkomitee nach Wien, unternahm dann im Auftrage des k. k. Kriegsministeriums Reisen ins Ausland, um Erzeugung und Verwendung der neuen Explosivstoffe kennen zu lernen, und blieb als Mitglied im k. k. Militärkomitee bis zu seiner Ernennung zum Hauptmann der Geniewaffe 1871. In den Jahren 1868 bis 1871 beschäf- tigte sich Trauzl hauptsächlich mit der Einführung der Nobel- schen Nitroglyzerinpräparate in die Zivil- und Militärtechnik und war 1870 mit Herrn Alfred Nobel bei Erbauung der ersten österr.

Dynamitfabrik in Jamky bei Prag beschäftigt. 1871 trat Trauzl in die Reserve, übernahm 1872 als Generalinspektor die Beaufsichtigung der deutschen und österr. Fabriken der Firma Alfred Nobel in Hamburg und wurde 1882 Generaldirektor der A.-G. Dynamit Nobel in Wien, welche Stellung er 1892 verließ. Unter seiner Leitung der Nobelschen Fabriken vollzog sich die rasche Entwicklung der österr. Explosivstoffindustrie und die Anwendung der neuen Sprengstoffe Dynamit, Sprenggelatine, Ekrasit und Schießwollpräparate, im Bergbau, Tunnelbau, Steinbruchbetrieb und in der Militärtechnik. Bald nach seinem Austritte aus der A.-G. Dynamit Nobel trat Trauzl als öffentlicher Gesellschafter in die Kommanditgesellschaft für Tiefbohrtechnik und Motorenbau Trauzl & Co. in Wien ein und blieb in dieser Stellung bis Ende 1916, zu welcher Zeit diese Kommanditgesellschaft von der neugegründeten A.-G. für Tiefbohrtechnik und Maschinenbau vorm. Trauzl & Co. übernommen wurde, deren Verwaltungsrat er noch heute angehört. Durch einige Jahre war Trauzl auch Besitzer von Sensenfabriken in Steiermark und bei Durchführung der Wasserleitung und Kanalisierung in Baden Obmann des mit diesen Arbeiten betrauten Komitees des Gemeinde-Ausschusses. Unserem Vereine ist Trauzl jederzeit ein sehr interessiertes treues Mitglied gewesen, er war auch derjenige, der in Österreich den ersten Vortrag über die neuen Explosivstoffe gehalten hat, u. zw. auch im Rahmen unseres Vereines (im Jahre 1869). Ebenso brachte unsere „Zeitschrift“ fachliche Artikel aus seiner Feder.

Ich bitte nun unseren hochverehrten anwesenden Jubilar, Herrn Oberinspektor Ing. Engel, die heutige Widmung des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines persönlich entgegenzunehmen; ich bitte ferner Herrn Oberinspektor Tichy um freundliche Entgegennahme der für Ing. Popper-Lynkeus bestimmten Gabe. (Die Genannten übernehmen die Ehrengeschenke.)

Soeben wird mir das Wahlergebnis gebracht. Es wurden zu Vizepräsidenten gewählt: Professor Ing. Heinrich Wagner mit 132 Stimmen, Zivilingenieur Dr. Rudolf Mayröder mit 126 Stimmen. Ich erlaube mir, an Herrn Professor Wagner im Sinne unserer Geschäftsordnung die Anfrage zu richten, ob er geneigt ist, die Wahl zum Vizepräsidenten anzunehmen.“

Professor Ing. Heinrich Wagner: „Hochgeehrte Versammlung! Ich danke vielmals für das durch die Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen. Ich habe jetzt im Verwaltungsrat Gelegenheit gehabt, zwei Jahre hindurch das zielbewußte, klare Wirken unseres Präsidenten kennen zu lernen, und ich glaube, das höchste Ziel, das ich mir als Vizepräsident stellen kann, ist, daß ich in die Fußstapfen unseres Präsidenten trete und ihn in seinem Sinne unterstütze. In meiner Doppelstellung als Professor der Technischen Hochschule und jetzt in so hervorragender Stelle im Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein wird für mich Gelegenheit gegeben sein, das harmonische Zusammenwirken zwischen der Technischen Hochschule, welche die Pflanzstätte der technischen Wissenschaft ist, und dem Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein, wo sich so hervorragende Vertreter der technischen Praxis zusammenfinden, besonders zu pflegen und, wenn dies überhaupt in noch größerem Maße möglich ist, es zu fördern. Nehmen Sie meinen verbindlichsten Dank für das Vertrauen entgegen; ich nehme die Wahl an.“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident: „Ich danke Herrn Professor Wagner für seine uns gegebene Zusage und danke ihm für die mir speziell gewidmeten freundlichen, aber unverdienten Worte. Ich gebe unser aller Empfinden Ausdruck, daß wir uns alle freuen, ihn als Vizepräsidenten begrüßen zu können und damit auch dem Verwaltungsrat weiter erhalten zu sehen. (Beifall.)

Ich erlaube mir nunmehr, an Herrn Ing. Dr. Rudolf Mayröder im Sinne unserer Geschäftsordnung die Anfrage zu richten, ob er die auf ihn gefallene Wahl eines Vizepräsidenten unseres Vereines annimmt?“

Ing. Dr. Rudolf Mayröder: „Durch meine Wahl zum Vizepräsidenten haben Sie mir eine außerordentliche Ehrung zuteil werden lassen. Wenn ich diese Wahl annehme, so geschieht dies nicht, weil ich mich berufen fühle, den Verein zu führen, sondern

weil ich mir der Pflicht bewußt bin, daß in der jetzigen schweren Zeit jeder den Posten, zu dem man berufen wird, mit seinem ganzen Können und mit aller Kraft auszufüllen verpflichtet ist. Der Krieg hat unser Wirtschaftsleben arg geschädigt und auch unser Vereinsleben schwer mitgenommen. Wenn wir von den Siegen, die jetzt im Westen erkämpft werden, auch eine Milderung der Kriegsschäden erhoffen, eine volle Genesung können wir nur von gemeinsamer, rastloser Arbeit erwarten, zu der wir alle berufen sind. In diesem Sinne nehme ich die auf mich gefallene Wahl bestens dankend an und bitte Sie, mich in der Erfüllung der von mir übernommenen neuen Pflichten tatkräftig zu unterstützen.“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident: „Ich danke auch Herrn Ing. Dr. Mayröder für die gegebene Zusage und begrüße ihn wärmstens als Vizepräsidenten unseres Vereines.“ (Beifall.)

Hierauf schließt der Präsident um 8^h 10^m die Hauptversammlung.

* * *

Vor Beginn der Versammlung wurden von Professor Architekten Othmar v. Leixner eine Reihe außerordentlich gelungener Lichtbilder vorgeführt, welche Landschaftsaufnahmen der Mitglieder unserer Fachgruppe für Photographie und Reproduktionstechnik Regierungsrates Ing. Höbling, Baukommissärs Arch. Dr. Kovacs, Professors v. Leixner und Ministerialrates Ing. Rihosek zeigten und seitens der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Der Präsident sprach allen genannten Herren, insbesondere Professor v. Leixner, den wärmsten Dank für die schöne Darbietung aus. Ein Teil der Bilder, der von mehreren anderen Mitgliedern der Fachgruppe stammt, konnte wegen der langen Dauer der Hauptversammlung nicht mehr zur Vorführung gelangen und wird daher erst in der Wochenversammlung am 13. April gezeigt werden.

Ing. Schanzer.

Veränderungen im Stande der Mitglieder

in der Zeit vom 10. bis 23. März 1918.

I. Verstorben sind die Herren:

Muttenthaler Ing. Johann, Baurat i. R. in Wien;
Pawlik Ing. Theodor, Oberbaurat der k. k. Statthalterei in Innsbruck;
Pollak Ing. Ludwig, k. k. Kommerzialrat, Fabriksbesitzer in Wien;
Rob Ing. Friedrich in Wien.

II. Ausgetreten sind die Herren:

Bing Ing. Johann in Wien;
Haltiner Ing. Eduard, Betriebsdirektor der St. Egydier Eisen- und Stahlindustrie-Gesellschaft in Wien.

III. Aufgenommen wurden die Herren:

Blumenfeld Ing. Richard, Konstrukteur der A.-G. für Maschinenbau in Schlan;
Rudolf Dpl. Ing. Paul E. in Wien;
Schulz Dpl. Ing. Kurt, Inspektor und Heizhausvorstand der Kaschau-Oderberger Bahn in Ruttkä;
Stankower Ing. Karl, Staatsbahnrat in Wien;
Stipanits Ing. Moritz, Oberbergverwalter in Poln.-Ostrau;
Suida Ing. Gustav, Fabriksbesitzer in Wien.

Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Stiftung.

Übersicht I

über die in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1917 erteilten einmaligen Unterstützungen.

	Summe der Fälle der erteilten Unterstützungen	Betrag der erteilten Unterstützungen	Fälle zu					Unterstützung	
			Kronen					höchste	niedrigste
			30	50	100	200	300		
1. Witwen	23	2630	1	6	12	1	3	300	30
2. Waisen	1	400	—	—	4	—	—	100	—
Zusammen	24	—	1	6	16	1	3	—	—
„	—	3030	30	300	1600	200	900	—	—

Übersicht II
über die im Jahre 1917 verteilten fortlaufenden Gaben.

	Summe der Fälle der erteilten Unterstützungen	Betrag der erteilten Unterstützungen	Fälle zu				Unterstützung	
			Kronen				höchste	niedrigste
			Jahresbetrag					
			K	200	240	300	600	Kronen
1. Witwen	5	2140	—	1 ¹⁾	1	3	600	240
2. Waisen	4	1190	1	1	1 ²⁾	1	600	200
Zusammen	9	—	1	2	2	4	—	—
„	—	3330	200	280	450	2400	—	—

¹⁾ Wegen Ablebens wurden nur 2 Monatsraten von je K 20 = K 40 ausbezahlt.

²⁾ Wegen Ablebens wurden nur 2 Vierteljahrsraten von je K 75 = K 150 ausbezahlt.

Berichte über Klubveranstaltungen.

Die Teilnehmer an der am 13. Jänner veranstalteten Damenjaus wurden wiederum durch eine Reihe wertvoller künstlerischer Darbietungen erfreut. Das Arrangement hatte diesmal das Mitglied des Klubausschusses Inspektor Ing. Fasal übernommen, der diese Aufgabe in dankenswerter, sein künstlerisches Verständnis neuerlich bezeugender Weise durchführte. Die Vorträge erhielten dadurch ein besonders reizvolles Gepräge, daß sie ausschließlich von Damen bestritten wurden. Im nachfolgenden seien die lebenswürdigen Künstlerinnen und ihr Programm genannt:

Fräulein Anny Fried, die durch ihr Auftreten in Wiener Konzertsälen bereits rühmlichst bekannte Geigenkünstlerin, bot, von Fräulein Vilma Jurenka in meisterhafter Weise pianistisch begleitet, folgende Vorträge: Aubert „Sonate aus dem 18. Jahrhundert“, Padre Martini-Kreisler „Andantino“, Kreisler „Liebesfreud“ und Kreisler-Burmester „Walzer.“ Die Künstlerin erwies mit diesen Vorträgen, welche sämtlich mit größtem Beifall aufgenommen wurden, daß sie sowohl auf dem Gebiete ernster Klassik als auch auf jenem virtuoser neuerer Kunst gleichermaßen heimisch ist. Fräulein Cesia Dische, eine hochbegabte Pianistin mit ausgezeichneter Technik, spielte, ebenfalls mit starkem Beifall bedankt: „Praeludium“ und „Valse E-moll“ von Chopin und „Campanella“ von Liszt. Fräulein Maria Elischak, eine Sängerin, die von ihrem Auftreten bei früheren Klubveranstaltungen unserem Publikum in vorteilhafter Erinnerung stand, erfreute diesmal durch den Vortrag einiger Lieder, welche ihre eminente Sangeskunst in schönstem Lichte zeigten. Die Künstlerin sang die folgenden Lieder: Goldmark „Die Quelle“, Fischhof „Vielleicht“, Brahms „Der Jäger“ und Hildach „Mein Liebster ist ein Weber“ sowie mit besonders großem Erfolge die Arie der Rose Friquet aus Maillarts „Glöckchen des Eremiten.“

Neben diesen musikalischen Darbietungen kam auch die Rezitationskunst in ganz ausgezeichnete Weise zur Geltung. Die reizende Schauspielerin Fräulein Lisa Michalek — eine Tochter Professor Ludwig Michaleks — entzückte das Publikum mit dem Vortrag nachfolgender genannter Dichtungen: „Der weiße Goeben“ von Ganghofer, „Die Orakelglocke“ von Tiedge, „Liebesschmerz“ und „Der Gschaffthuber“ von Wilhelm Busch und „Heiratsfrage in verschiedenen Altern“ von Amalie Haizinger.

So konnte als Summe dieser künstlerischen Eindrücke wieder ein entschiedener Erfolg der Veranstaltung festgestellt werden, der von dem — alle Klubräume füllenden — Publikum lebhaft anerkannt wurde.

* * *

Am 27. Jänner wurde im großen Vortragssaale des Vereines eine Kinovorführung veranstaltet, welche großes Interesse erweckte. Herr Direktor Reich hatte sich in freundlichster Weise bereit erklärt, einige der bekannten Industriefilms zu zeigen, welche die Werbeabteilung der Sascha-Film-Gesellschaft hergestellt hat. Nach einleitenden Worten des genannten Herrn wurden Aufnahmen aus der Poldihütte in Kladno und aus den Werken von Manfred Weiß (Budapest) gezeigt, welche sich als wahre Meisterwerke kinematographischer Kunst erwiesen und die hohe Bedeutung verstehen ließen, die leitende Stellen der Verbreitung dieser Films

als besonders anschaulicher Dokumente der industriellen Entwicklung unseres Vaterlandes beimesen. Außer den genannten Films wurden der Abwechslung wegen auch Landschaftsbilder vorgeführt; auch diese (es wurden Aufnahmen aus Budapest und Hallstadt vorgeführt) bezeugten die hohen Qualitäten der Sascha-Films.

Die sehr gut besuchte Veranstaltung fand lebhaften Beifall.

Geschäftliche Mitteilungen des Vereines.

TAGESORDNUNG

der 21. (Wochen-)Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 13. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Dozenten Ing. Dr. Julius Magg: „Diesel und die Entwicklung des Dieselmaschinenbaues“ (Lichtbilder).

Anschließend an diesen Vortrag wird die am 23. März begonnene Lichtbildervorführung der Fachgruppe für Photographie und Reproduktionstechnik zu Ende geführt werden.

TAGESORDNUNG

der 22. (Wochen-)Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 20. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Ing. Otto Hlouschek, o. ö. Professor der deutschen Technischen Hochschule in Prag: „Vereinheitlichungsbestrebungen im Maschinenbau“ (Lichtbilder).

Nach diesen Versammlungen gesellige Zusammenkunft in den Klubräumen; Anmeldefrist für das Abendessen (Brot- oder Mehlmärken mitbringen) bis Freitag abends 6^h. Spätere Anmeldungen können seitens der Vereinskasse nicht mehr angenommen werden.

Fachgruppe für Chemie.

Montag den 15. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Dr. Josef Reitstötter: „Über Koagulation“.

Fachgruppe für Vermessungswesen.

Montag den 22. April 1918, abends 6 Uhr.

1. Bericht des Fachgruppenausschusses.
2. Neuwahl des Obmannes und des Fachgruppenausschusses.
3. Vortrag, gehalten von Oberinspektor Anton Tichy: „Entwicklung eines paradoxen Begriffes von Triangulierung erster Ordnung.“

Volksbildungshaus Wiener Urania.

I. Uraniastraße 1.

Dienstag den 16. April 1918, 1/28 Uhr abends (kleiner Saal).

Vortrag von Oberstaatsbahnrat Dozenten Ing. Dr. Rudolf Sanzin: „George und Robert Stephenson“ (Die Erfindung der Lokomotive).

Persönliches.

Der Kaiser hat dem Hofrat i. R. Ing. Ernst Rudolf Leonhardt den Adelstand und dem Oberleutnant i. d. E. Ing. Johann Petschacher, für vorzügliche Dienstleistung vor dem Feinde, das Goldene Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille verliehen.

Gestorben:

Ing. Adolf Müller, Baurat im Ministerium für öffentliche Arbeiten (Mitglied seit 1901), nach langem Leiden im 45. Lebensjahre in Korneuburg.

Ing. Dr. Otto Renzeder, beh. aut. Zivilingenieur (Mitglied seit 1910), nach langem schwerem Leiden im 32. Lebensjahre in Wien.

Sprechstunden des Schriftleiters.

Von nun ab ist der Schriftleiter an jedem Mittwoch und Samstag in der Zeit von 6 bis 7^h abends im Vereinshause (III. Stock) anzutreffen.

Die Francisco-Josephinische Zeit der Wiener Architektur.

Von k. k. Oberbaurat Arch. Alois v. Wurm-Arnkreuz.

(Fortsetzung zu H. 15.)

Besonders schwierig gestaltete sich der Kampf um die Ausführung der Hofmuseen. Zu der diesen Bau betreffenden Konkurrenz waren 1866 Ferstel, Hansen, Hasenauer und Löhr von der Regierung eingeladen worden. Die eingelangten Projekte unterschieden sich in zwei charakteristische Gruppen; die eine, zu welcher die Arbeiten Hasenauers und Löhrs gehörten, hielt sich an das Programm, welches zwei getrennte gleich-

Hochrenaissancearchitektur gehalten war. Einen um so tieferen Eindruck hinterließen die Projekte Hansen und Hasenauer, die ich so genau im Gedächtnis behielt, daß ich sie heute, nach nahezu 50 Jahren, noch genau nachzeichnen könnte.

Hansen dachte sich das ganze Plateau zwischen der Babenberger- und Bellariastraße hoch über den Straßenverkehr emporgehoben, vom Ring aus offen

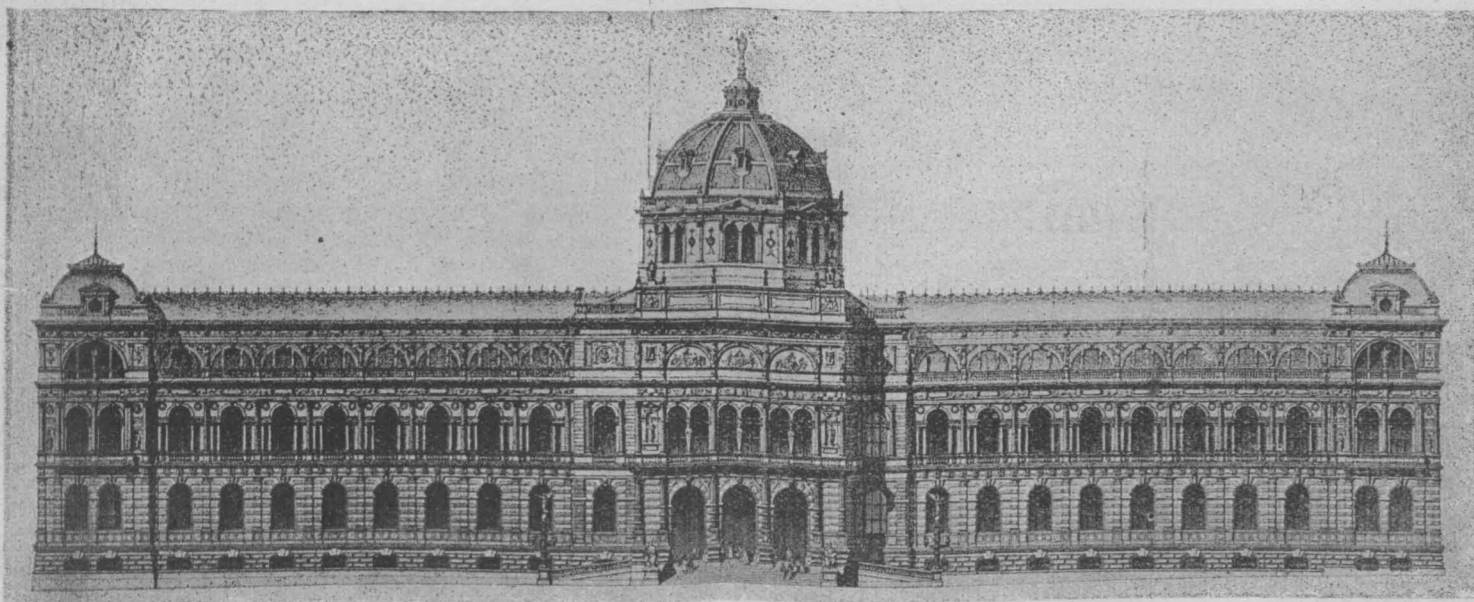


Abb. 11. Hofmuseen - Konkurrenzprojekt von Hasenauer.

große Bauten in der Längenausdehnung senkrecht zum Ring vorschrieb, während Hansen und Ferstel einheitliche, rückwärts geschlossene Bauwerke projektierten. Das Projekt Ferstel war ziemlich bescheiden gehalten und habe ich davon nur noch die Erinnerung, daß es besonders breitgedrückte Bogenstellungen besaß, wie solche nicht selten in den Arkadenhöfen süddeutscher Renaissancebauten vorkommen. Auch das Projekt Löhr machte keinen besonderen Eindruck auf mich und ich erinnere mich nur, daß es in einer äußerst korrekten

und durch Rampen zugänglich und an den 3 übrigen Seiten von den Museumsbauten eingerahmt, beiderseits längs der genannten Verkehrsstraßen eine Reihe von Tempeln errichtet, welche durch Zwischenbauten verbunden mit ihren Seitenflächen parallel zur Ringstraße stehen, rückwärts, die Ansicht der Hofstallungen verdeckend, in der Mitte einen großen dominierenden Tempel, welcher längs der Lastenstraße ebenfalls durch niedrigere Zwischenbauten mit den seitlichen Tempelreihen verbunden ist. Die ganze Anlage kann man sich durch den Vergleich von Teilen des

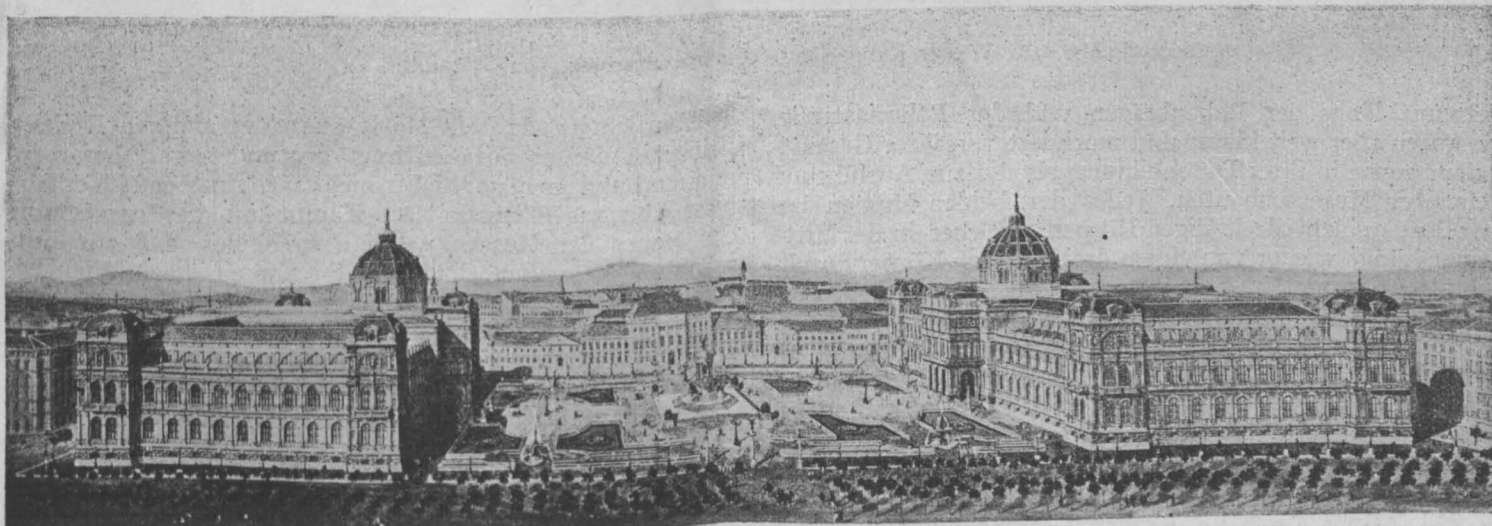


Abb. 12. Hofmuseen - Konkurrenzprojekt von Hasenauer.

Hansen'schen Parlamentsgebäudes leicht veranschaulichen. Die beiden seitlichen Abschlußtempel, vom Schmerling- oder vom Dr. Karl Lueger-Platz gesehen, und der große mittlere Säulenportikus an der Ringstraße geben ungefähr die Elemente und Verhältnisse des Hansen'schen Museumsprojektes, wobei die Höhe des Erdgeschosses beiläufig der Terrassenhöhe entspricht.

Im Hasenauerschen Konkurrenzprojekte (Abb. 11 Fassade, Abb. 12 Perspektive) standen die Museen schon

ordentlich schöne, wie aus einem Gusse entstandene Komposition, in welcher Grundriß, Schnitt und Fassaden im vollsten Einklang standen, mußte leider aufgegeben werden, als sich ein immer größer werdendes Raumbedürfnis für die Museumszwecke herausstellte, es mußten auch die Seitenschiffe überbaut werden und so kam es, daß die einst so wohl motivierte Mittelkuppel gegenüber den erhöhten, nun ringsum gleichhohen Fassaden ihre ursprüngliche Bedeutung verlor. Es geschah auch hier wieder, was stets



Abb. 13. Wiener Rathausbau - Konkurrenzprojekt von Schmidt.

getrennt längs der Babenberger- und der Bellariastraße, sie waren aber weit klarer und motivierter in ihrer Gesamtanlage sowie in ihrer Durchbildung als die zur Ausführung gelangten Museumsbauten. Jedes der beiden Museen bestand aus einem dreiteiligen Körper, welcher in der Mitte seiner Länge wieder von einem dreischiffigen Körper durchschnitten wurde, wobei die die Höhe umschließenden Mittelteile über die dem Platze und den Straßen zugekehrten Seitenschiffe um ein Stockwerk erhöht und an ihrer Durchdringungsfläche mit einer mächtigen Kuppel bekrönt waren. Die überhöhten Mittelteile enthielten im oberen Stockwerke die großen Mittelsäle, welche durch in den überragenden Mauerkörper eingeschnittene große halbkreisförmige Fenster von oben erhellt waren, während in den Seitenschiffen die kleineren Ausstellungsräume mit gewöhnlicher Seitenfensterbeleuchtung lagen. Diese außer-

bedauerlich ist, daß ein Motiv aus einer anderen Komposition, in der es ausgezeichnet begründet war, herausgenommen und in neue, hierfür nicht mehr passende Verhältnisse übertragen wurde. Der Kampf um die Zuspriechung des Baues der Museen war ein so heißer, daß zur Entscheidung desselben Gottfried Semper nach Wien berufen wurde, der dann gemeinsam mit Hasenauer diesen Bau sowie auch den damit zusammenhängenden Burgbau und auch das Hofburgtheater ausgeführt hat, durchaus Bauten von größtem Prachtaufwand.

Es gibt keine Gebädegattung höherer Art, welche unter den öffentlichen Bauten Wiens damals nicht ihre typische Vertretung gefunden hätte. Der Kaiser selbst errichtete Denkmale zu Ehren des Erzherzogs Karl, des Prinzen Eugen und des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg, er erbaute das Sühnhaus am Schottenring, förderte

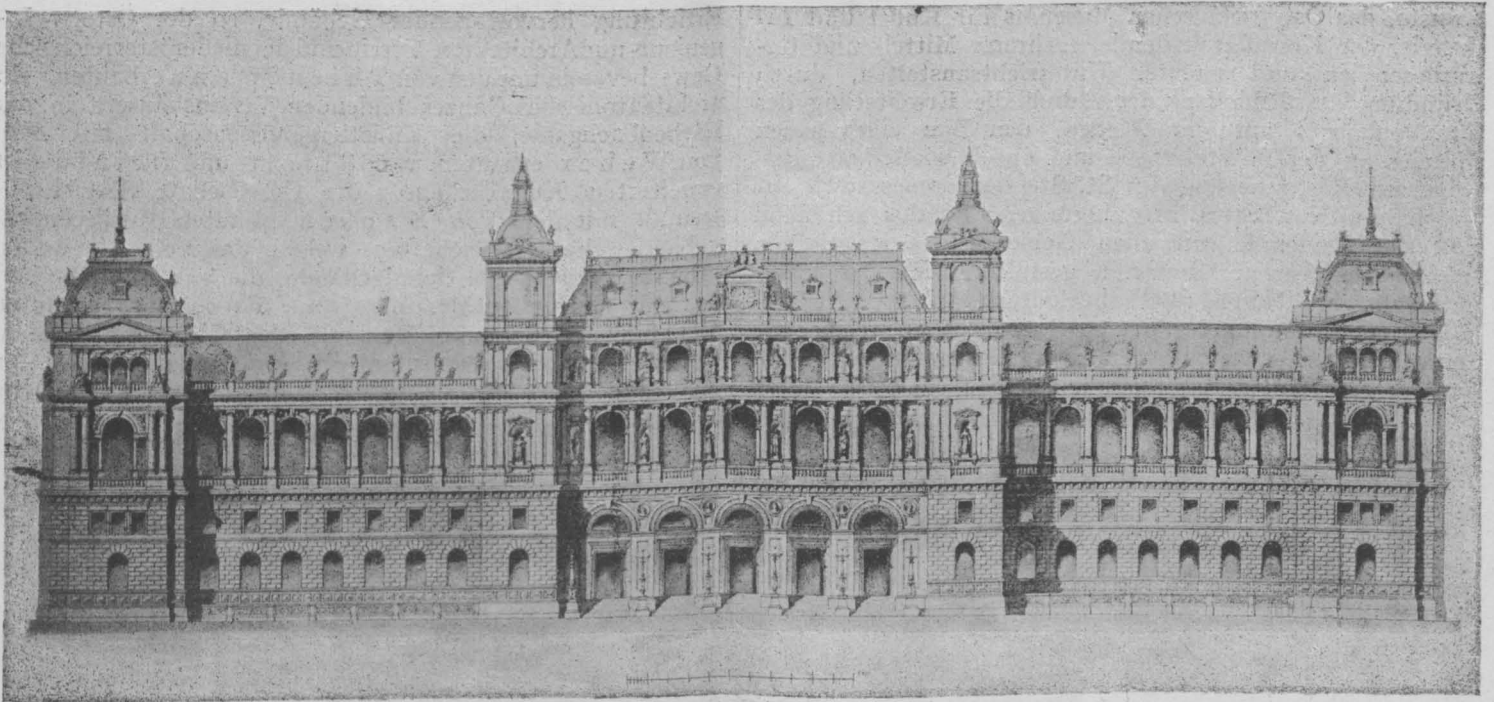


Abb. 14. Wiener Rathausbau - Konkurrenzprojekt von Thienemann.

durch erhebliche Beiträge die Restaurierung des St. Stephansdomes, den Bau von Kirchen und humanitären Institutionen sowie die Errichtung anderer öffentlicher Denkmale. Der Stadterweiterungsfonds übernahm den Neubau der Hofmuseen, der Hofburg, des Hofopertheaters und des Hofburgtheaters und der mit diesen Theatern in Verbindung stehenden Nebengebäude, die Errichtung des Maria Theresia-Monumentes, den Bau der Aspernbrücke und des Brunnens an der Augustinerrampe. Er leistete Beiträge

zum Bau der Votivkirche und des Rudolfsptales, zur Ausschmückung der Elisabethbrücke, zur Errichtung von Denkmälern für Schiller, Beethoven und Mozart sowie für den Bürgermeister Liebenberg usw. Der Staat beteiligte sich an der Neugestaltung Wiens durch den Bau des Arsenal, des Reichsratsgebäudes, des Justizpalastes, der Universität samt den chemischen, anatomischen und pathologischen Instituten, durch den Bau der Sternwarte, der Akademie der bildenden

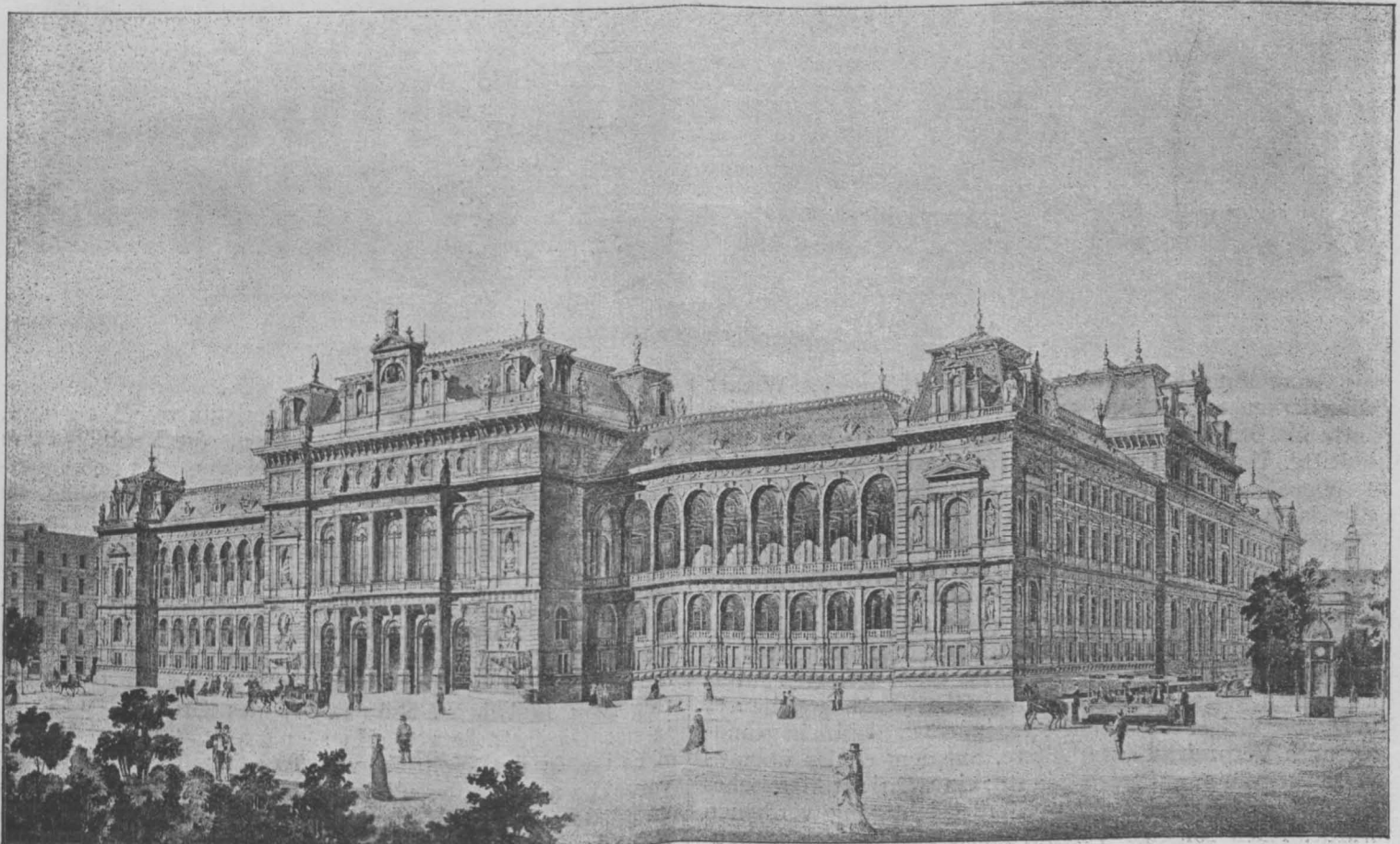


Abb. 15. Wiener Rathausbau - Konkurrenzprojekt von Wurm.

Künste, des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, der Konsularakademie, mehrerer Mittel- und Gewerbeschulen und anderer Unterrichtsanstalten, durch Gründung des Rudolfsptales, durch die Erweiterung des Krankenhauses auf der Wieden, den Bau eines neuen Spitals an der Triesterstraße und durch wiederholte Beiträge zur Restaurierung des St. Stephansdomes sowie zur Herstellung von Straßenregulierungen. Rastlos schaffend griff die Gemeinde auf allen Gebieten des städtischen Lebens ein. Am großartigsten gestaltete sich der internationale, im Jahre 1869 abgehaltene Wettbewerb anlässlich der Erbauung des Wiener Rathauses, an welcher die hervorragendsten Architekten aller Kulturstaaen in so umfassender Weise teilgenommen haben, daß für deren

Errichtung hervorragender Gebäude, so der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein und der niederösterreichische Gewerbeverein mit den von Thienemann erbauten, ein architektonisches Ganzes bildenden Vereinshäusern in der Eschenbachgasse, die Künstlergenossenschaft mit dem von Weber erbauten, von Streit und Deininger erweiterten Künstlerhause, die Gesellschaft der Musikfreunde mit dem von Hansen erbauten Musikvereinsgebäude, die Gesellschaften, welche das von Hansen erbaute evangelische Schulgebäude, die von Weber erbauten Gartenbausäle, die von Förster erbauten Gebäude der Bodenkreditanstalt, des Giro- und Kassenvereines und der Depositenbank errichteten, welche den Aziendahof von Hasenauer, das adelige Kasino von

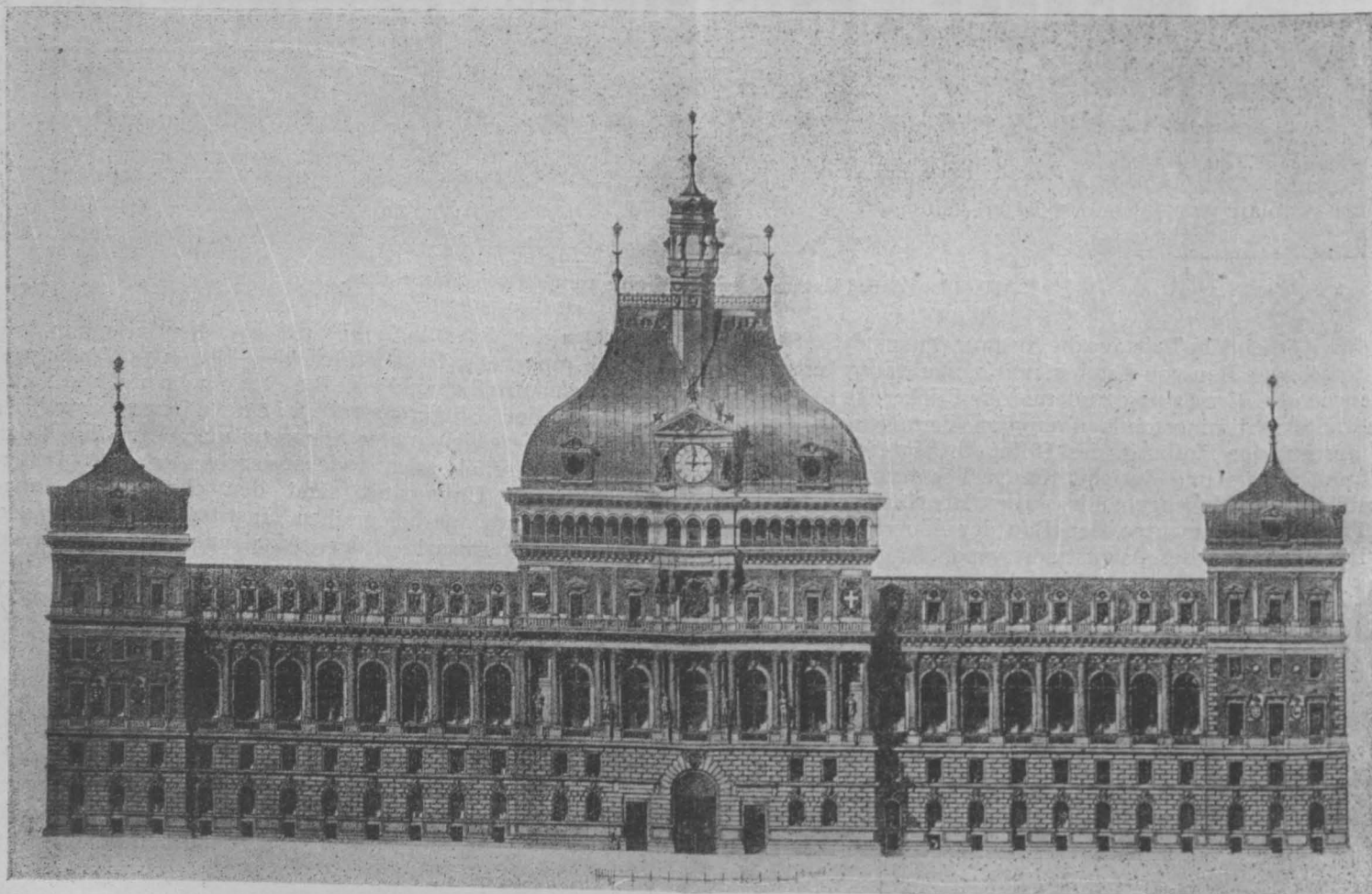


Abb. 16. Wiener Rathausbau - Konkurrenzprojekt von König.

zur Ausstellung gelangten Werke die Räume des Wiener Künstlerhauses zu eng wurden. In munifizenter Weise hatte die Stadt 12 Preise gewidmet, 4 erste, 4 zweite und 4 dritte. Unter den preisgekrönten Siegern befanden sich 4 Wiener Architekten, u. zw. Schmidt (Abb. 13) mit einem ersten, Thienemann (Abb. 14) und meine Wenigkeit (Abb. 15) mit je einem zweiten und König (Abb. 16) mit einem dritten Preis. Im Wiener Gemeinderate war Siccardsburg neben Romano, Schmidt und Neumann sen. hervorragend tätig, hauptsächlich in Kunst- und Regulierungsfragen, insbesondere aber in der Vorbereitung des eben erwähnten großangelegten internationalen Wiener Rathausbau-Wettbewerbes, welchen er in mustergültiger Weise einleitete, indem er hierfür ein grundlegendes Vorprojekt ausarbeitete, auf dem er das überaus klare Programm aufbauen konnte; ein wahrhaft klassisches Beispiel, welches eine öftere Berücksichtigung verdienen würde. Auch sonstige Vereinigungen und zahlreiche baukunstfreundliche Persönlichkeiten wetteiferten mit der

Romano und Schwendenwein, die Verkehrsbank von Schachner, die Länderbank von Wagner, die Börse von Tietz und Hansen, die Mehlbörse von König und das Equitable-Palais von Streit erbauen ließen. An sonstigen Palais und Geschäftshäusern wären zu nennen die Palais des Grafen Larisch in der verlängerten Johannesgasse von van der Nüll und Siccardsburg, des Erzherzogs Wilhelm am Kaiser Wilhelm-Ring von Hansen, des Erzherzogs Ludwig Viktor am Schwarzenbergplatz von Ferstel, des Barons Schey in der Albrechtgasse von Romano und Schwendenwein, des Grafen Hoyos am Kärntner-Ring von Ludwig v. Förster, des Grafen Lützow in der Giselastraße von Hasenauer und des Barons Klein in der Wollzeile von Tietz, der Heinrichshof von Hansen, der Philipphof in der Augustinerstraße und das Palais Herberstein am Michaelerplatz von König, die fürstlich Schwarzenbergsche Häusergruppe in der Prinz Eugenstraße, das Haus Herold am Stuben-

ring und das Wohn- und Geschäftshaus des Markgrafen Palavicini in der Seilergasse von Wurm, der Maria Theresia-Hof in der Währingerstraße und die Häusergruppen am Franz Josefs-Kai von Tischler, der Zinspalast in der Stadiongasse, das reiche Wohnhaus am Rennweg und die üppige, antikisierende Villa in Hütteldorf von Wagner, die Palais Prantner in der Alleeasse und Haas in der Waaggasse und das Haus Ernst in der Gußhausstraße von Schachner, das Palais Miller-Aichholz in der Prinz Eugen-Straße von Streit, das deutsche und das englische Botschafterpalais auf den Metternichgründen von Rumpelmayer, das russische Botschafterpalais ebendasselbst, die Häuser Wasserbürger in der verlängerten Johannesgasse und Burka in der Karolinengasse sowie das Damenmodenpalais Bittmann in der Kärntnerstraße von Wurm, das Wohnhaus Probst in der Theresianumgasse und das Wohn- und Geschäftshaus Zierer am Neuen Markt von König, die Häuser Kolowratring 8, 10 und 12 und Schwarzenbergplatz 2 von Romanow und Schwendenwein, der Grabenhof von Thienemann, das prächtige Warenhaus Philipp Haas & Söhne am Stockim-Eisenplatz von van der Nüll und Siccardsburg, die Häuser Rothberger am Stephansplatz, der Gebrüder Thonet am Stephansplatz und in der Kärntnerstraße und Gerngroß in der Mariahilferstraße von Fellner und Helmer, das Warenhaus Wahlis in der Kärntnerstraße von Korompay, das Wohn- und Geschäftshaus Hardt in der Goldschmiedgasse von Breßler.

Ein ganz besonderes Verdienst erwarben sich Fellner und Helmer um den modernen Theaterbau und sie trugen auf diesem Gebiete nicht nur den Ruhm der österreichischen Architektur weit über die Grenzen des

Reiches hinaus, indem sie nahezu an 60 Theater im In- und Auslande erbauten, sondern sie trugen auch wesentlich zur Anerkennung und Verbreitung der österreichischen Kunst und des österreichischen Kunstgewerbes bei, indem sie zur Ausschmückung ihrer ausländischen Bauten zahlreiche Künstler und Kunstgewerbebeflissene heranzogen, wie die Meister Friedl, Klimt, Matsch, Veit, Golz, Bamberger u. v. a. Als Fellner das Berliner Metropoltheater mit seinem über 2000 Personen fassenden Saal, seinen Prachttreppen, Wandelgängen, Wintergärten und Foyers zeigte und einen kleinen Vortrag hierüber hielt, verschwieg er in seiner zartfühlenden Weise, daß sämtliche Bildhauerarbeiten und Malereien von Wiener Künstlern herkommen; da sagte der Berliner Architekt Cremer, die Ausführungen ergänzend: „Liebe Kollegen! Ich muß den Erläuterungen des Kollegen Fellner noch beifügen, daß alle Bildhauerarbeiten und Bilder von Wiener Künstlern ausgeführt sind; seht euch die Sache gut an: die bekommen wir hier nicht so gut und schön ausgeführt.“ Schon mit 23 Jahren, 1870, verfaßte Fellner im Verein mit seinem Vater die Pläne für das Temesvarer Theater- und Redoutensaalgebäude sowie für das Wiener Stadttheater, das gegenwärtige Etablissement Ronacher. Im Jahre 1871 starb der Vater und der jugendliche Anfänger mußte diese Theater selbständig ausführen. Wohl kam ihm das in gemeinsamer Arbeit mit dem Vater in früher Jugend gewonnene Wissen zu statten, allein maßgebend für seine künftige großartige Theaterbaupraxis war die unschätzbare Anregung, die er durch seinen intimen Verkehr mit Dr. Laube erhielt, und so gelang es ihm, diese Aufgaben glücklich zu bewältigen. Wie hoch der Bau des Wiener Stadttheaters in der Gunst des Publikums und insbesondere der maßgebenden Theaterleute stand, mag daraus erhellen, daß die alte hervorragende Burgtheatergarde, als zum Bau des neuen Burgtheaters kam, allgemein den Wunsch aussprach, der Saal möge genau dem Wiener Stadttheater nachgebildet werden, weil dieses die Bedingungen für die intime Wirkung des Schauspiels voll erfülle. Das Deutsche Volkstheater kann als der siegreiche Typus des modernen Theaterbaues gelten. Das nach den durch Richard Wagner und Gottfried Semper festgestellten Ideen von Bruckwald in Bayreuth geschaffene, 1500 Sitzplätze umfassende Haus kann daneben als Festspielhaus in Geltung bleiben, für ein Volkstheater mit einem Fassungsraum von beiläufig 2000 Personen reicht diese Form jedoch nicht aus. Wollte man eine so große Personenanzahl auf einem einzigen Planum unterbringen, so bekäme dieses so beträchtliche Dimensionen, daß die Flüsterstimme oder das Mienenspiel des Künstlers nimmermehr hätten den Zuschauer wirkungsvoll erreichen können. Die Bühne hätte, um auch von den Seitenplätzen des gegen rückwärts übermäßig verbreiterten Saales übersehen zu werden, nur eine geringe Tiefe erhalten können; und endlich will auch das Publikum, das nach vollbrachter Tagesarbeit sich abends im Theater zusammenfindet, unter sich in anregender Beziehung bleiben, mitunter nicht nur sehen, sondern auch gesehen werden. Das Deutsche Volkstheater erhielt anstatt der früher zumeist üblich gewesen vier Ränge bloß zwei Ränge, die Masse des Publikums wurde außer im Parkett auf 2 großen Amphitheatern gegenüber der Bühne untergebracht und die Logen an die Seiten verlegt, wo ohnehin mehrfache Sitzreihen unzweckmäßig wären, endlich wurden hier zum erstenmal auch die Ränge, ähnlich dem Parterre, gegen die Bühne abfallend hergestellt. Die weitaus überwiegende Mehrzahl des Publikums, über 1700 Personen, sind gegenüber der Bühne und kaum 200 Personen seitlich untergebracht; der höchste Platz des letzten Ranges befindet sich nur 11,45 m über der Straße und ist in drei



Abb. 17. Komische Oper (Ringtheater) von Emil v. Förster.

Stiegenarmen zu erreichen, während im neuen Burgtheater, das bloß 1532 Personen faßt, der höchste Platz fast d o p p e l t so hoch, nämlich 20·1 m hoch, liegt und man nicht weniger als d r e i z e h n Stiegenarme überschreiten muß, um von ihm aus die Straße zu erreichen. Ähnlich behauptet sich das 1900 Personen fassende Deutsche Volkstheater auch gegen ausländische neue Theater; das Stadttheater in Köln faßt 1800 Personen und hat Plätze bis 21·15 m über der Straße; das Stadttheater in Nürnberg faßt nur 1421 Personen und hat Plätze bis 17·2 m über der Straße. Die geringere Höhenlage der Plätze ist nicht nur wichtig für das gute Sehen und Hören sowie für die innigere Beziehung der Künstler zum Publikum, sondern auch für die ästhetische Wirkung des gesamten Bühnenbildes, da dieses unter einem möglichst flachen Schinkel erfaßt werden soll. Von allergrößter Wichtigkeit ist aber diese verringerte Höhenlage für die Sicherheit des Publikums, da dieses im Falle einer Gefahr so rasch wie möglich zur Straße hinabgelangen muß. Die Ringtheater-Katastrophe vom 8. Dezember 1881 wäre gewiß minder grauenhaft verlaufen, wenn das von der Panik ergriffene Publikum sich auf minder hoch gelegenen Plätzen befunden und rascher hätte ins Freie gelangen können. Der Beweis, daß der im Deutschen Volkstheater geschaffene Typus allgemein Beifall gefunden und sich als nachahmenswert bewährt hat, scheint wohl auch dadurch erbracht, daß einerseits der feinfühligste Theaterfachmann Baron Berger, als er das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg von den beiden Meistern Fellner und Helmer erbauen ließ, das

strikte Verlangen stellte, den Theatersaal genau so wie jenen des Deutschen Volkstheaters in Wien zu gestalten, und daß andererseits die ganz gleiche Anordnung in verschiedenen, von anderen Meistern erbauten Schauspielhäusern Nachahmung fand. Die übrigen neuen, dermal bestehenden größeren Wiener Theater wurden sämtlich erst nach dem Deutschen Volkstheater erbaut, das Raimundtheater 1893 von Roth, die Volksoper 1898 von Baron Krauß und Graf, das Wiener Bürgertheater 1907 von Baron Krauß und Tölk, das Johann Strauß-Theater 1908 und das Neue Wiener Stadttheater 1914; sie sind um so zweckentsprechender, je enger sie sich an den von Fellner und Helmer geschaffenen Typus angeschlossen haben, in künstlerischer Beziehung ist darunter vor allem das Wiener Bürgertheater rühmlichst hervorzuheben. Das architektonisch sehr schöne, im Jahre 1874 von Emil v. Förster erbaute Ringtheater (Abb. 17) ist, wie bereits erwähnt, schon 1881 abgebrannt. Im Jahre 1873 vollendete Hasenauer die großartigen Weltausstellungsbauten, deren Hauptbestandteile die Rotunde, die Maschinenhalle, dermalen Lagerhaus der Stadt Wien, und die beiden Kunsthallen, heute noch schwer zu missen wären. Der großartige Zug der hoffnungsfreudigen Stadterweiterungszeit manifestierte sich auch in der Ausführung wahrer Faustideen, in der Semmeringbahn, in der Hochquellenleitung, in der Donauregulierung und in dem von dem Österreicher Negrelli ersonnenen schleusenlosen Suezkanal.

(Fortsetzung folgt.)

Wechselrede über Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung.

Abgeführt in gemeinsamen Versammlungen der Fachgruppe der Bau- und Eisenbahn-Ingenieure und der Fachgruppe für Elektrotechnik.

(Schluß zu H. 15.)

Diskussionsabend am 31. Jänner 1918.

Vorsitzender Oberbaurat Grünhut eröffnet die Versammlung, macht Mitteilung von einer den beteiligten Fachgruppen zugekommenen Einladung des Verwaltungsrates, zu dem dem Vereine am heutigen Tage zur Stellungnahme zugekommenen Gesetzentwurf über ein österr. Elektrizitätsgesetz ihre gutachtliche Äußerung abzugeben. Im Hinblick auf die bereits weit gediehene Diskussion des Gegenstandes innerhalb dieser Fachgruppen, welche in einer die idealen Forderungen der Techniker an ein solches Gesetz beinhaltenen Resolution Ausdruck zu finden hätte, glaubt Vorsitzender, von einem Abbruch der Wechselrede Abstand nehmen zu sollen, zumal der vom Vereine in jüngster Zeit eingesetzte, aus hervorragenden Fachleuten aller Richtungen gebildete Wasserwirtschaftsausschuß, an welchen die von den Fachgruppen angenommene Resolution zur weiteren Behandlung übermittelt werden dürfte, bei Behandlung des ihm zur Stellungnahme zugekommenen Gesetzentwurfes Gelegenheit haben wird, die zu fassende Entschliebung nach eigenem Ermessen, soweit es ihm tunlich scheint, zu verwerten.

Oberbaurat Ing. Engelmann legt den von ihm ausgearbeiteten Resolutionsentwurf vor.

Vorsitzender konstatiert die wesentliche sachliche Übereinstimmung beider mit dem Unterschiede, daß Engelmann in geschickter Weise die zusammengehörigen Postulate in 3 Gruppen zusammenfaßt und denselben jeweils eine kurze Erläuterung vorausschickt; Vorsitzender wird — nach punktwiser Durchberatung des ursprünglichen Entwurfes — keinen Anstand nehmen, diese letztere Fassung der Entschliebung an den Verwaltungsrat zu leiten. Der Vorsitzende ladet sohin die Anwesenden ein, in die Diskussion des Resolutionsvorschlages einzutreten.

Direktor Karel:

Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich Bedenken trage gegen die Fassung einer Resolution im gegenwärtigen Zeitpunkte und weil ich mich auch mit dem Inhalte der Resolution

nicht ganz einverstanden erklären kann. Ich bin der Debatte gefolgt, aber ich muß gestehen, daß sich dieselbe nicht gerade um den Inhalt der Resolution gedreht hat. Die Debatte war wohl sehr instruktiv, aber sie war nicht umfassend. Das Thema „Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung“ ist nicht erschöpfend behandelt worden. Im wesentlichen ist die Debatte auf die Elektrizitätsversorgung von Wien hinausgelaufen. Verschiedene der diesbezüglichen Projekte wurden von den Projektanten besprochen, keineswegs aber alle für Wien in Betracht kommenden Projekte und verhältnismäßig wenig war von der Elektrizitätsversorgung der weiteren Gebiete Österreichs die Rede.

Die Bedeutung der kalorischen Anlagen wurde eigentlich nur von den Herren besprochen, welche Wien mit Strom versorgen wollen, und das bezügliche Gesagte hat sich darauf beschränkt, Vergleiche zwischen der Wirtschaftlichkeit einer Wasserkraftanlage und eines mit Dampf betriebenen Großkraftwerkes, bzw. ganz speziell der Wiener städtischen Elektrizitätswerke, zu ziehen. Bei diesem Vergleiche ist mehr oder minder hervorgekommen, daß vor Eintritt des Krieges die Konkurrenz einer Großwasserkraftanlage mit einem in Wien befindlichen Dampfgrößkraftwerke wenig Aussicht auf Erfolg geboten hat, weil entweder keine Vorteile vorhanden waren oder dieselben doch so klein gewesen sind, daß angesichts der höheren Betriebssicherheit der Dampfanlage an einen Ersatz derselben durch elektrische Energie aus einem Wasserkraftwerke nicht gedacht werden konnte.

Bezüglich der Zukunft wurde nun so ziemlich allgemein als feststehend angenommen, daß sich die Verhältnisse zu Gunsten der Wasserkraftanlagen verändert haben dürften, doch muß ich anerkennen, daß sich auch hier insbesondere Herr Direktor Bröck eine sehr große Reserve auferlegt hat.

Ich möchte dem Gehörten hinzufügen, daß die Vergleiche zwischen einer Wasserkraftanlage und unserem städtischen Elektrizitätswerke in Wien auf den Betriebsdaten fußen, welche der Betrieb dieses vor 15 Jahren erbauten Elektrizitätswerkes

ergibt. In diesem Elektrizitätswerke sind gegenwärtig noch 30.000 PS in 3000-pferdigen Dampfmaschinen installiert, welche pro kWh 8·2 bis 9 kg Dampf brauchten, als sie neu waren, ferner eine Anzahl 10.000 PS-Dampfturbinen, deren Dampfverbrauch bei Vollast 7·2, bei $\frac{3}{4}$ Last 7·5 und bei $\frac{1}{2}$ Last 8 kg Dampf pro kWh beträgt, während unsere neueste 12.000 PS-Turbine bei Vollast einen Dampfverbrauch von 5·45, bei $\frac{3}{4}$ Last von 5·51 und bei $\frac{1}{2}$ Last von 5·7 kg Dampf hat. Diese neue Dampfturbine braucht um 20% weniger Dampf, sohin auch um 20% weniger Kohle als die Anlage, auf welcher der Vergleich fußt, denn die erwähnte neue Dampfmaschine ist erst kürzlich in Betrieb gelangt. Sie sehen, meine Herren, daraus, daß bei Ausrüstung einer Dampfzentrale mit diesen neuen Maschinen und neuen Kesseln die Wage wieder nicht unwesentlich zu Gunsten der kalorischen Anlage empor-schnellen würde. Hiezu kommt, daß, wenn auch die Arbeitslöhne, die ja bei der Dampfanlage unverhältnismäßig mehr ausmachen als bei einer Wasserkraftanlage, nach dem Kriege zwar nicht sinken werden, dennoch die Gesamtlohnauslagen, welche wir gegenwärtig haben, sich vermindern werden um die Kosten des eingerückten Personals, d. s. ungefähr 50% unserer Leute, die wir trotz ihrer Einrückung, wenn auch nicht voll, bezahlen; erspart werden auch noch die verschiedenen Aushilfen und die Unkosten der Lebensmittelbeschaffung. Das Gleiche wird im Kohlenbergbau der Fall sein, hier sind die Kosten der Lebensmittelbeschaffung für die Bergarbeiter ganz ungeheuer, und wenn auch die Löhne nicht sinken werden, so werden nach dem Kriege langsam diese Kosten entfallen. Billiger wird auch das Grubenholz werden, welches gegenwärtig 6 bis 7 mal so viel kostet als in der Friedenszeit. Hiezu kommt weiters, daß die Arbeitsleistung des Einzelnen im Bergbau ungefähr um 30% gesunken ist. Diese 30% werden im Frieden wieder eingeholt werden und die kalorischen Werke werden überdies im Frieden wieder Qualitätskohle erhalten, während die heute von ihnen empfangene Kohle um 10 bis 20% schlechter ist als die im Frieden bezogene. Trotz Kohlensteuer werden deshalb im allgemeinen die Aufwendungen für die Kohle pro kWh wieder beträchtlich niedriger sein als heute und ebenso, wie ich schon bemerkte, auch die Kosten für die Löhne pro kWh. Inwieweit, alles in allem genommen, die Großwasserkraftwerke den mit Dampf betriebenen Großkraftwerken überlegen sein werden, läßt sich also heute gewiß nicht beurteilen. Man wird aber nicht fehl gehen, wenn man allzulange Fernleitungen auch bei Wasserkraftanlagen ausschließt. Auch Reichsrat v. Miller hat bei seinem Vortrage im Ingenieurverein darauf hingewiesen und im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit wenigstens vorläufig kürzere Leitungen empfohlen.

Auf dieser erwähnten, doch wohl nicht umfassenden Debatte fußend, nimmt die Resolution auch nur auf Wasserkraftanlagen Bezug, als ob für die Elektrizitätswirtschaft nur diese in Betracht kämen. Ich bestreite keineswegs die Wichtigkeit des Ausbaues der Wasserkräfte, insbesondere unserer alpenländischen Wasserkräfte, ich bestreite auch nicht die Notwendigkeit der möglichsten Beschleunigung dieses Ausbaues, u. zw. schon vom Standpunkte der Kohlenersparnis aus, sind doch gerade die Alpenländer sehr arm an Kohle und die für den Betrieb der dortigen Industrie und der Eisenbahnen nötige Kohle muß weither zugeführt werden, wodurch der Kohlenverbrauch dieser Länder auch noch mit jenen Kohlen belastet ist, die für die Zufuhr aufgewendet werden müssen, weshalb die Elektrisierung der Alpenbahnen und die Deckung des bodenständigen Bedarfes jener Gegenden, in welchen sich Wasserkräfte befinden, zu allererst durch den Ausbau von Wasserkraften zu befriedigen sein wird.

Meine sehr geehrten Herren! Wir verfügen aber keineswegs über einen unendlich großen Schatz an Wasserkraften, mit dem verschwendet werden darf, und dürfen uns über das Ausmaß der Kohlenersparnis, welches durch den Ausbau der Wasserkräfte erzielt werden kann, keinen Täuschungen hingeben. Aus einer Schrift unseres verstorbenen Dr. Walter Conrad über die kaufmännische Bedeutung der österreichischen Alpenwasserkräfte ist zu entnehmen, daß der Ausbau der ausbauwürdigen Alpenwasserkräfte uns etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. Turbinen-PS bringen würde. Diese Kraftmenge würde uns im besten Falle etwa $\frac{1}{3}$ unserer derzeitigen Kohlen-

produktion ersparen und ungefähr der Produktionssteigerung an Kohle in den Jahren 1904 bis 1908 entsprechen. Dies zeigt, daß, wenn wir zu einer rationellen Volkswirtschaft gelangen wollen, es nicht nur nötig ist, daß die Wasserkräfte ausgebaut werden, sondern es muß auch gleichzeitig die Erschließung neuer Kohlenlager, die Verwendung schon aufgeschlossener minderwertiger Kohlenlager und einzelner minderwertiger Kohlenflöze in den vorhandenen Bergbauen und die rationelle Verwertung aller Abfälle aus der Kohlenproduktion, der Wäscheberge, Schlämme und Klaubberge, sowie die größte Wirtschaftlichkeit bei der Verwendung der gewonnenen Kohle angestrebt werden. Späterhin wird es wohl auch nötig sein, jene Wasserkräfte auszubauen, die wir heute noch nicht als ausbauwürdig bezeichnen können; aber das wird erst in einem Zeitpunkte nötig sein, wo solche Wasserkräfte im Konkurrenzkampfe mit kalorischen Anlagen werden bestehen können. Ich glaube nicht, daß dies heute schon der Fall ist, denn wenn sich auch die Betriebskosten der kalorischen Anlagen verteuert haben, so werden sich auch die Gesteungskosten der Wasserkraftanlagen entsprechend verteuern, ganz abgesehen davon, daß dem technischen Fortschritte bei den kalorischen Anlagen noch ein unendlich großes Gebiet offensteht hinsichtlich der Verbesserung des kalorischen Wirkungsgrades, während die Wirkungsgrade von Wasserkraftmaschinen, bzw. deren Wirtschaftlichkeit nicht mehr wesentlich gesteigert werden können.

Meine Herren! Das Arbeitsministerium hat den Kohlenverbrauch Österreichs in den letzten Jahren zusammengestellt. Der Herr Berghauptmann von Wien war so gütig, mir die Ziffern für das Jahr 1916 zur Verfügung zu stellen. Aus ihnen ist zu ersehen, daß

die Eisenindustrie	9,910.000 t,
die Eisenbahn- und Schiffahrt	6,116.000 t,
der Bergbau	4,113.000 t,
die Lebensmittelindustrie	1,494.000 t,
die chemische Industrie	1,338.000 t,
die Papier- und Pappe-Fabriken	514.000 t,
die Landwirtschaft	365.000 t,
die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke	1,791.000 t,
die Sanitätspflege	228.000 t,
der Hausbrand	7,578.000 t,
die Armee	400.000 t,
die alpinen Salinen	113.500 t,
und außerdem die Industrie an Auslandskohle	8,039.500 t,
zusammen	42,000.000 t

verbraucht haben. Von den im ganzen verbrauchten 42 Mill. t macht der Verbrauch der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke nur 4·264% aus; hievon dürfte auf die Elektrizitätswerke $\frac{1}{3}$ entfallen, also 1·421%. Die Hauptkohlenverbraucher sind die Eisenindustrie, der Hausbrand, die Eisenbahnen und Schiffahrt und der Bergbau. Die Ziffern zeigen, daß an einen Ersatz der Kohle durch aus Wasserkraften gewonnene elektrische Energie im großen Maßstabe nicht gedacht werden kann, u. zw. darum, weil einerseits ein großer Prozentsatz der Kohle als Rohmaterial verwendet wird, andererseits aber der Großteil der dann noch übrig bleibenden Kohle nicht in Kraft, sondern in Wärme umgesetzt wird.

Wenn wir mit der Kohle sparen wollen, bzw. den Kohlenverbrauch auf das wirklich notwendige Ausmaß herabdrücken sollen, dann müssen wir, abgesehen von dem Ausbau der Wasserkräfte, in erster Linie trachten, die Kohlen rationeller zu verwerten. Hiezu ist es nötig, die Kohle nicht wie bisher unwirtschaftlich zu verbrennen, insbesondere nicht die Braunkohlen, sondern die Kohlen zu vergasen und ihre Nebenprodukte, also Ammoniak, Schwefel und Teer, zu gewinnen, deren Gewinnung, wie Sie wissen, ja nicht nur jetzt im Kriege, sondern auch im kommenden Frieden eine bedeutende Rolle spielen wird.

In zweiter Linie muß eine Zentralisierung der Wärme- und Kraftversorgung durch kalorische Überlandzentralen stattfinden, welche nicht nur elektrische Energie liefern, sondern auch die Versorgung mit Heizgas übernehmen müssen. Es wird sich hier voraussichtlich um eine vollständige Vergasung, nicht aber um die

Entgasung der Kohle, wie sie in den Gasanstalten geübt wird, handeln, welche gestattet, ein ziemlich hochwertiges Heizgas zu erzeugen.

Ich will hier gar nicht eingehen auf die neuen Verfahren über die Herstellung von Doppelgas und von Trigas, weil diese Verfahren praktisch denn doch nicht erprobt sind und die behaupteten günstigen Resultate, insbesondere die Erzeugung eines Heizgases von 3000 cal doch erst durch den praktischen Betrieb bewiesen werden müßten. Aber die Nebenproduktengewinnung hat wirtschaftlich neue Gesichtspunkte ergeben; insbesondere die Verwendung des Braunkohlenteers, aus dem man ebensoviel Schmiermittel wie auch Schweröle gewinnen kann, deren Gewinnung mit Rücksicht auf den steigenden Bedarf des Automobil- und Flugzeugwesens sowie den Übergang von der Kohlenheizung zur Schwerölheizung in der Kriegsmarine und wohl auch in der Handelsmarine beträchtliche Aussichten besitzt.

Je mehr Stickstoff in Form von Ammoniak man aus den Kohlen erzeugen wird, destoweniger braucht die Kalkstickstoffindustrie solchen zu erzeugen; letztere aber benötigt zur Abbindung von 1 kg Stickstoff ungefähr $2\frac{1}{2}$ kg Koks, was $3\frac{1}{2}$ kg Steinkohle entspricht. Da man nun bei Vergasung der Braunkohlen pro t etwa 30 kg Ammoniumsulfat, bezw. 6 kg gebundenen Stickstoff erhält, so erspart man bei der Vergasung jeder t Braunkohle unter Gewinnung der Nebenprodukte 20 kg Steinkohle, die zur Kalkstickstoffherzeugung nötig sind.

Die Methode der Vergasung hat den Vorteil, daß sie gestattet, an die Ausnützung minderwertiger Kohlen heranzugehen, und ich hoffe, daß wir es bald erleben werden, daß die zahlreichen Lager minderwertiger Kohlen, die wir in Österreich besitzen, einer baldigen Verwertung zur Elektrizitätserzeugung auf dem Wege der Vergasung mit Nebenproduktengewinnung zugeführt werden.

Die Methode der Vergasung wird es aber auch ermöglichen, in schon bestehenden Stein- und Braunkohlenbergwerken die Rückstände bei der Kohlengewinnung, die Kohlenschlämme, den Staub und die Klauberger, die heute unverwertbar sind und in normalen Zeiten wenigstens auf die Halde wandern, sowie viele minderwertige Flöze von geringerem Kaloriengehalt oder starker Verunreinigung, die heute gar nicht abgebaut werden, abzubauen und zur Elektrizitätserzeugung zu benützen.

Es ist also nicht nur der Ausbau der Wasserkräfte nötig, um Kohle zu sparen, sondern auch die Erschließung und Verwendung aller, u. zw. auch der minderwertigsten Kohlenvorkommen für Zwecke der Elektrizitätserzeugung und die Errichtung von kalorischen Großkraftwerken an den Gewinnungsstätten solcher Kohlen, ferner die Errichtung von solchen Großkraftwerken in den heute schon bestehenden Bergbauen, weil da nicht nur die Kohlenfracht erspart, sondern auch die Verwendung der Kohlenabfälle und minderwertigen Kohlenarten ermöglicht wird, und endlich ganz allgemein die möglichste Einschränkung der direkten Kohlenfeuerung und ihr Ersatz durch Gasfeuerung. Schließlich soll besonderer Wert gelegt werden auf die Gewinnung der Nebenprodukte, insbesondere des gebundenen Stickstoffes und des Teeres, da solcherart nicht nur die für die Stickstoffgewinnung nötigen erheblichen Kohlenmengen freigemacht werden, sondern überdies die in der Kohle vorhandenen wertvollen Stoffe möglichst vollständig für die Volkswirtschaft gewonnen werden können.

Ich glaube, meine sehr geehrten Herren, daß Sie aus dem eben Gesagten zur Überzeugung gekommen sind, daß die Resolution doch auch auf die kalorischen Anlagen Rücksicht nehmen müßte.

Ich bin aber der Ansicht, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt von der Beschlußfassung über eine Resolution überhaupt absehen sollten. Wie Sie wissen, meine Herren, hat die Regierung einen Gesetzentwurf über die Regelung der Elektrizitätswirtschaft fertiggestellt und wird ihn vermutlich schon innerhalb weniger Tage dem Parlamente überreichen. Dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, in welchem für den Ingenieur- und Architekten-Verein die Notwendigkeit erwächst, zum Gesetzentwurfe Stellung zu nehmen und das Parlament in seinem Sinne zu beeinflussen.

Die Ihnen vorgeschlagene Resolution enthält eine Anzahl von Vorschlägen, insbesondere bezüglich der gemischtwirtschaft-

lichen Unternehmungen und der Elektrizitätsförderung des Staates durch die Gewährung finanzieller Hilfe, für welche ebensoviel wie für die Verleihung von Wasserkraftkonzessionen und für das von der Elektrizitätsindustrie geforderte Wege- und Enteignungsrecht der Staat wohl gewisse Kompensationen in Anspruch nehmen wird, u. zw. umsomehr, als er, wie ja bereits bekannt ist, auf die vorläufige Durchführung eines Staatsmonopols für die Elektrizitätserzeugung oder doch wenigstens für die Ausnützung der Wasserkräfte zu verzichten entschlossen ist. Wir können heute nicht beurteilen, was für Gegenforderungen der Staat für die gewährte Hilfe in Anspruch nehmen wird. Die Resolution müßte diesbezüglich eigentlich Vorschläge erstatten, wenn anders sie geeignet sein sollte, die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften entsprechend zu beeinflussen.

Den Elektrizitätswurf, meine Herren, kennen nur die wenigsten unter uns, denn die Regierung hat ihn nur einigen wenigen Personen zur Begutachtung vorgelegt. Wir können also nicht ermitteln, welche Folgen unsere Vorschläge nach sich ziehen werden.

Deshalb halte ich es für angezeigt, mit der Schlußfassung über die Resolution zuzuwarten, bis das neue Elektrizitätsgesetz bekannt ist, und stelle deshalb den Antrag, daß die Schlußfassung über die Resolution bis zu diesem Zeitpunkt zu vertagen ist.

Für den Fall aber, daß Sie, meine sehr geehrten Herren, diesem meinem Vorschlage nicht zustimmen gewillt sein sollten, muß ich mir vorbehalten, zu den einzelnen Punkten der Resolution Abänderungsanträge zu stellen.

Hofrat Grohmann wünscht, daß dem Resolutionsentwurfe eine eingehende, zur Aufklärung weitester Kreise der Öffentlichkeit bestimmte Begründung über den wirtschaftlichen Effekt der geplanten Aktion zur Ausnützung der Wasserkräfte vorausgehe.

Ing. Tobell wünscht die ausdrückliche Hervorhebung dessen, daß den einzelnen Bestandteilen der Wasserwerksanlagen das Recht der Enteignung, bezw. Servitutsbelegung landwirtschaftlicher Grundstücke zuzusprechen ist und daß diese Zwangsrechte für den Ausbau aller, auch kleiner Gefällsstufen und nicht nur der „ausbauwürdigen“ Gefälle, wegen der Dehnbarkeit dieses Begriffes, angesprochen werde.

Zivilingenieur Hirschmann bespricht die Frage der Monopolisierung der Wasserkraftnutzung und hebt hervor, daß in erster Linie unsere Verwaltung reorganisiert werden müßte, um die Vorbedingungen für ein Gelingen des anzustrebenden Staatsmonopols zu schaffen. An Stelle von Bürokraten und Juristen müßten tüchtige Ingenieure, die sowohl im Staats- als auch im Privatdienst zu finden sind, in allen Wirtschaftsfragen das entscheidende Wort sprechen. Dieser Grundsatz müßte schon bei Aufstellung des Generalwirtschaftsplanes unbedingt verwirklicht werden.

Unter der Voraussetzung, daß die Verwaltung auf technische Grundlagen eingestellt und der Bürokratismus moderner Geschäftsführung platzmachen würde, hält er das Vollmonopol für das anstrebenswerteste, volkswirtschaftlich richtige System und stellt den Antrag, Punkt 6 und 7 durch nachfolgende Fassung zu ersetzen: „Die Wasserkräfte sowie die Fernleitungen, Haupttransformatorenanlagen, dann die Mittelspannungsnetze sollen in der Regel vom Staate unter Beteiligung der Länder und Gemeinden ausgebaut und bewirtschaftet werden.“

Staatsbahnrat Mauthner führt auf Grund eigener Erfahrungen aus, daß rein staatliche Betriebe nicht rentabel sein können, und belegt dies mit den unbefriedigenden Ergebnissen der verstaatlichten, vormals privaten Bahnbetriebe.

Direktor Karel glaubt, daß dem Staate für seine finanzielle Beteiligung an den Elektrizitätsunternehmungen weitgehende Kompensationen einzuräumen sein werden.

Vorsitzender verweist darauf, daß die gemischtwirtschaftliche Form der Elektrizitätsunternehmungen im Hinblick auf die Befristung und den nachmaligen Anheimfall der Konzession die beste Vorbereitung für den allerdings erst nach einer längeren Übergangszeit eintretenden reinen Staatsbetrieb und das Staatsmonopol der Wasserkräfte bietet.

Direktor Rosshaendler findet es unangebracht, mit Schlagworten zu arbeiten. Die gemischtwirtschaftliche Form der Elek-

trizitätsunternehmen mit staatlicher Beteiligung ist geeignet, allen Ansprüchen zu genügen und dabei den Ausbau der Wasserkräfte mächtig zu fördern.

Vorsitzender läßt über die einzelnen Punkte des Resolutionsentwurfes und über die bezüglichen Modifikationsanträge abstimmen und konstatiert hierauf die Annahme der Entschliebung mit folgendem, dem Engelmännischen Vorschlage angepaßtem Wortlaute.

Resolutionsentwurf.

I. Die Erschließung der Wasserkräfte sowie die Zusammenfassung der kalorischen Kraftquellen zwecks gemeinsamer Verwertung zur wirtschaftlichen Kraftversorgung der heimischen Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft ist in Anbetracht der außerordentlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Aktion unverweilt in Angriff zu nehmen.

1. Es erscheint vor allem erforderlich, mit Beschleunigung einen Generalwirtschaftsplan aufzustellen, der:

- a) eine approximative Ermittlung des Energiebedarfes aller Zweige des heimischen Wirtschaftslebens unter Bedachtnahme auf seine weitestgehende Entwicklung enthält, worin sowohl die Bedürfnisse der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft als auch jene des Städtewesens und der Verkehrseinrichtungen voll zu berücksichtigen sind;
- b) die ausbauwürdigen (Groß-)Wasserkräfte, die bestehenden und noch auszubauenden Wärmekraftanlagen (insbesondere in Kohlenbecken), die hydraulischen und kalorischen Spitzendeckungsanlagen;
- c) die Leitungsstränge für die Fernleitungen und
- d) die erforderlichen Haupttransformatorenwerke umfaßt.

2. Die Verwertung jeder ausbauwürdigen Wasserkraft und aller bisher unausgenützten Kohlenlager ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

3. Beim Ausbau der Wasserkräfte und bei der Bestimmung des Energieentzuges sind sowohl die Erhaltung klagloser Zustände an den Entnahmestellen als auch die Interessen der Schifffahrt zu gewährleisten.

4. Eine allgemeine Energieversorgung hat durch den planmäßigen Ausbau und die Verbindung von hydraulischen und kalorischen Großkraftwerken zu erfolgen. Dort, wo ausbauwürdige Wasserkräfte oder Kohlenlager zur Verfügung stehen, ist an die Erschließung dieser Kraftquellen zu schreiten. Auch in den bestehenden Kohlenbergwerken ist die Ausnützung der Abfälle und minderwertiger Flöze zur Elektrizitätserzeugung in die Wege zu leiten.

5. Zum Zwecke der Kraftverteilung sind Fernleitungen hoher Spannung, die die Kraftquellen verbinden und zur Über-

tragung großer Energiemengen auf weite Entfernungen geeignet sind, zu erbauen.

II. Für die wirtschaftliche Durchführung der vorliegenden Frage haben folgende Richtlinien zu gelten:

- a) Der Ausbau der im Rahmen des Generalplanes gelegenen hydraulischen und kalorischen Großkraftwerke und der Fernleitungen ist seitens der Staatsverwaltung mit allen Mitteln zu fördern.
- b) Es ist wünschenswert, daß sich beim Ausbau unserer Elektrizitätswirtschaft der Staat, die Länder und sonstige autonome Körperschaften beteiligen, insbesondere auch beim Bau der Fernleitungen und Haupttransformatorenanlagen sowie der Mittelspannungsnetze, wobei es sich empfiehlt, von der Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen im Interesse des baldigen Zustandekommens der geplanten Anlagen Gebrauch zu machen.
- c) Vorerst sind jene im Rahmen des Generalwirtschaftsplanes gelegenen volkswirtschaftlich bedeutenden Anlagen und Leitungen auszubauen, die am ehesten der Verwirklichung zugeführt werden können.
- d) Zur Unterstützung der privaten Unternehmungstätigkeit ist auch die Entstehung der vornehmlich zur Deckung des Energiebedarfes dienenden elektrischen Anlagen, insofern deren Energiebezug nicht gleich wirtschaftlich aus den Netzen der Großkraftwerke gedeckt werden kann, tunlichst zu fördern.

III. Um das Verfahren zur Durchführung der Konzessionierung von Kraft- und Leitungsanlagen zu vereinheitlichen und möglichst abzukürzen, sind:

- a) die im administrativen Verfahren über die Genehmigung von Wasserkraft-, Wärme-, Großkraft- und Leitungsanlagen erforderlichen Verhandlungen in gewerberechtlicher, baugewerblicher und wasserrechtlicher Beziehung tunlichst unter einem in einheitlichem Verfahren durchzuführen. Zu diesem Behufe ist die ressortmäßige Zuständigkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in allen die Konzessionierung, den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen und Wärme-Großkraftanlagen und Fernleitungen betreffenden Angelegenheiten gesetzlich festzulegen;
- b) sämtliche Agenden der Wasserwirtschaft und des Elektrizitätswesens in dem gedachten Ministerium zu konzentrieren.

Zum Schlusse dankt der **Vorsitzende** auch namens des Herrn Obmannes der Fachgruppe für Elektrotechnik allen Vereinskollegen für das in der Behandlung des Gegenstandes gezeigte rege Interesse und dankt insbesondere dem hauptsächlichsten Träger der Diskussion, Herrn Direktor Rosshandler, für seine von großer Initiative und hervorragendem Können zeugenden Ausführungen.

Vereinsangelegenheiten.

Verhandlungsschrift über die 20. Wochenversammlung am 6. April 1918.

Vorsitzender: Vizepräsident Professor Ing. Heinrich Wagner.

Schriftführer: Staatsbahnrat Ing. Rudolf Schanzer.

Der **Vorsitzende**: „Ich eröffne die heutige Versammlung in Vertretung unseres hochverehrten Präsidenten und heiße Sie herzlich willkommen. Präsident Oberbaurat Baumann liegt leider seit nahezu zwei Wochen krank danieder; er bittet mich, Ihnen seine herzlichsten Grüße zu übermitteln. Ich entspreche gewiß dem Empfinden der gesamten Versammlung, wenn ich in unser aller Namen die Erwidmung dieser Grüße mit dem Wunsche für baldigste vollkommene Wiederherstellung unseres hochverehrten Präsidenten verbinde.“

Der **Vorsitzende** begrüßt hierauf zunächst den Vortragenden k. u. k. Geh. Rat Exz. Ing. Dr. Wilhelm Exner und richtet dann eine spezielle Begrüßung an die Exzellenzen Eisen-

bahnminister Dr. Freih. v. Banhans, FML. v. Kiss (in Vertretung des Herrn Kriegsministers), Minister a. D. Freih. v. Engel, Minister a. D. Ing. R. v. Ritt, Minister a. D. Ing. Dr. Freih. v. Trnka; ferner an den Chef der Marinesektion Konteradmiral Holub und Konteradmiral Teichgräber. Entschuldigungen waren eingelaufen von den Ministern Exzellenzen Ing. R. v. Homann, Grafen Toggenburg und Dr. Freih. v. Wieser.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß die Denkschrift unseres Vereines, betreffend die Gewährung von Studierenerleichterungen für Kriegsteilnehmer, seitens des Rektorates der Wiener Technischen Hochschule mit einer Zuschrift beantwortet worden ist, in welcher die Bemühungen unseres Vereines mit wärmstem Danke anerkannt werden.

Das k. k. Eisenbahnministerium hat unseren Verein zu einer zweiten Rücksprache, betreffend den Umbau des Wiener Westbahnhofes, eingeladen. Diese Besprechung mußte jedoch wegen Erkrankung unseres Präsidenten Oberbaurates Baumann bis auf weiteres verschoben werden.

Ing. I. Trauzl hat anlässlich der Übermittlung der für ihn bestimmten Ehrenkassette folgendes Schreiben an das Präsidium gerichtet:

„Hochgeehrter Herr!

In Erwidrung des geschätzten Schreibens vom 26. März d. J. danke ich unserem geliebten Vereine wärmstens für die mir übermittelten Wünsche und Grüße und das mir gewidmete Ehrenkästchen und Ihnen, geehrter Herr Präsident, und den Herren Kollegen, die mir durch Übersendung ihrer Karten eine große Freude bereiteten, für die Glückwünsche und Grüße zu meiner Jubelfeier.

Mit den wärmsten Wünschen für das Gedeihen und die Zukunft unseres, für die Gesamtheit unseres Standes, für jedes seiner Mitglieder und für wichtige Staatsinteressen so hoch bedeutsamen Vereines bin ich in vorzüglicher Hochachtung ergebenst

I. Trauzl.“

Der Vorsitzende gibt das folgende Ergebnis der in der Hauptversammlung am 23. v. M. vorgenommenen Wahl von 6 Verwaltungsräten mit 2-jähriger Geschäftsdauer bekannt: Es erscheinen gewählt: Direktor Ing. Richard Jirétz, Oberbergrat Ing. Franz Kieslinger und Professor Arch. Franz Freih. v. Krauß mit 131, Oberstaatsbahnrat Ing. Emil Engel mit 130, Baurat Ing. Richard Brabbée und Hofrat Professor Ing. Julius Marchet mit 129 Stimmen.

Die Fachgruppe für Architektur, Hochbau und Städtebau hat in der Versammlung am 26. v. M. die Neuwahl ihres Ausschusses vorgenommen und berufen: Oberbaurat Arch. Julius Deininger zum Obmann, Dozenten Dr. Dagobert Frey zum Obmann-Stellvertreter, Arch. Klemens Holzmeister und Bauinspektor Arch. Friedrich Jäckel zu Schriftführern, Arch. Karl Hoffmann zum Säckelwart, Baukommissär Arch. Rich. Ferge, Arch. Emil Hoppe, Baurat Professor Arch. Franz Freih. v. Krauß, Arch. Siegfried Theiß und Bauoberkommissär Ing. Paul Vučnik zu Ausschußmitgliedern.

Die Fachgruppe für Photographie und Reproduktionstechnik hat in der Versammlung am 27. v. M. die Neuwahl ihres Ausschusses vorgenommen. Es wurden gewählt: Regierungsrat Ing. Viktor Hölbling zum Obmann, Oberst Ing. Anton Schindler und Patentanwalt Ing. Viktor Tischler zu Obmann-Stellvertretern, Bauoberkommissär Ing. Emil Weinberger und Ing. Alfons Bollmann zu Schriftführern, Baurat Ing. Dr. M. Romanowicz zum Kassier, Baurat Ing. Theodor Binder, Bauoberkommissär Ing. Dr. Ewald Bing, Staatsbahnrat Ing. Otto Budinsky, Baukommissär Arch. Dr. Theodor Kovacs, Professor Arch. Othmar v. Leixner, Regierungsrat Ing. Josef Mumb, Baurat Ing. Johann Reißig und Zivilingenieur Ing. Dr. Josef Rothmüller zu Ausschußmitgliedern.

Der Vorsitzende ersucht nun Se. Exzellenz k. u. k. Geh. Rat Ing. Dr. Wilhelm Exner, den angekündigten Vortrag halten zu wollen: „Über die seit der Einführung der Staatsverwaltung auf das Versuchswesen in Österreich neugeschaffenen Versuchsanstalten“.

Der Inhalt dieses meisterlichen Vortrages, welcher die vollste Aufmerksamkeit der Zuhörer während einer Zeitdauer von $1\frac{1}{4}$ h festhielt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wird den Grundzügen nach in dem nächsten Hefte der „Zeitschrift“ wiedergegeben werden.

Vizepräsident Professor Wagner: „Se. Exzellenz der Herr Präsident des technischen Versuchsamtes hat uns heute in lichtvoller und gewohnt formvollendeter Rede einen klaren Überblick über die Neuschaffungen auf dem Gebiete des technischen Versuchswesens in Österreich gegeben, an welchen ihm selbst — dem Organisator des ganzen Versuchswesens — das maßgebendste Verdienst zuzuschreiben ist. Wir sind Sr. Exzellenz für diese interessanten Ausführungen zu größtem Danke verpflichtet und danken auch besonders für die freudige Mitteilung, daß die Schaffung der Akademie der technischen Wissenschaft in Bälde zu erwarten ist.“ (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schluß der Versammlung: 8^h 30^m.

Ing. Schanzer.

Geschäftliche Mitteilungen des Vereines.

TAGESORDNUNG

der 22. (Wochen-) Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 20. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Ing. Otto Hlouschek, o. ö. Professor der deutschen Technischen Hochschule in Prag: „Vereinheitlichungsbestrebungen im Maschinenbau“ (Lichtbilder).

TAGESORDNUNG

der 23. (Wochen-) Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 27. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Hofrat Ing. Julius Marchet: „Über technisch-wirtschaftliche Staatsnotwendigkeiten auf dem Gebiete der Urproduktion“.

Nach diesen Versammlungen gesellige Zusammenkunft in den Klubräumen; Anmeldefrist für das Abendessen (Brot- oder Mehlmarken mitbringen) bis Freitag abends 6^h. Spätere Anmeldungen können seitens der Vereinskasse nicht mehr angenommen werden.

Fachgruppe für Vermessungswesen.

Montag den 22. April 1918, abends 6 Uhr.

1. Bericht des Fachgruppenausschusses.
2. Neuwahl des Obmannes und des Fachgruppenausschusses.
3. Vortrag, gehalten von Oberinspektor Anton Tichy: „Entwicklung eines paradoxen Begriffes von Triangulierung erster Ordnung“.

Dienstag den 30. April 1918, 6^{1/2} Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Generalmajor Karl Korzer: „Neuordnung des staatlichen Vermessungswesens in Österreich nach dem Kriege“.

Volksbildungshaus Wiener Urania.

I. Uraniastraße 1.

Dienstag den 23. April 1918, 1/28 Uhr abends (kleiner Saal).

Vortrag von Oberstaatsbahnrat Dozenten Ing. Dr. Rudolf Sanzin: „Dr. techn. Karl Gölsdorf“ (Der Schöpfer des neuzeitlichen Lokomotivbaues in Mitteleuropa).

Danksagung.

Krankheit verhindert mich, jedem Einzelnen für seinen Glückwunsch anlässlich meiner 50 jährigen Mitgliedschaft zu danken; ich danke daher hier Ihnen allen zugleich und wünsche, Sie mögen noch weit länger als 50 Jahre und im besten Wohlbefinden Mitglied unseres schönen Vereines sein können.

Josef Popper-Lynkeus.

Persönliches.

Der Kaiser hat dem k. k. Herzog, Hofrat i. R. Ing. Karl Schnack Edl. v. Herboszeg, in Anerkennung vorzüglicher Dienstleistung im Eisenbahnkriegsverkehr, die Kriegsdekoration zum Komturkreuze des Franz Joseph-Ordens mit dem Sterne verliehen.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Bericht über die Wochenversammlung am 16. März 1918 (H. 13, S. 156, linke Spalte) soll es betreffs des Ergebnisses der Vorsprache bei Sr. Exzellenz dem Herrn Eisenbahnminister richtig heißen, daß die Verbesserung der Anstellungs- und Vorverhältnisse der in den letzten Jahren bei den k. k. Staatsbahnen neu aufgenommenen Bauingenieure bereits in die Wege geleitet erscheint (nicht scheint).

Sprechstunden des Schriftleiters.

Von nun ab ist der Schriftleiter an jedem Mittwoch und Samstag in der Zeit von 6 bis 7^h abends im Vereinshause (III. Stock) anzutreffen.

Die Francisco-Josephinische Zeit der Wiener Architektur.

Von k. k. Oberbaurat Arch. Alois v. Wurm=Arnkreuz.

(Fortsetzung zu H. 16.)

II.

Wie in allen Künsten traten in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Klassikern, welche den reinen idealen Hellenismus predigten und in den Bauten der Akropolis das allein anzustrebende Ideal sahen, die Romantiker schroff entgegen, die für die ebenso mystische als realistische Gotik schwärmten, welcher Stil schon zur Zeit der wider den klassizistischen Napoleon geführten Befreiungskriege als nationalgermanisch erklärt wurde. Aber auch sie schufen sich im Geiste ihrer Zeit ein allein anzustrebendes Ideal im Kölner Dom. Der Geist der Architektur ist jedoch nicht in einem feststehenden Ideal zu sehen und auch nicht in einem allgemein gültigen Typus, nicht in Einzwängung in ein für alle Fälle geschaffenes Modell, sondern in der Erfüllung und Idealisierung spezieller Aufgaben auf Grund einer traditionellen Entwicklung. Schon Hegel hielt den Zukunftsstil für eine Synthese der Antike und der Gotik. Die Karikaturen, wie sie beispielsweise in der Mitte des vorigen Jahrhunderts an einigen Münchener Bauten in dem vom Hofe befohlenen „Neuen Stil“ durch rohe Vermengung einander widersprechender Stilelemente hervorgebracht wurden, dürfen uns nicht hindern, diesen Grundgedanken in tieferer Weise zu erfassen. Die großen Wiener Meister, die teils von der Antike, teils von der Gotik, teils von der Renaissance ausgegangen waren, näherten sich einander immer mehr und mehr, u. zw. zumeist unbewußt, indem ein sie verbindender gemeinsamer, in der Zeit gelegener Zug auch in formaler Beziehung in ihnen umbildend wirkte und so die Gegensätze der verschiedenen Stile auf natürlichem Wege milderte.

Damals aber, als vorerst in ihren Idealbestrebungen weder die hellenisierenden Klassiker noch die poetisierenden Romantiker den modernen Anforderungen entsprechen konnten, tauchten zum ersten Male die Erfinder eines neuen zeitgemäßen Baustiles auf, indem sie auf verschiedenen Wegen den modernen Bedürfnissen zu genügen glaubten. Diejenigen unter ihnen, welche den Gotikern näher standen, gingen von der Realität des Stoffes und der Konstruktion aus, sie sind auch gleichzeitig die Erfinder der ungeschminkten Wahrheit in der Architektur, die Feinde jeglicher Verhüllung, welche im Mauerputz und jeder symbolischen Bekleidung nur Lug und Trug sehen und daher nur den Rohbau und das unverhüllte Gerippe gelten lassen wollen; die anderen glauben, durch ein unvermitteltes Durcheinandermischen aller möglichen Stilformen den neuen Stil brauen zu können. Auch gab es solche Zwischenglieder, deren Gebilde um so weniger abstoßend waren, je maßvoller sie geblieben sind und je mehr sie durch den Anschluß an einen überlieferten, das Ganze doch beherrschenden Formenkreis eine künstlerische Haltung gewonnen haben, gleichsam an eine bestimmte Tonart anklangen. Aus diesem Grunde gehörten daher das Kommandanturgebäude des Arsenal und die Lerchenfelder Kirche zu den besten Werken dieser nach Neuem suchenden Zeit.

Durch den enormen Aufschwung der vervielfältigenden Künste wurde die Welt mit Reproduktionen der Architekturen aller Zeiten und Länder überschwemmt. So wurde außer der italienischen die der reichen Gruppierung und Silhouettierung geneigte französische Renaissance von erheblichem Einfluß und erweckte auch die deutsche Renaissance ein lebhaftes Interesse durch ihre phantasievolle Mannig-

faltigkeit, welche neben der originell umgebildeten antiken Formenwelt viele Reminiszenzen an die gotische Struktur und mittelalterliche Romantik enthält und daher wertvolle Anregungen für eine Kompromißarchitektur gibt. Van der Nüll und Siccardsburg, in welchen bei ihrem durchaus modern empfundenen Arsenalbau romanische Details nachklangen, waren überaus empfänglich für die Reize der lombardischen und französischen Frührenaissance, in deren Motiven ebenfalls noch mittelalterliche Strukturelemente enthalten waren, um welche die frei angepaßten antiken Formen ein frisches fröhliches Spiel trieben. Insbesondere gewannen neben Gailhabaud zu Beginn der sechziger Jahre die damals neuerschiedenen schönen Werke „La renaissance monumentale en France“ von Berty und „Palais et châteaux des France“ von Savageot eine große Bedeutung, da nach denselben in der Schule van der Nülls und Siccardsburgs eifrig gezeichnet wurde. So wurden die Motive des „Hotel Vogué“ tonangebend für das originell gegliederte Palais Larisch und so gewannen insbesondere das „Hotel d'Ecoville“ und das „Château Madrid“ Einfluß auf die Details des freikomponierten Außenbaues des Wiener Hofopernhauses. Van der Nüll erfaßte, wie er selbst wiederholt geäußert hat, die gesamte Kunstbewegung vom Ausgange des Mittelalters bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts als eine zusammenhängende Entwicklung, welche als der vollste Kulturausdruck dieser Zeit anzusehen ist. Unsere Kultur aber basiere auf der jener Zeit und in keinem Zweige wollen oder können wir die großen Erfolge, die in jener Epoche erzielt wurden, missen. Es sei daher die Kunst jener Zeit auf das Einigende und nicht auf das Trennende anzusehen; der künstlerische Geschmack habe zu entscheiden, wie weit daraus die persönliche Anregung für die Formen der Bauten unserer Tage gewählt werden wolle. Modern wollte er sein und war es mehr, als seine Zeit es gelten lassen wollte. Individualität und Selbständigkeit waren seine Ziele und er erntete für seine nach Neuem suchende Weise den Vorwurf der Stillosigkeit von seinen immer mehr und mehr unter literarischen Einfluß geratenden Zeitgenossen, welche nicht das Einigende, sondern das Trennende der Stile und Stilnünancen betonten. Siccardsburg vertrat ebenfalls die „persönliche Note“; so erklärte er die große Mannigfaltigkeit unter den Wiener Malern für einen Vorzug gegen den schablonenhaften Charakter berühmter Schulen, wie beispielsweise der Düsseldorfer Malerschule, und freute sich an den Individualitäten, die Wien an Waldmüller, Amerling, Danhauser, Führich, Schwind, Rahl, Pettenkofen und Alt besaß. Von Stilstrengem und akademischer Korrektheit hatte van der Nüll schon in seiner Studienzeit unter Peter v. Nobile gerade genug genossen. Er teilte das Gefühl vieler seiner Zeitgenossen über die Verarmung und Leere in künstlerischer Beziehung, die durch den strengen Schematismus in der Architektur eingerissen war. Daher stammt auch sein Gegensatz zu Hansen, dessen künstlerische Bedeutung er wohl anerkannte, aber nicht ohne Furcht, daß dessen Wege im weiteren Verlaufe doch wieder zur unseligen Part- und Modularchitektur zurückleiten könnten. Van der Nüll und Siccardsburg predigten an der Akademie der bildenden Künste eine Versöhnung der antiken und der mittelalterlichen Architektur, welche, bei voller Anerkennung der Bedeutung

des Bogens, sich äußerlich in einer Verschmelzung des Horizontalismus mit dem Vertikalismus zeigen sollte, welches Prinzip ihnen offenbar auch unter dem täglichen Eindrucke der zahlreichen Wiener Barock- und Zopf-fassaden nahegelegt wurde, die in ihren wohldurchdachten, phantasievollen Kompositionen höchst wirkungsvolle Durchdringungen von horizontaler und vertikaler Gliederung aufweisen. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sprach Siccardsburg mit lebhaftem Temperament über die geistreichen und effektvollen Kompositionen der alten Wiener Häuser und stellte sie zu einer Zeit als mustergültig dar, als „Barock“ und „Zopf“ auf das tiefste verachtet wurden. So verteidigte er auch einmal eifrigst die klare

Stockwerke reichenden Pilastern. Ebenso huldigen meine mit ersten Preisen ausgezeichneten Konkurrenzprojekte für das Komitatshaus in Kronstadt, für das Redoutensaalgebäude in Innsbruck und für den Umbau des alten Kriegsministerialgebäudes sowie das Haus des Markgrafen Pallavicini in der Seilergasse, das Haus Herold am Stubenring und das Bittmannsche Damenmodepalais in der Kärntnerstraße den von meinen Meistern übernommenen Grundsätzen.

Die so sehr gefürchtete Part- und Modularchitektur kam jedoch nicht wieder. Selbst der stilgestrenge Hansen zog häufig Stockwerke zusammen, zumeist um eine antikisierende Dreiteilung in Sockel, dominierenden



Abb. 18. Arkadenhof der Wiener Universität von Heinrich v. Ferstel⁵⁾.

Komposition des horizontal und vertikal schöngegliederten Hauses auf der Freiong neben der Schottenkirche, welches damals allgemein als der „Schubladekasten“ verspottet wurde. Die Geringschätzung dieses Gebäudes ging so weit, daß sogar dessen prächtige, in Stein ausgearbeitete Portalbekrönung entfernt, anstatt restauriert wurde, wie dies heute noch ein leerer Fleck an der Fassade zeigt. Glänzende Beispiele dieses Prinzipes der vertikalen und horizontalen Gliederung zeigen auch viele Privatbauten von der Nülls und Siccardsburgs sowie alle ihre Konkurrenzprojekte, ebenso auch das ursprüngliche Museumsprojekt ihres Schülers Hasenauer. Der von Hasenauer im Jahre 1868 ausgeführte prächtige Aziendahof am Graben und das von mir in demselben Jahre neben dem Palais Larisch nächst dem Stadtpark in der verlängerten Johannesgasse erbaute Haus der Frau Theresia Wasserburger sind ebenfalls Beispiele dieses Prinzipes horizontaler und vertikaler Gliederung, jedoch schon mit reicherer Anwendung von durch je zwei

Hauptteil und Bekrönungsgeschoß zu erzielen; doch blieb er auch gerne dem reinen Etagenbau treu, so bei seinen früheren gemeinsam mit Ludwig Förster ausgeführten Bauten als auch bei den aus dem Jahre 1869 stammenden Palais Epstein sowie bei der Akademie der bildenden Künste 1876 und bei der überaus schön gegliederten protestantischen Schule 1867, deren Mitteltrakt durch ein prächtiges Hauptgesimse ausgezeichnet ist. Auch er konnte sich dem Einflusse des Wiener Barocks und Empires nicht entziehen, dies zeigte sich schon in seiner effektvollen Umgestaltung des Palais Sina 1860 sowie bei der Komposition des Heinrichshofes 1863 und bei den Fassaden des Parlamentsgebäudes gelangte auch er zu Pilastern, welche durch zwei Stockwerke reichen. Am Heinrichshof entspricht der Gedanke, die beiden unteren sowie die beiden mittleren Geschosse zu je einer Einheit zusammenzuziehen und das oberste

⁵⁾ Abb. 18 und 19 mit freundlicher Genehmigung der Verlags-handlung wiedergegeben aus „Wiener Monumentalbauten“, IV. Band, Taf. 58/59 und 60/61. Wien, Lehmann & Wentzel.

Geschoß als einen durch das Hauptgesimse bekrönten, reich ausgestatteten Fries zu behandeln, sowie die Gruppierung mit Mittel- und Eckrisaliten ganz dem Geiste des Wiener Barock- und Empirestiles, wenn auch die unbedeutende Portalanlage und die harte Silhouette der Aufbauten mit den flachen, unmittelbar auf den Ballustraden aufliegenden Dächern damit im Widerspruche stehen. In diesem Bau wurde Hansen vorbildlich für das Zusammenziehen mehrerer Gebäude zu einer Einheit höherer Ordnung. Es folgten ihm hierin Ferstel und Emil v. Förster bei ihren Häusergruppen nächst der Votivkirche, Neumann bei den Häusergruppen nächst dem Rathause, Tischler bei den Häusergruppen am Franz Joseph-Kai und ich selbst bei der fürstlich Schwarzenbergischen Häusergruppe in der Prinz Eugenstraße, woselbst ich Häuser zusammenfaßte, deren Gesamtgrundfläche jene des Heinrichshofes noch um ein Viertel übersteigt.

In seinen „Erinnerungen an Hansen“ tritt selbst Niemann entschieden der Meinung entgegen, daß das Hansen'sche Parlamentsgebäude griechisch sei, und sagt ausdrücklich: „An die römischen Thermen gemahnt am ehesten die Grundrißdisposition der Parlamentshauses, an Werke der Spätrenaissance die Entwicklung nach außen.“ Die Art, wie Hansen bei dem Parlamentshause die einzelnen Raumgruppen ihrer Bedeutung entsprechend nach außen zur Geltung bringt und wirkungsvoll nicht nur in der Breite und Höhe, sondern auch der perspektivischen Tiefe nach heraushebt, wie er durch die Rampenanlage und durch die Ausbildung des Untergeschosses als weit vorspringender Sockel das Gebäude als den erhabenen Sitz der gesetzgebenden Reichsvertretung gleich einem Kapitale hervorhebt, hoch über die vom profanen Alltagsgetriebe erfüllte Straße, wie er alle bildenden Künste vereint, um den Eindruck von Würde, Feierlichkeit und Grazie zu erhöhen, wie er kühn ganz im hellenischen Geiste die Göttin der Weisheit mächtig vor dem Säulenportikus über die vom quellenden Wasser belebten Brunnengruppen emporragen läßt, unbekümmert um das Kopfschütteln der Philister, die noch nie in ihrer Stadt eine Götterfigur von so gewaltigen Dimensionen vor einem Gebäude aufragen sahen; das alles beweist sein eminent schöpferisches Talent, zeigt ihn als den von der modernen Aufgabe erfüllten, wenn auch durch den Glauben an die volle Wiedererweckbarkeit der wohl an sich unübertroffenen, aber engbegrenzten griechischen Kunst gebannten Meister. In der innerhalb dieser Beschränkung bis zu den äußersten Grenzen des Erreichbaren gelungenen Komposition liegt das Bewunderungswürdige dieses erhabenen Bauwerkes, viel mehr noch als in der Korrektheit seiner hieratischen Formen. Wohl aber bietet durch diese das Parlamentshaus den auf das höchste gesteigerten Ausdruck, das durch archäologische Forschung genährte Streben nach Stilreinheit des Details. Das Parlamentshaus ist der letzte und bedeutendste Ausläufer der hellenisierenden Richtung und auch vielleicht die höchste Leistung, welche bei dem Verzicht auf Bogen und Kuppel erreichbar war, aber naturgemäß nicht frei von dem Widerspruch, der zwischen dem nach größerer Freiheit und derberem Ausdruck strebenden, reichgruppierten Massenbau und der für ein engbegrenztes, einfach klares Ideal geschaffenen Konstruktion und Detailform immer bestehen bleiben muß. Hat Hansen mit diesem seinem Hauptwerke auch nicht mehr Schule gemacht, so wird es doch mächtig fortwirken, indem es trotz aller beabsichtigten und erreichten Stilreinheit doch weitgehende Konzessionen an den modernen Geist der Komposition machen mußte, der nicht nur der Gegenwart angehört, sondern auch lokale Färbung trägt.

Als Schmidt, der ruhmvolle Erneuerer unseres alten Stephansturmes, nach Wien kam, war seine Gotik

noch streng und starr, noch sein akademisches Gymnasium wirkte kalt und fremdartig im Wiener Stadtbilde, viel fremdartiger als die mittelalterliche, aber südliches Gepräge tragende, breit hingelagerte, weiträumige Stephanskirche oder die an kühnen, malerischen Details reiche Kirche Maria am Gestade. Allein auch er folgte dem vermittelnden Zuge der Zeit sowie den freundlichen Lockungen der lokalen Stimmung, indem er sich der realen Raumfassung näherte, der Wand ihre Rechte einräumte, es mit der Kuppel versuchte und sogar die der Gotik fast gänzlich fremde Rustika in den Bereich seines Formenschatzes aufnahm, der Horizontalgliederung immer mehr Rechte einräumte, bis er, gleich seinen auf anderen Wegen wandelnden Kollegen, ebenfalls bei ausgesprochenen Kompromissen zwischen Gotik und der antiken Bautradition anlangte. Die Fünfkirchner Kirche ist eine so freie Komposition, daß sich Schmidt förmlich entschuldigte, sie gotisch ausgeführt zu haben, indem er in einem Vortrag wörtlich sagte: „Daß ich es gewagt habe, diesen Entwurf gotisch auszuführen, das werden Sie mir, meine Herren, zugute halten, denn jeder Architekt spricht die Sprache, in welcher er sich klar und bündig auszudrücken vermag.“

Er selbst nannte sein Wiener Rathaus nicht mehr gotisch, indem er in demselben eine der Renaissance nahestehende Schöpfung erkannte, und ging in der Dekoration seiner letzten Werke dann noch erheblich weiter auf der Bahn der Kompromisse. Ein herrliches Beispiel hierfür ist die loggiengeschmückte, an venetianische Motive anklingende Fassade und insbesondere das Portal des Sühnhauses, dessen breit öffnender Spitzbogen in seiner massigen Leibung, echt indogermanisch, ein prächtiges, in Steinarbeit übersetztes Teppichmuster zeigt. Bei der überaus gelungenen Vollendung des Fünfkirchner Domes wendete er schließlich Motive an, welche an italienische, der Renaissance verwandte Formen erinnern.

Auch der alle Stile gleich Tonarten virtuos beherrschende Ferstel gelangte schließlich zu einer Renaissance, welche trotz aller Stilreinheit echt wienerisch und modern ist, wie insbesondere die Innenarchitektur seines Universitätsbaues (Abb. 18 und 19) zeigt. Ebenso auch Emil v. Förster, der sich nur in seinem stolzen Palaste der Bodenkreditanstalt an strengere florentinische Formen hielt, der aber als Chef des Hochbaudepartements im Ministerium des Inneren seine Tätigkeit über ganz Österreich erstreckte und dabei überall mit glücklichem Erfolg bemüht war, eine lokale Stimmung festzuhalten. So hat er auch in dem gediegenen Dorotheum und in den von ihm ausgeführten, aber nicht mehr bestehenden Verbindungsbauten zwischen dem Rittersaale und der neuen Burg in ausgezeichneter Weise den mit der Umgebung zusammenklingenden Wiener Lokalon getroffen. Als der urwienerischste aller Wiener Architekten wurde kürzlich Hansenauer genannt und er war es auch, solange er im Geiste seiner Meister wirkte, doch gerade er knüpfte in seinen letzten, gemeinsam mit Semper ausgeführten Monumentalwerken, im Burgtheater- und Hofburgbau, am wenigsten an die heimische Tradition an.

Unleugbar wurden damals tatsächlich künstlerisch empfundene Annäherungen der verschiedenen Stilrichtungen erzielt, welche für die komplizierten Aufgaben der Gegenwart einen charakteristischen Ausdruck gewährten, sich in das Stadtbild harmonisch fügten und Werke schufen, die als Produkte einer wirklich schöpferischen Zeit weit über einen äußerlichen Eklektizismus erhaben waren, welcher anderwärts durch unverständiges Vermengen einander feindlicher Stilelemente die widerwärtigsten Mißgeburten zur Welt gebracht hat.

Die großen Künstler jener Epoche sowie viele ihrer hervorragenden Zeitgenossen und Schüler, wenn sie auch

von verschiedenen Grammatiken ausgegangen sind, deren Grundprinzipien ihnen die Regeln für ihr Schaffen gaben, waren doch nichts weniger als sklavische Kopisten dieses oder

teristisch im Ausdrucke ideeller und materieller Bedürfnisse innerhalb der ewig geltenden Entwicklungsgesetze, die überall zu erweiterten Kompromissen führen, kein willkürlich erfundenes, volksfremdes V o l a p ü k und nicht jenseits einer allgemein verständlichen Formensprache. Und wenn an diesen bewunderungswürdigen Werken sowie an allem, was Menschengestalt und Menschenhand geschaffen hat, mitunter auch Fehler vorhanden wären, so ist daran gewiß nicht dieser oder jener Stil schuld. Die großen Künstler, welche diese Werke schufen, waren im besten Sinne des Wortes „moderne Architekten“, wenn auch keine „Modearchitekten“.

Am längsten unbeachtet, ja fast geächtet, blieben in Wien die heimischen Werke der großen Architekturperiode des XVIII. Jahrhunderts. „Barock“, „Rokoko“ und „Zopf“ waren geradezu zu Schimpfworten geworden: Noch im Jahre 1869 war es mir unmöglich, eine fertige Photographie des herrlichen, gegen den Michaelerplatz gelegenen Eckpavillons des damals noch unvollendeten F i s c h e r s c h e n B u r g b a u e s zu finden, indem ich für mein, dann bei der Konkurrenz ausgezeichnetes Projekt des Vereinsgebäudes in der Eschenbachgasse gruppierte Säulen studieren wollte. Dem mächtigen Einflusse jener herrlichen Bauwerke, von welchen Wien wie ganz Österreich trotz vieler höchst bedauerlicher Demolierungen heute noch erfüllt ist, konnte sich damals schon die lokale Bauweise nicht völlig entziehen, aber man schämte sich, dies einzugestehen. Endlich brach sich aber die Überzeugung doch durch, daß man vor allem dem heimischen Boden treu bleiben soll und daß nur ein Wiederanknüpfen an die gewaltsam unterbrochene Tradition, selbstverständlich ohne Preisgabe irgend welcher moderner Errungenschaften, uns wieder zu einer gemeinsamen großen Kunst bringen kann. Als einer der allerersten Propheten dieses heute wieder von der anarchistischen Willkür Einzelner arg bedrohten und daher neuerdings mit aller Energie zu verteidigenden Glaubensbekenntnisses schrieb ich im Jahre 1869, lange bevor Ilg und andere für den Wiener Barock- und Empirestil am Kampfplatze erschienen sind, in diesem Sinne meine Denkschrift zu meinem, dann bei der Konkurrenz preisgekrönten Wiener Rathausprojekte.

(Schluß folgt.)

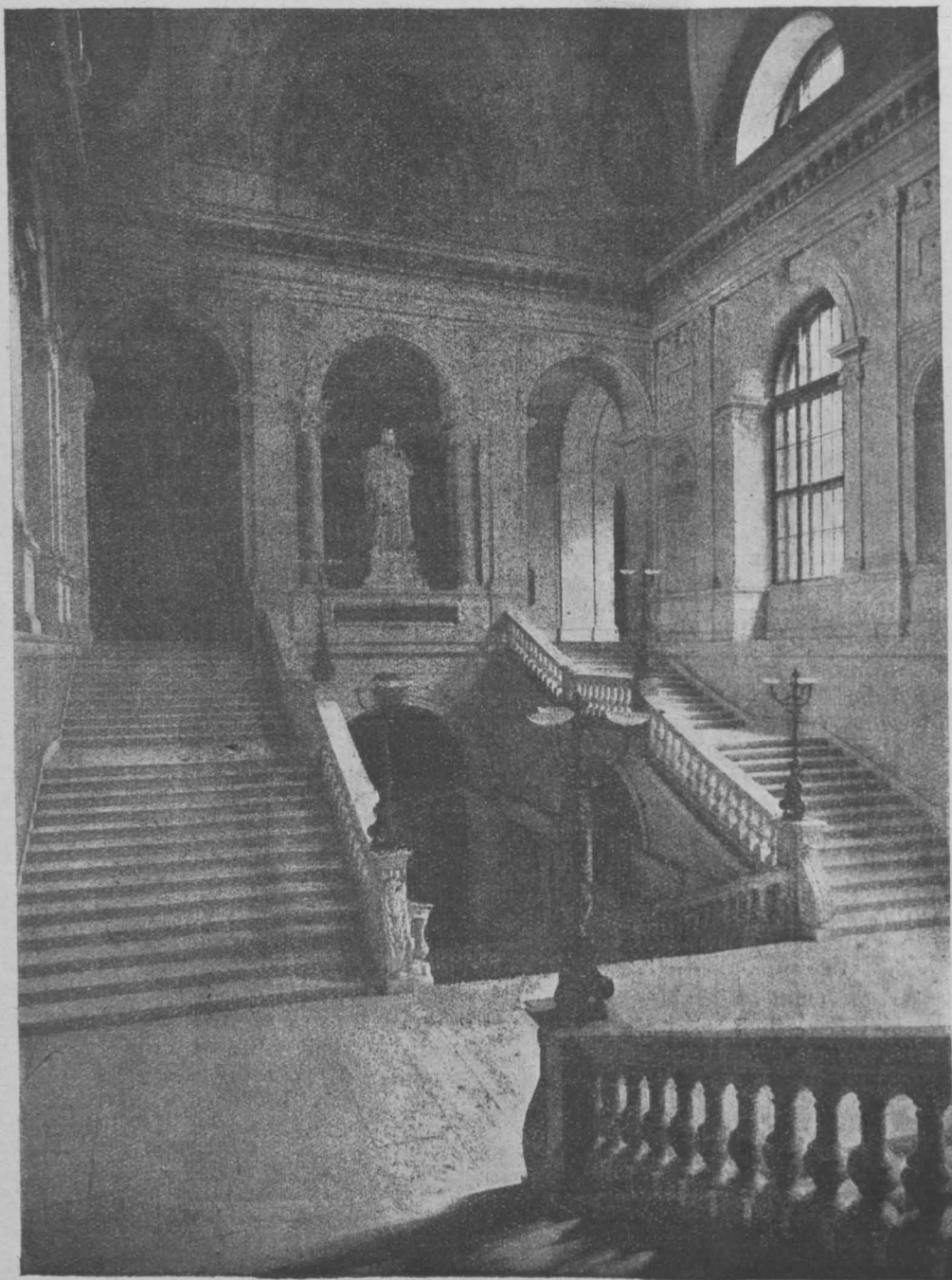


Abb. 19. Haupttreppenhaus der Wiener Universität von Heinrich v. Ferstel.

jenen Stiles oder Rückschrittler, die nach vergangenen Zeiten zurückdrängten, sondern sie schufen, was immer für ein ihnen besonders zusagendes Idiom sie auch gewählt haben mochten, der Neuzeit und der heutigen Weltanschauung entsprechende Werke, welche daher modern sind, nicht im Sinne einer willkürlichen Modelaune, sondern in einem weit höheren Sinne, d. h. stilvoll und charak-

neuerdings mit aller Energie zu verteidigenden Glaubensbekenntnisses schrieb ich im Jahre 1869, lange bevor Ilg und andere für den Wiener Barock- und Empirestil am Kampfplatze erschienen sind, in diesem Sinne meine Denkschrift zu meinem, dann bei der Konkurrenz preisgekrönten Wiener Rathausprojekte.

Der neue Elektrizitätsgesetz-Entwurf.

Von Ing. Max Ried.

I. Die allgemeinen leitenden Gesichtspunkte.

Der nunmehr im Reichsrat eingebrachte neue Entwurf eines Elektrizitätsgesetzes unterscheidet sich von den bisherigen Entwürfen vor allem durch seine überwiegend wirtschaftspolitische Orientierung. Er verläßt das bisherige System, welches die Wege-rechtsgesetzgebung in den Mittelpunkt stellt und die mit der Elek-trizitätsversorgung zusammenhängenden großen wirtschaftspoli-tischen Probleme nur nebenbei erfaßt, und setzt vor allem das Interesse an einem kräftigen Aufschwung der Elektrizitätsverwer-tung und Entstehung neuer Werke in den Vordergrund.

Da es sich auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung um weit über das privatwirtschaftliche Einzelinteresse hinausgehende, allgemeine staatswirtschaftliche und staatsfinanzielle Interessen handelt, ist eine umfassende staatliche Einflußnahme nicht zu um-gehen. Diese staatliche Einflußnahme erstrebt vor allem eine plan-mäßige Elektrizitätswirtschaft, welche auf die zweckentsprechende Ausnützung der vorhandenen Kraftquellen sowie die ausreichende und tunlichst einheitliche Versorgung des gesamten Wirtschafts-gebietes Bedacht nimmt. Überdies erscheint es notwendig, die Interessen der Verbraucher durch Hintanhaltung privatwirtschaft-licher Monopolbildungen sowie im Wege einer umgrenzten staat-lichen Tarifhoheit zu schützen. Gegen diese Einflußnahme hat sich allerdings die Privatindustrie bisher ablehnend verhalten. Für ihre Haltung konnte sie, abgesehen von ihrem prinzipiellen Standpunkt, in den sie einseitig belastenden Bestimmungen der bisherigen Elek-trizitätsgesetzesentwürfe Gründe geltend machen. Hier ist denn auch der Punkt, wo der neue Entwurf es unternimmt, der Privatindustrie den durch eine umfassende gesetzliche Regelung zu schaffenden Zustand erträglicher zu machen, indem er eine Art freies Wahlrecht bei Inanspruchnahme von Leitungsrechten seitens privater Elek-trizitätsunternehmen einräumt. Diesen bleibt es danach über-lassen, entweder sich mit dem beschränkten, soweit als unter den gegebenen Verhältnissen möglich, ungestörte Nutznießung sichernden Leitungsrecht ohne weitergehende staatliche Einflußnahme auf die Betriebsführung der Werke selbst zu begnügen oder dem Staate eine solche einzuräumen und dafür umfassende Rechte in bezug auf Inanspruchnahme fremden Grundes (Enteignung) sowie finan-zielle und sonstige Förderung einzutauschen.

Die Einleitung einer aktiven, staatlichen Elektrizitäts-versorgung durch Errichtung von staatlichen Werken liegt nun allerdings nicht in den Absichten des Gesetzesentwurfes. Hingegen weist er die Tendenz auf nach Förderung gemischtöffentlicher Unternehmungen, an denen sich der Staat, bzw. auch andere öffentliche Körperschaften beteiligen. Hier ergeben sich zwanglos Grundlagen für eine etwa in der Zukunft aus finanzwirtschaftlichen oder allgemein staatswirtschaftlichen Gründen notwendig werdende Ausbreitung der öffentlichen Unternehmungstätigkeit.

II. Der wesentliche Inhalt des neuen Elektrizitätsgesetzesentwurfes.

Das neue Elektrizitätsgesetz umfaßt 5 Hauptstücke.

Im 1. Hauptstück wird eine Definition der im Sinne des Gesetzes in Betracht kommenden Unternehmungen gegeben. Hiebei wird bei Starkstromanlagen zwischen Erwerbsunternehmen und Eigenanlagen mit Rücksicht auf ihre notwendig gesonderte Be-handlung bezüglich Auferlegung von Pflichten unterschieden. Die Telegraphenanlagen erscheinen in das Gesetz einbezogen.

Das 2. Hauptstück setzt vor allem fest, daß für die Begründung von Elektrizitätsunternehmen die staatliche Bewilligung (Kon-zession) erforderlich ist, bei deren Erteilung planmäßig vorgegangen werden muß. Die Konzessionsdauer beträgt in der Regel 60 Jahre; bei öffentlichen Unternehmungen wird sie auf 90 Jahre erstreckt. Die Konzessionsdauer von 90 Jahren kann auch gemischtöffent-lichen Unternehmungen zugebilligt werden. Den Elektrizitätsunter-nehmungen wird das Recht zugesprochen, auf Grundlage der be-hördlich genehmigten Pläne fremdes Gut für Zwecke der Führung und Erhaltung ihres Leitungsnetzes in Anspruch zu nehmen. Doch

dürfen die Eigentümer oder Gebrauchsberechtigten der belasteten privaten Liegenschaften in deren ordnungsmäßigem Gebrauch oder Verfügung darüber nicht gehindert werden. Um zu vermeiden, daß die Grundeigentümer in schikanöser Weise die Leitungsfreiheit der Elektrizitätsunternehmen beeinträchtigen, kann sich die Unter-nehmung der Vornahme von Änderungen an den bestehenden Leitungsnetzen entschlagen, welche unter dem Titel der notwendigen Verfügung über das Eigentum seitens der Grundeigentümer ver-langt werden, wenn sie innerhalb 14 Tagen bei der politischen Bezirksbehörde nachweist, daß das Verlangen durch die Eigenrechte des Belasteten nicht gerechtfertigt ist. Neben diesem einfachen Leitungsrecht steht den Elektrizitätsunternehmen überdies die Inanspruchnahme einer weitergehenden Enteignung unter ge-wissen, noch später zu erörternden Voraussetzungen zu. Den Elek-trizitätsunternehmen kann weiters in der Konzessionsurkunde die Sicherung von Absatzgebieten mit der Wirkung zugestanden werden, daß in dem bezeichneten Gebiet keine andere Unternehmung zur Abgabe elektrischer Energie zugelassen werden soll. Bei Vor-handensein gewichtiger staatlicher oder volkswirtschaftlicher Interessen und unter der Voraussetzung einer entsprechenden Ver-tretung des Staates in der Geschäftsleitung sowie Gewährung eines wirksamen Einflusses auf die Geschäftsgebarung können den Elek-trizitätsunternehmen in der Konzessionsurkunde eine Reihe besonderer staatlicher Begünstigungen eingeräumt werden, u. zw.: Die Staatsverwaltung kann sich an der Kapitalsbeschaffung be-teiligen, wenn ihr seitens der Unternehmung Aktien oder sonstige Kapitalsanteile überlassen werden; sie kann unter denselben Be-dingungen bei Ausnützung von öffentlichen Gewässern auf die Einhebung eines Wasserzinses verzichten, sie kann der Unter-nehmung die Abnahme einer Mindestmenge elektrischer Energie zusichern, die Verbindlichkeit übernehmen, rückzahlbare, mit 4% verzinsliche Garantievorschüsse unter bestimmten Modalitäten zu gewähren, zum Ausbau eines mehrere Elektrizitätsunterneh-mungen zusammenschließenden Leitungsnetzes beitragen oder ein solches auf eigene Kosten errichten, den Unternehmen bereits in der Konzessionsurkunde das Recht einräumen, eine Aktien-Gesellschaft zu bilden und Prioritätsobligationen derselben als geeignet zur Anlegung von Kapitalien der Stiftungen der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des Postsparkassenamtes usw. erklären, Begünstigungen bezüglich Stempel- und Gebühren-freiheit gewähren sowie schließlich Erleichterungen hinsichtlich der Besteuerung zugestehen. Den Unternehmen gegenüber, welche die vorerwähnten Rechte und Begünstigungen der Enteignung, der Sicherung von Absatzgebieten sowie der sonstigen Unterstützung seitens des Staates in Anspruch genommen haben, behält sich die Staatsverwaltung Gewinnbeteiligung und Ablösungsrecht in der Konzessionsurkunde vor, wobei über den Ablösungspreis schon im Zeitpunkte der Konzessionsverleihung bestimmte Vereinba-rungen zu treffen sind.

Die Gewinnbeteiligung des Staates ist von jenem Reiner-trägnis der Elektrizitätsunternehmung, das mehr als 6% beträgt, aber 10% nicht übersteigt, mit einem Drittel, darüber hinaus mit der Hälfte bemessen. Bei öffentlichen Unternehmungen tritt die Gewinnbeteiligung des Staates nicht ein. Das Ablösungsrecht kann, wenn in der Konzessionsurkunde nichts anderes bestimmt, erst nach Ablauf von 25 Jahren nach Rechtskraft der Konzession und von da ab nach je 5 Jahren ausgeübt werden. Für die Bemessung der Ab-lösungssumme sowie die näheren Modalitäten des Überganges in den Besitz der Staatsverwaltung sind im Gesetz eingehende Vor-schriften festgelegt. Gegenüber öffentlichen Elektrizitätsunter-nehmungen kann sich die Staatsverwaltung des Ablösungsrechtes auf Zeit oder dauernd begeben. Allen Elektrizitätsunternehmen werden in der Konzessionsurkunde nachstehende Obliegenheiten auferlegt: Sie sind verpflichtet, die dem Stande der Technik ent-sprechende, vollkommene und wirtschaftliche, zweckmäßige Aus-gestaltung ihrer Anlagen durchzuführen und jeweils aufrecht-

zuerhalten; sie müssen sich bei der inneren Einrichtung ihrer Kraftanlagen und Leitungen den von der Staatsverwaltung erlassenen, auf die möglichst technische Einheit der Elektrizitätswerke abzielenden allgemeinen Vorschriften fügen und eine gegenseitige Stromaushilfe, bezw. einen Stromausgleich erforderlichen Falles durchführen; sie können verpflichtet werden, ein abgegrenztes Wirtschaftsgebiet innerhalb bestimmter Fristen nach einem bestimmten Ausbauplan mit elektrischer Energie zu versorgen und ihre Betriebe dauernd und im vollen Umfange aufrecht zu erhalten (Versorgungs- und Betriebspflicht); sie müssen innerhalb ihres Versorgungsgebietes elektrische Energie nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit an alle sich meldenden Abnehmer zu gleichen Bedingungen abgeben (Kontrahierungszwang) und dürfen diese Abgabe nicht an die Bedingung knüpfen, daß die notwendigen Hausinstallationen von bestimmten Firmen oder mit bestimmtem Material durchgeführt werden (Verbot des Installationsmonopols). Sie müssen sich den in der Konzessionsurkunde aufgenommenen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Geschäftsleitung, die Bedingungen der Zulässigkeit der Konzessionsübertragung und des Zusammenschlusses mit anderen Unternehmungen sowie den Vorschriften über die Rechnungsgebarung fügen. Den Unternehmungen kann konzessionsmäßig die Verpflichtung auferlegt werden, für öffentliche Zwecke elektrische Energie in bestimmtem Ausmaße zur Verfügung zu halten, doch sind sie berechtigt, insoweit von der reservierten Energie für die gedachten Zwecke kein Gebrauch gemacht wird, diese anderweitig abzugeben. Die Ausfuhr elektrischer Energie nach dem Auslande ist an eine besondere staatliche Bewilligung gebunden. Alle Unternehmungen sind verpflichtet, die

allgemeinen Bestimmungen über die Stromabgabe sowie die Tarife, bezw. Abänderungen derselben mindestens 3 Monate vor Inkrafttreten der Staatsverwaltung vorzulegen. Diese kann in der Konzessionsurkunde Maximaltarife unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens festsetzen (staatliche Tarifhoheit). Wenn das Reinertragnis nach Ablauf von 2 Jahren seit Betriebseröffnung in 2 aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht die in der Konzessionsurkunde zu bestimmende Mindesthöhe erreicht, ist jedoch der Unternehmung auf ihr Verlangen eine entsprechende Regelung zu bewilligen. Alle Elektrizitätsunternehmungen unterstehen der staatlichen Aufsicht und haben den befugten staatlichen Organen auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, Einsicht in den Betrieb, die Bücher und die Geschäftsaufzeichnungen zu gewähren sowie die zur Aufstellung einer einheitlichen Statistik erforderlichen Angaben zu liefern. Für die Elektrizitätsunternehmungen jedes Kronlandes wird beim Gerichtshofe I. Instanz, welcher sich am Sitze der politischen Landesbehörde befindet, ein Elektrizitätsbuch angelegt, in dem die Rechtsverhältnisse dargestellt sind, die sich durch die Herstellung und den Bestand der Anlagen für die Eigentümer und dritte Interessenten ergeben. Im Gegensatz zu den Elektrizitätsunternehmungen (Unternehmungen mit Lieferungen an Dritte) bedürfen Eigenanlagen nur dann einer Konzession, wenn für ihre Errichtung Leitungs- oder Ent eignungsrechte in Anspruch genommen werden. Andere Eigenanlagen bedürfen keiner Konzession, sondern lediglich der Baugenehmigung. Die planmäßige und einheitliche Versorgung des Wirtschaftsgebietes soll aber durch Errichtung von Eigenanlagen nicht verhindert werden.

(Schluß folgt.)

Ein sonderbares Preisausschreiben.

Die in Deutschland erscheinenden Fachzeitschriften berichten:

„Auf Antrag und gestützt auf Mittel des Württembergischen Goethebundes hatte der 13. Delegiertentag der deutschen Goethebünde 1913 ein Preisausschreiben beschlossen über die Frage »Was hat zur Milderung der Klassengegensätze zu geschehen, welche heute die aufeinander angewiesenen Kreise unseres Volkes weit mehr trennen als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist?«

Infolge des Krieges wurde der Zeitpunkt für die Einreichung verschoben. Eine neue Veröffentlichung des Goethebundes vom Dezember 1917 hält dieses Preisausschreiben aufrecht, ergänzt es jedoch noch durch ein zweites Preisausschreiben, welches eine Teilfrage aus dem Gebiete der Klassengegensätze behandelt. Dies zweite Preisausschreiben soll die Bestrebungen, welche in Österreich zu dem behördlichen Schutze des Ingenieurtitels geführt und die auch in Deutschland lebhaft eingesetzt haben, nach der positiven und der negativen Seite hin würdigen. Dabei wird in erster Linie der Einfluß auf die Klassengegensätze ins Auge zu fassen, sodann aber auch eine Klarlegung der Vorteile und der Nachteile zu geben sein, welche für die Allgemeinheit, für die deutsche Industrie und für den Stand der Ingenieure zu erwarten sind, wenn den Bestrebungen auf behördlichen Schutz des Ingenieurtitels in Deutschland stattgegeben werden würde. Die in Betracht kommenden Verhältnisse in den übrigen Industrieländern werden zum Vergleich heranzuziehen sein. Es werden für beide Arbeiten je 3 Preise ausgesetzt von M 5000, M 2000 und M 1000. Die Arbeiten sind bis spätestens 31. Oktober 1918 an den Vorsitzenden des Württembergischen Goethebundes in Stuttgart Baron zu Putlitz einzusenden.“

Preisrichter sind: Der Maschinenfabrikant Bosch, der Professor des Maschinenbaues Lorenz, der Generalsekretär des Bureaus für Sozialpolitik Francke, der Vorsitzende des Vereines deutscher Ingenieure Maschinenfabrikdirektor Reinhardt, der Intendant des Stuttgarter Hoftheaters Baron Putlitz, der württembergische Regierungsdirektor v. Marquardt und der Antragsteller Professor des Maschinenbaues Dr. Ing. C. v. Bach. Danach könnte man glauben, daß über die Preisfrage jedermann urteilen kann,

oder daß sie bestenfalls die Maschinenindustrie angeht, nicht aber die anderen Fachrichtungen, allen voran die Bauingenieure. Vollends unverständlich ist es, wie man den Herren Direktor Reinhardt und Prof. v. Bach noch jene Unbefangenheit zumuten kann, die eine unumgängliche Voraussetzung des Preisrichteramtes bildet. Prof. v. Bach hat durch seine im „Stuttgarter Tagblatt“ v. 21. 5. 1917 (Nr. 251, Morgenausgabe) abgedruckte Rede das Zeichen zum Kampf gegen die Bestrebungen zum Schutz des Ingenieurtitels gegeben. Der Verein deutscher Ingenieure hat sie fast wörtlich in seine Erklärung vom Mai 1917 übernommen, die noch von A. Rieppel unterzeichnet wurde und an dessen Stelle nun Reinhardt getreten ist. Somit haben sich Bach und Reinhardt öffentlich auf Ansichten festgelegt, die durch den folgenden Satz gekennzeichnet sind: „Aber unzeitgemäß und rückschrittlich, ja schädlich würde es sein, ... die österreichische Verordnung auf die ... deutschen Verhältnisse zu übertragen“¹⁾.

Will der Goethebund eine sachliche Würdigung der Schutzbestrebungen zutage fördern, so wird er die erklärten Gegner aus dem Preisgericht zu entfernen und dieses durch unvoreingenommene sachkundige Vertreter des Bau- und Bergwesens, der Chemie und Elektrotechnik zu verstärken wissen. Anderenfalls müßte das Ergebnis des Preisausschreibens von vorneherein als eine Gefälligkeit gegen den Verein deutscher Ingenieure angesehen werden, die dazu beitragen würde, eine unehrliche Übung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Denn in Wirklichkeit hat die Ingenieurfrage mit den Klassengegensätzen gar nichts zu tun. Selbst der Bezirksverein deutscher Ingenieure in Frankfurt a. M., also gewiß ein unverdächtigster Zeuge, hat in einer Eingabe an den Präsidenten des dortigen Oberlandesgerichtes gegen die Ernennung eines Schlossermeisters zum Sachverständigen für Maschinenbau ins Treffen geführt: „Vom Ingenieur wird heute eine abgeschlossene Hochschulbildung verlangt und nur eine solche verbürgt eine ersprießliche Tätigkeit eines gerichtlichen Sachverständigen auf den heute so verwickelten und umfangreichen Gebieten des Maschinenbaues“²⁾.

¹⁾ Vgl. diese „Zeitschrift“ 1917, H. 37, S. 526 ff.

²⁾ „Ztschr. d. Verb. Deutsch. Diploming.“ 1917, H. 23/24.

Diese Auffassung gilt sinngemäß auch für die anderen Fachgebiete, sie ist die allgemeine Verkehrsanschauung und der Schutz des Ingenieurtitels bezweckt nichts anderes, als die Bevölkerung vor Irreführung zu bewahren. Nicht die Tüchtigen bedienen sich unbefugterweise der Bezeichnung Ingenieur, weil der Tüchtige zu meist ehrlich und bescheiden ist. Um so ungestümer verlangen die weniger Tüchtigen nach einem Aushängeschild zur Täuschung Leichtgläubiger³⁾.

In der „Schweiz. Bauztg.“ v. 9. 2. 1918, Bd. LXXI, Nr. 6, ist auf S. 73 in der linken Spalte das Preisausschreiben des Goethebundes über die Milderung der Klassengegensätze (Teilfrage der Standesbezeichnung „Ingenieur“) abgedruckt, daneben in der rechten Spalte folgende Bekanntmachung des Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Vereines:

„In den Zeitungsberichten über das Militärgerichtsverfahren gegen den verurteilten ehem. Major Maurer, gewesenen Kom-

mandanten des Bat. 137, war dieser stets als „Bauingenieur“ bezeichnet und dieser Titel figuriert, wie sich durch Nachfrage ergeben hat, auch in den Anklageakten. Es hat sich nun durch weitere Erhebungen ergeben, daß der Genannte keineswegs eine höhere Ausbildung genossen und sogar lediglich eine Lehre als Bauzeichner durchgemacht hat, die Bezeichnung als Bauingenieur, die er für sich angewendet hat, ist von seiner letzten Dienstherrin sanktioniert worden, indem sie ihn selbst so bezeichnet hat. Der Genannte war nicht Mitglied unseres Vereines.“

Damit ist wohl die beste Antwort auf die Preisfrage des Goethebundes gegeben. Nicht um Klassengegensätze handelt es sich, sondern um die Gegensätze: Berechtigt oder Unberechtigt, ja mitunter sogar: Ehrlich oder Unehrllich. Nach dieser offenen Aufklärung wird der deutsche Goethebund wissen, in welche zweideutige Stellung er gebracht wurde, und wird sich wohl nicht abhalten lassen, daraus seine Folgerungen zu ziehen.

Vereinsangelegenheiten.

Verhandlungsschrift über die 21. Wochenversammlung am 13. April 1918.

Vorsitzender: Vizepräsident Professor Ing. Heinrich Wagner.
Schriftführer: Staatsbahnrat Ing. Rudolf Schanzer.

Vorsitzender: „Meine Herren! Ich eröffne die heutige Wochenversammlung und begrüße die erschienenen Mitglieder und Gäste herzlichst. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß unser leider erkrankter Präsident sich bereits auf dem Wege der Besserung befindet; ich habe ihn heute besucht und bestelle Ihnen seinen herzlichen Dank für die zahlreichen Sympathiebeweise, die er anlässlich seiner Erkrankung aus den Reihen unserer Mitgliedschaft erhalten hat. An den Verein sind überdies auch von außerhalb unseres Vereines stehenden Persönlichkeiten mehrfache Anfragen gelangt, welche die Hochschätzung beweisen, deren sich unser Präsident in weiten Kreisen erfreut.“

Der Vorsitzende gedenkt hierauf mit herzlichen Worten des Hinscheidens der hervorragenden Mitglieder des Vereines, k. k. Bau- und Zentralinspektors Ing. Edmund Wehrenfennig und Hofrates Architekten Otto Wagner; die Mitglieder geben ihrer Trauer durch Erheben von den Sitzen Ausdruck. Über Einladung des Vorsitzenden hält sodann Hofrat Ing. A. Schromm als engerer Kollege Wehrenfennigs, der seit dem Jahre 1879 mit diesem im Kesselschädenaussschuß arbeitete, einen warmempfundenen Nachruf, in dem insbesondere das Verdienst Wehrenfennigs als Begründer jenes Ausschusses hervorgehoben wird. (Dieser Nachruf wird in erweiterter Form demnächst in der „Zeitschrift“ veröffentlicht werden.) Hierauf richtet der Vorsitzende an Zentralinspektor Professor Othmar v. Leixner das Ersuchen, das Lebenswerk Otto Wagners durch eine Gedenkrede zu würdigen.

Professor v. Leixner: „Zwei führende Meister der modernen Wiener Kunst, zwei intime Freunde, sind den Weg zum Ewigen gegangen, Klimt und Wagner. Gleich seinem Namensvetter Richard Wagner sehen wir bei Otto Wagner zwei streng geschiedene Perioden seines Kunstschaffens, die ältere Periode, in der die Architektur noch Anschluß suchte an die Tradition, wohl bei sehr persönlicher Art der Ausdrucksweise; die jüngere vollkommen im Geiste einer neuen Richtung, die sich vollkommen von den Fesseln der Tradition befreit. In einer Zeit, wo andere Meister bereits in die ruhigen Bahnen des Kunstschaffens eintreten, wird Wagner ein streitbarer Kämpfer, der in Wort und Tat den Kampf gegen die vielfach schablonenhaft gewordene Architektur des Eklektizismus aufnimmt und in der Richtung des Realismus und Naturalismus, im freien persönlichen Schaffen, im Einklang von Material und Form das Heil der Baukunst sieht.

³⁾ Vgl. „Der Ingenieurtitel in Deutschland“. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. der Staatswissenschaften Julius Wolf (Berlin). „Ztschr. d. Verb. Deutsch. Diploming.“ 1918, H. 3/4.

Wagner wurde am 13. Juli 1841 in Wien geboren, studierte in Berlin an der Bauakademie, dann an der Wiener Akademie unter van der Nüll, dessen Lehren ausschlaggebend für seine Entwicklung geworden sind. Zahlreiche Projekte, die frühzeitig die Großzügigkeit und die Eigenart erkennen lassen, entstehen in den siebziger und achtziger Jahren des XIX. Jahrhunderts. Wir nennen u. a. die Pester Synagoge, Justizpalast Wien, Landtagsgebäude Lemberg, das schöne Artibus-Projekt, Parlament Pest, Reichstagsgebäude Berlin. Von den ausgeführten Bauten sind die Wohnhäuser am Schottenring und in der Stadiongasse, die Villa in Hütteldorf, besonders aber die durch den Kassensaal bedeutende Länderbank zu nennen. Den Übergang zu einer neuen Richtung, deren Basis wohl barock ist und die sich durch starke Betonung der Vertikalen und einfache Flächengestaltung bei vornehmer Verwertung der Ornamentik charakterisiert, bilden die Häuser in der Universitätsstraße und am Beginn des Rennwegs. Nach Hasenauers Tode übernimmt er die Spezialschule für Architektur, hervorragende junge Künstler, wie Bauer, Hoffmann und Kotěra, zu seinen ersten Schülern zählend, während in seinem Atelier Olbrich ihm helfend zur Seite steht. 1895 erscheint seine viel Aufsehen erregende Schrift „Moderne Architektur“, die zu schweren künstlerischen und literarischen Fehden geführt hat. Die Architektur hält Wagner für die höchste der Künste, im Architekten sieht er die Krone der Schöpfung. Die Ideen, die Wagner in seinem Buche bringt, enthalten Gedanken, die bereits seit den vierziger Jahren des XIX. Jahrhunderts in einzelnen klaren Köpfen Ausdruck gefunden (Hübsch, Wolf, Stien). Die Wende des XIX. Jahrhunderts zeigt uns in der Literatur und bildenden Kunst eine scharfe Reaktion auf die historische Richtung der deutschen Kunst; daneben geben aber die Gedanken eines Schopenhauer und Nietzsche neue Ziele, neue Aussichten. Nur derjenige, der aus diesen Zeiterscheinungen heraus Wagners Werke beurteilt, kann den Meister voll verstehen, kann manch scheinbar Unverständliches begreiflich finden. Wagners Kunstmaterialismus geht in den Bahnen Cordemoys; ähnliche Gedanken beherrschen schon die Köpfe der Dresdener Klassizisten in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts (Krucasius). Die zweite Periode Wagners setzt mit den Stadtbahnbauten ein, in einheitlicher Weise tritt uns hier Wagners Kunst entgegen, die Wienthalübersetzung, die Haltestellen am Karlsplatz und der Hofpavillon in Hietzing mit seiner prächtigen Eisenarbeit müssen besonders genannt werden. Eine Meisterleistung die Architektur des Nadelwehrs in Nußdorf mit den Löwen von Weyr. Daneben entstehen die Wohnhäuser am Lobkowitzplatz, Graben, in der Wienzeile und Köstlergasse, das Warenhaus Neumann und die kleine Kapelle bei der Währinger Linie. Mit dem Projekt

für das Städtische Museum beginnt die Künstlertragik des Meisters. Mit dieser Arbeit, die so viele Wandlungen durchgemacht, wollte er sich ein Denkmal setzen; die Verhältnisse haben gegen ihn entschieden, mitbestimmend war wohl auch die Zeitströmung, die in ein anderes künstlerisches Fühlen getreten war. An der Postsparkasse zeigt uns der Meister die strenge materialistische Richtung, großes Können und eine feste Hand sprechen aus diesem eigenartigen Bau. An der Steinhofkirche versuchte Wagner, einen modernen Kirchenbau zu lösen, selbst seine schärfsten Gegner müssen hier gestehen, daß ein großzügiger Meister am Werke ist. Unmöglich ist es, in diesem Rahmen aller der großen Projekte zu gedenken, die wir seiner Hand verdanken, wir wollen nur besonders noch das Akademieprojekt mit seinem interessanten Kuppelbau hervorheben. Späteren Generationen wird es vielleicht noch vorbehalten bleiben, aus dem reichen Schatze seiner Ideen, die in seinen herrlich durchgezeichneten Studien erhalten sind, Anregungen zu schöpfen. Er war ein Wiener, liebte Wien und mit seiner ganzen künstlerischen Eigenart trat er für eine neue Wiener Baukunst ein. Der Meister ist tot, er wird damit historisch, gerechter wird man bald auch bei den zahlreichen Gegnern sein Wirken beurteilen. Ein ganz Großer ist dahingegangen, seine Ideen aber werden befruchtend weiter wirken. Trauernd steht die Wiener Architektenschaft an seiner Bahre."

Der Vorsitzende macht folgende Mitteilungen:

„Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die diesjährige Versammlungsperiode um eine Woche zu verlängern. Grund hierfür ist, daß der Verwaltungsrat einen Antrag auf Stellungnahme zu mehreren Belangen der Elektrizitätswirtschaft dem Plenum zur Beschlußfassung vorlegen will, daß aber die hiezu gehörige Begutachtung des Elektrizitätsgesetzes von dem für diesen Zweck eingesetzten Ausschuß mit Rücksicht auf den großen Umfang der Materie noch nicht beendet werden konnte. Die Vereinsleitung wird aus diesem Grunde die erforderliche Geschäftsversammlung für Samstag den 4. Mai festsetzen.

Mit Rücksicht auf die Anberaumung dieser Geschäftsversammlung wird Herr Professor v. Leixner die Freundlichkeit haben, die anläßlich der Hauptversammlung begonnene Lichtbildervorführung erst am Tage der Geschäftsversammlung, an welchem kein Vortrag vorgesehen werden wird, fortzusetzen.

Von Architekten Georg Demski ist folgendes Dankschreiben eingelangt:

„Zu meiner 50jährigen Mitgliedschaft im Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein sind mir von vielen Seiten, auch von dem Zweigverein Pilsen, Beweise der Freundschaft und Wertschätzung zugekommen. Da ich leider durch Krankheit verhindert bin, persönlich zu erscheinen und doch über die mannigfachen Worte der Anerkennung herzliche Freude empfunden habe, so bitte ich die verehrten Kollegen, auf diesem Weg meinen warmgefühlten Dank entgegenzunehmen. Mich beseelt nur der eine Wunsch, die Gesundheit wieder zu erlangen, um dem Verein neuerdings meine Kräfte widmen zu können und ihm ein nützliches Mitglied zu werden.

Also noch einmal vielen, vielen Dank!“

Zufolge der in der Hauptversammlung beschlossenen Satzungsänderung haben die Zweigvereine eine neue Entsendung ihrer Vertreter in den Verwaltungsrat getroffen, u. zw. wird der Zweigverein Ostrau-Oderfurt-Witkowitz durch Herrn Berg-Oberinspektor Ing. Ludwig Fiala, der Pilsener Zweigverein durch Professor Ing. Artur Günther im Verwaltungsrate vertreten werden.“

Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß der Österr. Ingenieur- und Architekten-Verein über Ersuchen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure auch während der zwei nächsten Jahre den Vorort des Mitteleuropäischen Verbandes akademischer Ingenieurvereine beibehält und fügt dieser Mitteilung Folgendes hinzu:

„Wir dürfen in dem an uns gerichteten Ersuchen des Verbandes deutscher Diplom-Ingenieure eine uns sehr ehrende Anerkennung für unsere Geschäftsführung erblicken. Diese Anerkennung gilt in erster Linie unserem hochgeehrten Vereinsmitgliede

Herrn Oberstaatsbahnrat Ing. Max Singer, dem ich auch an dieser Stelle den Dank des Präsidiums für sein ausgezeichnetes Wirken als Geschäftsführer des Mitteleuropäischen Verbandes ausspreche.“ (Beifall.)

Nach einer weiteren Bekanntgabe nächstwöchentlicher Vorträge lädt der Vorsitzende Herrn Dozenten Ing. Dr. Julius Magg ein, seinen angekündigten Vortrag über „Diesel und die Entwicklung des Dieselmotorenbaues“ zu halten.

Über den Inhalt dieses Vortrages, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, sei vorläufig Folgendes berichtet:

Ein kurzer Überblick über Entstehung, Entwicklung und Zukunftsaussichten der Dieselmotore erweckt gerade jetzt besonderes Interesse, wo diese Maschine als Antriebsmaschine der U-Boote im Mittelpunkt allgemeiner Aufmerksamkeit steht. Des Erfinders Diesels erste Idee war die, eine Maschine von größtem wirtschaftlichem Wirkungsgrad zu schaffen; sein Ausgangspunkt war der Carnotprozeß. Diese Voraussetzungen waren jedoch zu einseitig theoretisch, um ohne bedeutende Zugeständnisse an die Anforderungen der Wirklichkeit in die Tat umgesetzt werden zu können. Der Vortragende bespricht dann an Hand von Lichtbildern die tatsächlichen Arbeitsvorgänge in der Dieselmotore für Vier- und Zweitaktverfahren. Die Schwierigkeiten, die sich dem Verfahren entgegenstellen, sind besonders durch die sachlichen Verhältnisse des Verbrennungsvorganges an sich und die Notwendigkeit, die Verbrennung in sehr kurzer Zeit zu vollziehen, bedingt, durch die Notwendigkeit, die insbesondere im Leerlauf außerordentlich geringen Brennstoffmengen genauestens zu regeln, sowie durch die hohe Verbrennungstemperatur, welche 2000° C übersteigt; endlich ergeben sich durch die auftretenden hohen Drücke und einige andere Anforderungen des Betriebes noch eine Reihe von baulichen Schwierigkeiten. Das Ergebnis ist allerdings dieses, daß die Dieselmotore mit einem wirtschaftlichen Wirkungsgrad von 33% weit aus an der Spitze aller Wärmekraftmaschinen steht.

Der Vortragende bespricht dann nach einem kurzen Überblick über das Werden von maschinentechnischen Erfindungen im allgemeinen die aufeinanderfolgende Entwicklung des Dieselmotorenbaues, welche im Wesentlichen durch das Bestreben, größere Leistungseinheiten zu schaffen und die Maschine verschiedenartigen Verwendungszwecken anzupassen, gekennzeichnet ist. Mehrzylinderanordnung, Zweitaktmaschine, Doppelwirkung und Schnellläufer sind die wesentlichen Staffeln dieser Entwicklung, die in Beispielen im Lichtbild vorgeführt werden.

Nach einem kurzen Überblick über das Gebiet der Schiffsdieselmotore wendet sich der Vortragende den Zukunftsaussichten des Dieselmotorenbaues zu. Diese sind im Wesentlichen durch die heute noch ganz im Ungewissen liegenden zukünftigen Verhältnisse des Brennstoffmarktes bedingt, so daß sich Sicheres nicht vorhersagen läßt. Im allgemeinen dürften für den Verwendungszweck als Kraftzentralenmaschine die Aussichten der Dieselmotore nicht günstig sein, da die technische Entwicklung stets größere und größere Leistungseinheiten verlangt, wo die Dieselmotore mit etwa 6000 PS oberer Leistungsgrenze mit der Dampfturbine nicht in Wettbewerb zu treten vermag. Hiezu kommt die Frage der Abwärmeverwertung. Für besondere Verwendungszwecke wird die Dieselmotore ihr Anwendungsgebiet weiter bewahren und vergrößern, insbesondere auf dem Gebiet des kleineren Schiffsmotorenbaues, wo ihr als noch weiter entwicklungsfähiger Antriebsmaschine der Unterseeboote noch ein reiches Betätigungsgebiet offen steht.

Vizepräsident: „Ich danke dem Herrn Vortragenden für seine lichtvollen Ausführungen bestens.“

Schluß der Versammlung: 8^h 30^m.

Ing. Schanzer.

Bericht

über den von Sr. Exz. k. u. k. Geh. Rat Sektionschef Ing. Dr. Wilhelm Exner in der Wochenversammlung am 6. April gehaltenen Vortrag: „Über das technische Versuchswesen in Österreich“.

Einleitend erklärt Exner, in seinem Vortrage darlegen zu wollen, was seit dem Beginn der staatlichen Fürsorge für das technische Versuchswesen in Österreich geschehen sei; hieran anschließend werde er ein Programm für die künftige Tätigkeit auf diesem Gebiete entwickeln. Er lade die Versammlung ein, durch einen Vergleich des bisher Geleisteten mit dem für die Zukunft Geplanten den Schluß auf die Einlösbarkeit seines Programms zu ziehen.

Zunächst gibt Exner eine Schilderung der Anfänge des technischen Versuchswesens. Er beginnt mit einer persönlichen Reminiszenz, indem er den Anfang seines eigenen Interesses für das technische Versuchswesen schildert. Dieser datiert zurück auf das Jahr 1862, wo auf der Londoner Ausstellung die österreichische Staatsdruckerei eine spezielle Papiersorte ausstellte und die Qualität derselben durch Anhängen von Gewichten an einen Bogen dieses Papiers demonstrierte. Im Jahre 1863 begann dann Exner mit der technischen Untersuchung von Papier und legte auch eine diesbezügliche Arbeit der Akademie der Wissenschaften vor. An seiner eigenen Lehrkanzel an der Hochschule für Bodenkultur in Mariabrunn setzte Exner seine technischen Versuche fort und regte auch schon damals die Errichtung einer größeren Anzahl von Versuchsanstalten in Wien an, um den inzwischen von Deutschland erreichten Vorsprung wettzumachen. Allein ein diesbezüglicher Antrag fiel im Parlamente. Im Jahre 1879 folgte dann die für die Entwicklung des technischen Versuchswesens bedeutungsvolle Gründung des Technologischen Gewerbemuseums durch den nied.-österreich. Gewerbeverein. Für dieses Institut war als Muster das Pariser Conservatoire des arts et métiers maßgebend, es gliederte sich aber zum Unterschiede von letzterem bereits Versuchsanstalten an, u. zw. zunächst für Tinktorialchemie, Färberei, Druckerei und Bleicherei. Später kamen dann eine Anstalt für Bau- und Maschinenmaterialien, dann — nach der Elektrizitätsausstellung — eine solche für Elektrotechnik, hierauf eine Versuchsanstalt für Papierprüfung sowie eine Versuchsanstalt für Brauerei und Mälzerei hinzu. Im Jahre 1905 wurde die Anstalt verstaatlicht; sie hat eine bedeutende Entwicklung genommen und ihre Organisation wurde von dem bereits erwähnten Conservatoire des arts et métiers anlässlich einer im Jahre 1901 durchgeführten Reform nachgebildet, indem auch dort mehrere Versuchsanstalten angeschlossen wurden.

Exner bespricht nun das bis zum Jahre 1909 von der Staatsverwaltung Geleistete. Es betraf Folgendes: Ein Probieramt im Dienste des Münzamtes; die landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalten; die Nahrungs- und Genußmittel-Untersuchungsanstalt; die vom Ministerium für öffentliche Arbeiten geschaffenen Anstalten: für Meßinstrumente, für Hydrologie, dann für Wasserbau (die Leistungen der letzteren Anstalt werden hervorgehoben). Bei fernerer Nennung der beiden vom Eisenbahnministerium geschaffenen Versuchsanstalten (Wien und Innsbruck) erklärt Exner es sehr zu bedauern, daß die Staatseisenbahnverwaltung, obwohl diese über ausgezeichnete Fachmänner auf dem Gebiete des Versuchswesens verfüge — er nenne nur Herrn v. Dormus —, den seinerzeit von ihm gestellten Antrag, welcher die Errichtung eines wissenschaftlichen Institutes für die technische Forschung auf allen Gebieten des Eisenbahnwesens bezweckte, nicht berücksichtigt habe.

Außer den genannten staatlichen Anstalten gab es gleichzeitig auch eine große Anzahl von Privatunternehmungen, welche über Initiative der Industrie geschaffen wurden; so Laboratorien für die Zuckerindustrie, für Brauerei und Brennerei, ferner größere Laboratorien für die Eisenindustrie. Neben höchst wertvollen Unternehmungen gab es allerdings in dieser Kategorie auch zahlreiche, welche nur dem Geschäftszwecke dienten und für wissenschaftliche Ziele gar nicht in Betracht kamen. Dies war der Zustand bis zum Jahre 1909.

In diesem Jahre ersuchte Exner, der damals in einer anderen Verwendung stand, ihn entsprechend seiner Vorliebe für

das Versuchswesen zu verwenden und ihm die Organisation einer staatlichen Fürsorge für das Versuchswesen zu übertragen. In Verfolgung dieser seiner Bestrebungen wurde im Jahre 1910 über Initiativantrag im Herrenhause das Gesetz geschaffen, welches die Regierung ermächtigt, Versuchsanstalten zu autorisieren, zu subventionieren und zu gründen. Exner selbst wurde an die Spitze des für die Durchführung des Gesetzes bestellten k. k. Technischen Versuchsamtes gestellt.

Über die bisherige Tätigkeit dieses Amtes berichtet Exner nun wie folgt: An Autorisationen wurden insgesamt 58 erteilt, u. zw. 46 vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und 12 vom Unterrichtsministerium; hierunter befinden sich: Anstalten für Eichung 1, für Materialprüfung 14, für industrielle Verfahrenswesen zusammen 42 (u. zw. elektrotechnisch 4, chemisch-technisch 31, mechanisch-technisch 7), für Verkehrswesen 1. (Bei Aufzählung dieser staatlich autorisierten Institute hebt Exner die Bedeutung hervor, welche den von privater Seite unternommenen Versuchsreihen zukommt, und rühmt insbesondere die Tätigkeit des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines in dieser Hinsicht). Subventionen wurden erteilt an: Die dampf- und wärmetechnische Versuchsanstalt der Dampfkessel-Untersuchungs- und Versicherungs-Gesellschaft in Wien; die Landesversuchsanstalt für Petroleumprodukte in Lemberg; die Warenprüfungsanstalt des Museo commerciale in Triest; die Versuchsanstalten für Brauerei, bzw. Brauindustrie in Wien und Prag; die technischen Versuchsanstalten für physikalische Lehrmittel in Wien. Bezüglich des bei den Subventionserteilungen von ihm befolgten Prinzips spricht sich Exner dahin aus, daß „Zwecksubventionen für bestimmte Aufgaben ausgezeichnet sind, Pauschalsubventionen aber zur Bequemlichkeit verleiten“. Endlich sind nachstehende Neugründungen erfolgt: Die dampf- und wärmetechnische Versuchsanstalt; die Schiffbautechnische Versuchsanstalt; die Versuchsanstalt für Mülerei, Bäckerei und Kaffeeerzeugung; die Versuchsanstalt für Edelsteine; die Versuchsanstalt für physikalische Lehrmittel; die Versuchsanstalt für Kohlenvergasung; die Versuchsanstalt für Prothesen und Bandagen.

Exner spricht nun über das verschiedene Maß von Förderung, welche seine Gründungen von Seite der Behörden erfahren haben. Er rühmt die außerordentliche Unterstützung, welche der Errichtung der Schiffbautechnischen Versuchsanstalt seitens der Kriegsmarine zuteil wurde, und bezeichnet diese Unterstützung als ein leuchtendes Beispiel des Verständnisses eines militärischen Faktors für eine zivile Schöpfung. Die genannte Anstalt, deren Errichtung Österreich bereits dringend bedurfte, hat sich schon in der kurzen Zeit ihres Bestandes glänzend bewährt.

Hierauf wendet sich Exner der Aufstellung seines weiteren Programms zu. Es erscheinen vor allem nötig: eine Versuchsanstalt für Flugtechnik; eine physikalisch-technische Versuchsanstalt (Exner weist hier insbesondere auf die Prüfung meteorologischer, geodätischer und astronomischer Instrumente hin und betont bei diesem Anlasse die Wichtigkeit der Einführung inländischer Erzeugung von optischen Gläsern); eine Versuchsanstalt für hydraulische Motoren; ein Institut für die gesamte Brennstoffwirtschaft (Antrag Beck im Herrenhause).

Um aber all das zu schaffen, was auf dem Gebiete des technischen Versuchswesens noch zu tun sei, bedürfe es einer weit höheren Autorität, als diese ein technisches Versuchsamts besitzt: es bedürfe einer Autorität, welche über den Ämtern, ja über den Regierungen stehe. Dies aber könne nur eine Akademie der technischen Wissenschaften sein. Exner erklärt sich vom Arbeitsminister ermächtigt, die für alle Ingenieure höchst erfreuliche Mitteilung zu machen, daß das Projekt der k. k. Akademie für technische Wissenschaften, gestützt durch eine Kaiser Karl-Gesellschaft, nahe vor seiner Verwirklichung steht¹⁾.

¹⁾ Mit Bezug auf diese Mitteilung sei auf Grund der Aktenlage hier festgestellt, daß sich der Verwaltungsrat des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines zufolge eines von Hofrat Ing. Julius Marchet eingebrachten Antrages schon in seiner Sitzung am 13. April 1916 mit dieser Frage befaßt und einen eigenen Ausschuß für deren Beratung eingesetzt hat, welcher Ausschuß auch ein vollkommenes Programm für eine solche Akademie vorlegte. Das

Am Schlusse seines Vortrages angelangt, zitiert Exner zwei Stellen aus dem Werke „Berufstragik“ von Max v. Eyth. Die eine bezieht sich auf die Anfechtungen, denen Eyth zu Anfang seines Wirkens ausgesetzt war, als er den Dampfplug propagierte. Sie lautet:

„Manche alten Zünftler haben den Kopf geschüttelt: ich gehöre gar nicht zum Handwerk. Aber sie gaben zu, daß in ungeordneten Zeitläuften, wie die unseren, auch einer von außen der Zunft von Nutzen sein könnte, und ließen mich schließlich gewähren“.

In der zweiten Stelle sagt Eyth, am Ende seines Lebens Rückschau haltend:

„Ein bißchen lebendige Liebe aber, die über das Grab hinaus weiterglüht, ist mehr wert als ein ganzes Paket konservierter Hochachtung, das immer eine Generation der anderen gelangweilt weiterreicht“.

Auch er selbst, so schloß der Vortragende mit einer feinen Wendung, werte solch ein bißchen lebendiger Liebe weit mehr als jenes ganze Paket.

Ing. Rudolf Schanzer.

Mitteuropäischer Verband akademischer Ingenieurvereine.

Bekanntmachung.

Gemäß § 4 der Geschäftsordnung sollte der Vorort des Mitteleuropäischen Verbandes akademischer Ingenieurvereine zu Ostern 1918 an den Verband Deutscher Diplom-Ingenieure in Berlin übergehen. Dem Vorschlag dieses Gründervereines entsprechend, bleibt der Vorort auch während der nächsten zwei Jahre beim Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereine in Wien.

Wien, 13. April 1918.

Der Präsident:
L. Baumann.

Geschäftliche Mitteilungen des Vereines.

TAGESORDNUNG

der 23. (Wochen-)Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 27. April 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Vortrag, gehalten von Hofrat Ing. Julius Marchet: „Über technisch-wirtschaftliche Staatsnotwendigkeiten auf dem Gebiete der Urproduktion“.

TAGESORDNUNG

der 24. (Geschäfts-)Versammlung der Tagung 1917/1918.

Samstag den 4. Mai 1918, abends 7 Uhr.

1. Beglaubigung der Verhandlungsschrift der ordentlichen Hauptversammlung am 23. März 1918.
2. Veränderungen im Mitgliederstande.
3. Mitteilungen des Vorsitzenden.
4. Stellungnahme des Vereines zu Fragen der Elektrizitätswirtschaft:
 - a) Gutachten über den Entwurf des Elektrizitätsgesetzes; Berichterstatter Hofrat Ing. Karl Hochenegg;
 - b) Resolution über „Elektrizitätswirtschaft und Wasserkraftnutzung“; Berichterstatter Oberbaurat Ing. Eduard Engelman;
 - c) Kundgebung, betreffend Organisation der Elektrizitätssektion; Berichterstatter Oberstaatsbahnrat Ing. Emil Engel.

Hierauf wird die am 23. März begonnene Lichtbildervorführung der Fachgruppe für Photographie und Reproduktionstechnik zu Ende geführt werden.

Nach diesen Versammlungen gesellige Zusammenkunft in den Klubräumen; Anmeldefrist für das Abendessen (Brot- oder Mehlmarken mitbringen) bis Freitag abends 6^h. Spätere Anmeldungen können seitens der Vereinskasse nicht mehr angenommen werden.

Präsidium des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines hat hierauf über Verwaltungsratsbeschuß vom 11. Jänner 1917 das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten in einer besonderen Eingabe ersucht, die Errichtung einer k. k. Akademie der technischen Wissenschaften in die Wege zu leiten.

Fachgruppe der Bau- und Eisenbahn-Ingenieure.

Donnerstag den 2. Mai 1918, abends 7 Uhr.

1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Wahl eines Ausschußmitgliedes.
3. Vortrag, gehalten von Baurat Ing. Franz Kindermann: „Über die Gewinnung von Richtlinien für die neuen Wiener Bauten“.

Volksbildungshaus Wiener Urania.

I. Uraniastraße 1.

Samstag den 27. April 1918, 1/28 Uhr abends (kleiner Saal).

Vortrag von Professor Ing. Heinrich Wagner: „Das Unterseeboot“.

Dienstag den 30. April 1918, 1/28 Uhr abends (kleiner Saal).

Vortrag von Professor Ing. Julius Fürstenau: „Gustaf de Laval und Charles Algernon Parsons“ (Die Erfindung der Dampfturbine).

Die Bibliothek der k. k. Technischen Hochschule in Wien

ersucht diejenigen Herren Vereinsmitglieder, welche etwa im Besitze von Professor Budaus autogr. „Vorlesungen über Bau der Wasserkraftmaschinen und Pumpen“ wären, dieselben zu Studienzwecken der Leser der Bibliothek gütigst zur Verfügung zu stellen.

Persönliches.

Der Kaiser hat verliehen dem Zentralinspektor der österr. Staatsbahnen Hofrat Ing. Hermann Ritter v. Littrow, in Anerkennung vorzüglicher Dienstleistung im Eisenbahnkriegsverkehr, das Komturkreuz des Franz Joseph-Ordens mit der Kriegsdekoration, dem Direktor der Österr. Siemens-Schuckert-Werke Ing. Dr. Ferdinand Neureiter aus Anlaß der Vollendung des Neubaus der Exportakademie in Wien und dem Direktor der Union-Baugesellschaft Dr. Isidor Bing den österr. Adelstand, ferner, in Anerkennung vorzüglicher Dienstleistung vor dem Feinde, dem Oberstleutnant Ing. Ludwig Leidl den Orden der Eisernen Krone III. Klasse mit der Kriegsdekoration und dem Landsturmoberleutnant Ing. Oswald Baderle das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens mit der Kriegsdekoration, weiters dem Baurate im Ministerium für öffentliche Arbeiten Ing. Artur Born den Titel und Charakter eines Oberbaurates.

Der Handelsminister hat die Bauoberkommissäre Ing. Johann Föderl und Ing. Oskar v. Stankovits zu Bauräten ernannt.

Der krainische Landes-Ausschuß hat den Landesoberbaurat Ing. Anton Klinger zum Landesbaudirektor, den Landesbaurat Ing. Johann Sbrizaj zum Landesoberbaurat und den Landesoberkommissär Ing. Viktor Skaberna zum Landesbaurate ernannt.

Die n.-ö. Statthalterei hat dem beh. aut. Zivilingenieur für Bauwesen in Steyr Ing. Heinrich Rittermann die Baumeisterkonzession erteilt.

Der Wiener Stadtrat hat den Bauinspektor Ing. Wilhelm Popović zum Baurat ernannt.

Gestorben:

Ing. Friedrich Schlemmüller, Oberbaurat i. R., Verwaltungsrat der Eisenbahn Wien-Aspang (Mitglied seit 1872) nach kurzem Leiden im 77. Lebensjahre in Wien.

Architekt Julius Bamberger (Mitglied seit 1897) in Wien.

Ing. Anton Adolf Schmoll v. Eisenwerth, Ingenieur in Darmstadt (lebensl. Mitglied seit 1869), am 3. Februar l. J.

Ing. Klemens Hönigsmann, Staatsbahnrat der österr. Staatsbahnen (Mitglied seit 1908), in Wien.

Architekt Otto Koloman Wagner, Hofrat, Professor der Akademie der bildenden Künste i. R. (Mitglied seit 1906), am 11. d. M. nach kurzem schwerem Leiden im 77. Lebensjahre in Wien.

Ing. Edmund Friedrich Wehrenfennig, Baurat, Zentralinspektor der österr. Nordwestbahn i. R. (Mitglied seit 1877), am 11. d. M. nach längerem Leiden im 75. Lebensjahre in Wien.

Berichtigung.

Unter „Gestorben“ im H. 15 der Zeitschrift (S. 184, rechte Spalte) soll es richtig heißen: „Ing. Adolf Steinbach“ (nicht Ing. Adolf Müller), Baurat im Ministerium für öffentliche Arbeiten (Mitglied seit 1901), nach langem Leiden im 45. Lebensjahre in Korneuburg.